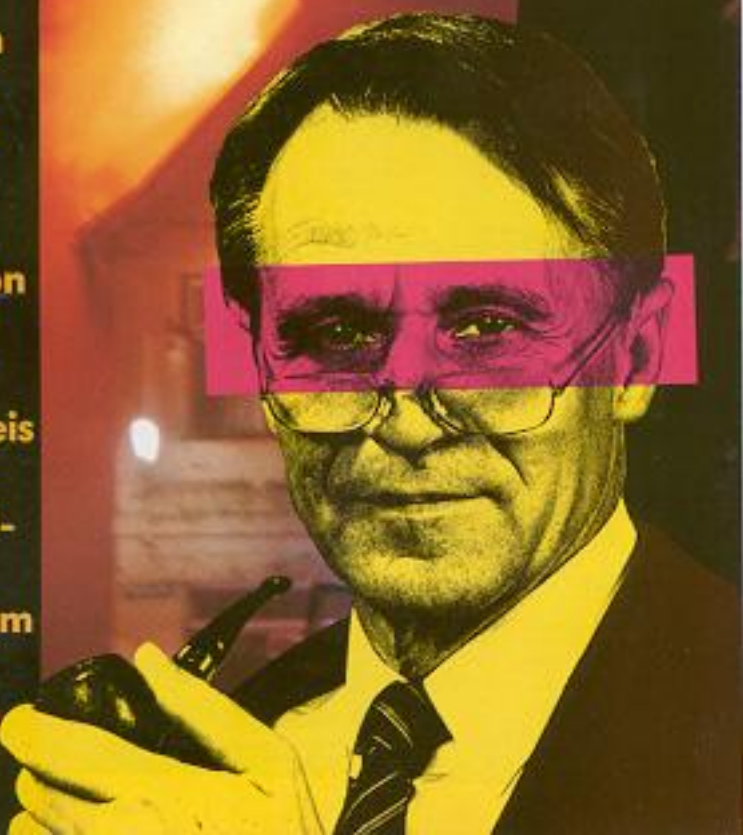
Heft 7 Juli 1992 8,– DM

C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Deutsche 93: Ein Volk von Einzeltätern
- § 218: Überwachen und Strafen
- Treuhand: Enteignet Österreich!
- Die EG: Von Algier nach Maastricht
- Friedenspreis für Schorle: Prost Abendmahlzeit
- Herrn Noam Chomskys Umwälzung der Medien



in konkret Juli 1993

von Konkret

an konkret

Ein Volk, Jens Reich, ein Führer von Hermann L. Gremliza

Staatsdelegation von Georg Fülberth

Deutschland legt zu: Einführung von Karenztagen, Abschaffung des Asylrechts, Abtreibungsurteil, Solidarpaktbeschlüsse, die Morde von Solingen – »Wahrscheinlich wird inzwischen wieder wer gesagt haben, nun sei nichts mehr wie vorher. Eine Woche ist aber eine kurze Zeit, da kann allenfalls zum Ausbruch kommen, was sich vorher angesammelt hat«

Überwachen und strafen von Verena Krieger

Der kleinliche Streit über logische Widersprüche oder juristische Spitzfindigkeiten in der Begründung des Karlsruher Urteils zum Paragraphen 218 übersieht deren wahren Charakter: »Es ist der utopische Entwurf einer perfekten, lückenlosen, einfühlenden, auf Zwang verzichtenden und deshalb erfolgreichen Überredung von Frauen, exakt das Gegenteil von dem zu tun, was sie wollen«

Deutschland ohne Opposition? von Wolfgang Pohrt

So hieß das Thema eines Forums auf dem KONKRET-Kongreß, der vom 11.-13. Juni in Hamburg stattfand. In einem Statement, das Wolfgang Pohrt während der Veranstaltung vortrug, hat er diese Fragestellung einer grundsätzlichen Kritik unterzogen

»Jeder ist uns der Nächste« XVII von Archiv für Sozialpolitik

Münchner Amtsgericht spricht Neonazi Althans frei – Kölner Stadtsparkasse verweigert Flüchtling die Einrichtung eines Kontos – In Solingen werden fünf Türkinnen Opfer eines Brandanschlags – Versicherungen übernehmen keinen Brandschutz mehr für Asylbewerberunterkünfte – Bundestag schafft Asylrecht ab: Siebzehnter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Eins teilt sich in vier von Jost Müller

Mit verdächtiger Energie wurde nach dem fünffachen Mord von Solingen die These vertreten, daß ihn ein »asozialer« Einzeltäter begangen habe. Die Legende diente der Propagierung autoritärer Konzepte

»Man siehtes ihm doch an« von Juliane Meyer, Lothar Pollähne

Auch in Hildesheim wirkt ein »Einzeltäter«: Der Haftrichter Christian Stoll ruft nicht nur nach »Lebensraum im Osten, um die steigende Flut der Asylanten unterzubringen«, er steckt auch schon mal 12jährige Türkenkinder ins Gefängnis

Immer für Österreich von Boris Gröndahl

Der politische Auftrag, den die Treuhandanstalt (TA) gemeinsam mit der »Arbeitsgruppe Regierungskriminalität« und der »Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR« zu erfüllen hat – die Zerschlagung kommunistischer Strukturen per Enteignung – endet nicht an den Grenzen von 1937. Die TA greift nach dem Vermögen einer weiteren Agentur des Weltkommunismus im Großdeutschen Reich: der Kommunistischen Partei Österreichs

Die Renaissance des europäischen Imperialismus I von Karl Rössel

Seit 35 Jahren betreibt die europäische Bourgeoisie ihr Projekt E(W)G – mit immer noch zunehmendem Erfolg, wie das »Ja« der dänischen Bevölkerung und die

Zustimmung des britischen Parlaments zu den Verträgen von Maastricht gezeigt haben. Die (bundes)deutsche Linke aber hat sich zunächst gar nicht und später allenfalls am Rande mit dem Wachsen eines eigenständigen imperialistischen Blocks in Westeuropa auseinandergesetzt. Erster Teil der Geschichte eines linken Versäumnisses

Eifrig, eifrig von Hannes Goebel
Französische Ausländerpolitik in der deutschen Tradition von Hoyerswerda bis Solingen

Rechts um! von Stefan Seifert
Bei den Kommunalwahlen in Italien haben die etablierten Parteien Anfang Juni einschneidende Verluste hinnehmen müssen. »Die Revolution«, so tönt es von seiten der Wahlgewinner, der rassistischen Lega Nord, »geht weiter«

Saubere Experten von Ludger Weß
Wollten oder konnten sie nicht? Die Freigabe bislang geheimer britischer Dokumente hat den Streit über die Frage neu entfacht, ob die deutschen Physiker den Nazis ihr Wissen um die Möglichkeiten des Baus einer Atombombe bewußt vorenthielten oder ob sie nur an unzulänglichen Arbeitsbedingungen scheiterten

Mr. Noam Chomskys Umwälzung der Medien von Stefan Ripplinger
Professor Noam Chomsky, der berühmteste Linguist und Medienkritiker der Welt, hängt einem Gesunden Menschenverstand an, der in unserem Jahrhundert schwerwiegende geistige Verwüstungen angerichtet hat

Liberale Reflexe von Oliver Tolmein
Nach massiven Protesten hat sich der Rowohlt Verlag entschlossen, die Veröffentlichung eines Buches zu unterlassen, das einen Aufruf zur Tötung behinderter Kinder enthält. Die Reaktionen auf diese Entscheidung zeigen, daß die neue »Euthanasie«-Debatte einen kritischen Punkt erreicht hat

Ich habe gelesen von Roger Willemsen

Prost Abendmahlzeit von Gerhard Henschel
Hinter den Erfolg bei Evangelischen Kirchentagen hat der liebe Gott den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels gesetzt. 1993 soll ihn Friedrich Schorlemmer erhalten. Eine Gratulation

Demokratisches Pathos von Stefan Römer
Der deutsche Pavillon ist auf der 45. Biennale in Venedig mit dem »Goldenen Löwen« ausgezeichnet worden. Hat der politische Konzeptkünstler Hans Haacke, der ihn mit Nam June Paik gestaltet hat, das verdient?

Herzsprung (links) von Konkret Dokument
Über Schmerzensgeldforderungen und Privatleben der Familie Gertrud Höhler

WoS Siebensachen von Eckhard Henscheid
Eine kurze medienbezügliche Schlußbilanz meiner juristischen Auseinandersetzung mit H. und R. Böll (1991-93)

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 07/93, S. 4

von Konkret

1460 zahlende Teilnehmerinnen und Teilnehmer fanden den Weg ins Hamburger Curio Haus, um am KONKRET-Kongreß »Was tun? Bedingungen und Möglichkeiten linker Politik und Gesellschaftskritik« vom 11. bis 13. Juni teilzunehmen. Das gesonderte Auftaktplenum am Freitag abend besuchten 1670 Menschen.

In zwölf Diskussionsveranstaltungen mit insgesamt 45 Referentinnen und Referenten (von denen einige mehrere Podien bestritten) hatten die Anwesenden Gelegenheit, sich über die dort verhandelten Themen in einer Weise Gedanken zu machen, wie dies wohl bei keiner vergleichbaren Veranstaltung möglich ist. Positionen, die aus anderen Zusammenhängen entweder wegen eines falschen Parteibuchs, wegen vermeintlicher akademischer Unseriosität oder wegen fehlender Konstruktivität ausgegrenzt werden, waren ebenso vertreten, wie andere fehlten, die im konformistischen Diskurs der angepaßten Linken ansonsten ihren wohlvertrauten Platz haben.

Es trafen – im Publikum und auf den Podien – so verschiedene Leute aufeinander wie der DDR-Historiker Kurt Gossweiler und der Autor des Insider-Hits *Der Kollaps der Modernisierung,* Robert Kurz, wie Sahra Wagenknecht, Wortführerin der Kommunistischen Plattform in der PDS und der Sozialwissenschaftler Wolfgang Pohrt, wie die kritische Psychologin Ute Osterkamp und der Freiburger Gesellschaftstheoretiker Joachim Bruhn. Gemeinsam diskutierten Autonome und Betriebsräte (u.a. von Daimler-Benz, Porsche und Continental) über einen Vortrag von Karl Heinz Roth, stritten der Anhang verblichener wie neuer radikaler Grüppchen mit Einzelkämpfern aus der Provinz und so weiter.

Aus der Abschlußrede von Hermann L. Gremliza: »Wir von KONKRET hatten Autoren von KONKRET (und einige, die es hätten sein können oder nach unserem Wunsch sein sollen) als Referenten und Diskutanten eingeladen und dabei, Sie mögen es glauben oder nicht, deren Gruppen- oder Organisationszugehörigkeit entweder nicht bedacht oder nicht in Rechnung gestellt, in einigen Fällen auch nicht gekannt. Aber es waren ja gar nicht nur oder in erster Linie Differenzen politischer Art, sondern zusammen- und aufeinander trafen auch politisch Gleichgestimmte, die in ihren Ausdrucksformen um Welten voneinander getrennt scheinen.

Was auf den Podien und in den Foren geschah, hat meine, und, wie ich von vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gehört habe, nicht nur meine Erwartungen übertroffen. Die Ernsthaftigkeit, das Interesse an den Sachen, die verhandelt wurden, von mehr als tausend Leuten über acht, neun Stunden hinweg – das war eine neue Erfahrung.«

Fast zum Eklat kam es während des Referats, das Christoph Türcke auf dem Forum »Differenz und Reaktion« hielt. Über dieses Referat wird es in den nächsten Ausgaben von KONKRET eine ausführliche Diskussion geben; auch andere Auseinandersetzungen, die den Kongreß bestimmten, werden, bevor sie in der Reihe KONKRET Texte gesammelt erscheinen werden, in der Zeitschrift fortgeführt.

Verlag und Redaktion von KONKRET bedanken sich an dieser Stelle bei allen, die diesen Kongreß möglich gemacht haben. Seine Finanzierung wäre ohne die Geldspenden in Höhe von insgesamt knapp 30.000 Mark nicht möglich gewesen. So kontrovers die Diskussionen des Kongresses verliefen, so reibungsarm war dank der teilweise ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, Ordnerinnen und Ordner der organisatorische Ablauf. Ohne sie hätte dieser Kongreß nicht stattfinden können.

Es hat sich nichts daran geändert, daß der beste Weg, KONKRET zu unterstützen, ein Abonnement ist. Wer den Coupon, der sich auf Seite 7 in diesem Heft findet, bis 10. Juli ausgefüllt und (zweimal) unterschrieben an KONKRET sendet, bekommt nicht nur ein Jahr lang KONKRET frei Haus, sondern nimmtdarüber hinaus an der Verlosung zweier Rei-sen teil: Zum »L'Humanité«-Pressefest der französischen Kommunisten (9.-14.9., Paris) und zum »Avante«-Pressefest der portugiesischen KP (2.-9.9., Lissabon).

Eine Neuerscheinung: Die Kolumnentexte, die Brigitte Kronauer in KONKRET 7/90 bis 5/91 veröffentlicht hat, sind – erweitert um einen Aufsatz über Eckhard Henscheid – als Buch unter dem Titel *Literatur und schöns Blümelein* (70 Seiten, 12 Mark) im Grazer Literaturverlag Drosche erschienen.

Ab 1. Juli gelten neue Postleitzahlen: Postfach 30 61 39, 20327 Hamburg, bzw. Schulterblatt 58 c, 20357 Hamburg.

Konkret 07/93, S. 6

an konkret

Wo liegt Ottobeuren?

KONKRET 6/93: »Nußknackers Aufstieg« von Albert Hefele

Ottobeuren liegt in Bayern; genauer gesagt im bayerischen Allgäu. Sechs Kilometer von Memmingen entfernt. Lothar Matthäus kommt aus Erlangen. Erlangen liegt in Franken. Erlangen ist größer als Memmingen. Herzogenaurach ist größer als Ottobeuren. Erlangen ist bekannt durch seine Offenheit (Hugenottenstadt). Memmingen durch seine Abtreibungsprozesse. Herzogenaurach ist bekannt durch L.M. und Adidas, Ottobeuren wegen seiner Benediktinerabtei.

Albert Hefele ist beleidigt. »Hat er eine Botschaft für uns?« »Schließlich hat einer, der so erfolgreich ist, auch Neider, die an jeder noch so unwichtigen Kleinigkeit diabolisch grinsend herumschrauben und sie verwenden...« Eben – so was geht nicht: Erfolgreich und noch dazu aus dem »bäurischen« Franken. Gegen Drogen! »Wer Rauschgift nimmt, kann keine Elfer versenken«? Neidisch – wohl zu viel geraucht in der C-Jugend? L.M. hat eine Freundin; nicht so dunkel wie die von Boris, aber immerhin. Was hat A.H. – keine, gar eine deutsche? Wer ist A.H.? »Daß er in Ottobeuren lebt und neuerdings in der KONKRET schreibt, das wissen noch die meisten.« »Aber sonst...? Hat er einen Beruf erlernt?« »Ja freilich«: Arbeitstherapeut, lesen wir. »Irgendwann hat er seine diesbezügliche Karriere abgebrochen, um die ganze Kraft dem Schreiben zu widmen.« »Kritzelkritzelkritzel.« »Wie ferngesteuert perlen ihm die Belanglosigkeiten zwischen den weißen Zähnen hervor.« Er ist wie Jörg Haider. »Er muß seine Wut wie einen scharfen Hund zurückhalten, sonst würde er geifernd und mit lodernden, dunklen Knopfaugen ein Opfer suchen und es in winzigkleine Stücke zerrupfen. Lothar geht es ähnlich.« »Man weiß, Menschen, die so schreiben, sind keine oberflächlichen Kasper. Die haben Tiefe.« Oder Müller-Milch im Nachbardorf. Schade, daß Müller nur Milch verkauft und keine Sportartikel wie Adidas. Sonst käme der Weltfußballer aus Ottobeuren. Doch nicht alles Müller oder was? »Ätsch.«

»Schließlich lebt er mit einer Ausländerin zusammen, einer Asylantin, genaugenommen. Oder das mit den Drogen...? Ist das vielleicht nix?« Abseits! Abpfiff! A.H. merkt nichts, stürmt mit schmerzverzerrtem Gesicht nach vorne und knallt den Ball ins leere Tor. Seine Mitspieler sehen betreten zur Seite.

F. Meyer-Fembach

Berlin

Wie kommt uns der wadlbeißige Fußballer Lothar Matthäus vor, wenn wir der »Botschaft« des Autors Glauben schenken wollen? Als ein biederer, überbezahlter Parvenu, zumindest mit Blick auf sein Gebiß dem Rechtspopulisten Jörg Haider ähnlich? »Lothar Matthäus ist keiner, der sich drückt«, stellt Autor Hefele fast höhnisch fest. Nun gut, er scheint die Qualitäten des Fußballers nicht zu schätzen, das ist seine Sache. Aber warum kommen jedes Wochenende 40.000 Verrückte zu der Wiese, wo Lothar mit seinen Freunden einem Ball hinterherhüpft. Herr Hefele müßte ratlos sein. Sollen das alles die Freunde Amerikas sein, für Hefele – das ist unschwer zu verstehen – mehr »Fluch« als »Ehre«? Auf der Tribüne wird man Herrn Hefele vermutlich nie antreffen, und im Fernsehen schaut er sich das Toben der dummen Großkapitalisten – so zeichnet er Matthäus – höchstens heimlich an. Deshalb, und nicht, weil ich glaubte, Herr Hefele hätte Lothars Botschaft zur Aktion »Keine Macht den Drogen« nicht kapieren *wollen,* will ich ihm erklären: Matthäus verfügt über einen gewissen Bekanntheitsgrad, der ihm – das mag Hefele gefallen oder auch nicht – in der Öffentlichkeit eine Aussagekraft verleiht. So ist es zu erklären, daß Matthäus und nicht Hefele den Spot drehen durfte.

Was war aber Hefeles »Botschaft« mit seinem Artikel? Braucht er einen neuen Nußknacker? Verabscheut er Nußknacker?

Markus Hoecker

Sportredakteur, Regensburg

Deutscher Selbsthaß

KONKRET 6/93: »Die Bauchredner der späten Geburt« von Eike Geisel

Ich gehöre zu den vielen, die Broders Text für zumindest bedenkenswert gehalten haben, und zu den wenigen, die es auch jetzt, nach Geisels heroischer Entlarvung, immer noch tun. Denn ich kann einfach meine Naivität nicht loswerden, die mich glauben macht, daß sich die Triftigkeit von Argumenten nicht an der politischen Integrität des Autors bemißt, sondern an der logischen Integrität des Gedankens. Sei nun besagter »Spiegel«-Text auf Broders oder auf braunem Mist gewachsen – :

Es bleibt die Kernfrage, ob man die Aufgabe historischen Erinnerns an die deutsche Massenvernichtung und des Eingedenkens der Opfer einer technologisch simulierten Leichenschau anvertrauen sollte. Und die wird man doch wohl stellen dürfen – und sich wundern, daß just dazu Geisel kein Wort zu sagen hat.

Statt dessen sagt er unfreiwillig aber etwas über die geheime Motivation seines Schreibens. Daß sich Geisel für jüdische Lebensformen nicht sonderlich interessiert – was man natürlich auch nicht muß – , ging bereits aus einem früheren Artikel hervor. Nun aber wird erkennbar, daß er überhaupt etwas gegen lebendiges Judentum hat. Mehrere jüdische Freunde – für die Auschwitz übrigens ein Trauma und keine wohlfeile Spielmarke im politischen Diskurs ist – , sagten mir dazu, sie wunderten sich doch sehr darüber, daß einige »linke« Deutsche, die scheinbar den Massenmord in Auschwitz vor dem Vergessen bewahren wollen, in Wahrheit darüber das vergangene oder gegenwärtige *Leben* der Juden vergessen machen.

Es ist *eine* Sache, wenn überlebende oder gerade noch einmal davongekommene Juden von ihrem entsetzlichen Trauma ein Leben lang beherrscht werden. Eine *andere* ist es, wenn Deutsche zwanghaft auf das Trauma ihrer Opfer fixiert sind, um die toten gegen die lebenden Juden auszuspielen, diese imaginär also auch noch zu töten. Hinter dem schlechten Gewissen, das bei Geisel deutlich Züge deutschen Selbsthasses trägt, verbirgt sich letztlich die alte deutsche Nekrophilie: Wir haben sie getötet, jetzt dürfen wir sie lieben – aber eben doch nur wiederum als tote. Zynisch freilich, daß diese Mischung aus Sadismus, schlechtem Gewissen und Selbsthaß auch noch meint, sich hochmoralisch kaschieren zu müssen.

Siegfried Gerlich

Hamburg

»Äußerst niveaulos«

KONKRET 6/93: »Schwestern ade – Frauen was nun?« von Katharina Rutschky

Schwierigkeiten mit einer »autoritären Überorganisation und Verselbständigung ... innovativer Kritik« also hat Katharina Rutschky in ihrem Artikel: »Schwestern ade – Frauen was nun?«, einem ausschließlich zynischen und polemischen Angriff auf die Frauenbewegung.

Damit verrät sie allerdings kein »gesteigertes Problembewußtsein«, sondern diffamiert insbesondere Vermarktung und Gewalt gegen den weiblichen Körper durch Pornographie, Vergewaltigung und Kindesmißbrauch. Mit solchen Aussagen geht sie nicht nur »an Fraueninteressen vorbei«, sondern läßt sich als Zugpferd für eben diese »backlash-Bewegung« einspannen, von der Susan Faludi – sehr zu Recht – in ihrem neuen Buch spricht.

Die Frauenbewegung also habe z.B. das Ausmaß des sexuellen Mißbrauchs erfunden, um diesen künstlich zum Skandal zu machen! Warum Feministinnen und andere, die gegen sexuellen Mißbrauch arbeiten, sich angeblich so gierig auf dieses Problem stürzen, begründet Frau Rutschky mit der Sexualfeindlichkeit der Frauen, die »keine positive Vorstellung von Sexualität mehr haben.« Diese Position kommt gut an, denn sie verschafft dem recht ausgeleierten Argument von der Männerfeindlichkeit sexuell frustrierter Feministinnen ein bißchen neuen Glanz. Verleugnet wird allerdings der große Unterschied zwischen Sexualität und sexueller Gewalt. Selbstverständlich ist freie Sexualität für alle erstrebenswert, für Kinder wie für Erwachsene. Doch zu suggerieren, daß Kinder und Erwachsene in der Sexualität Gleiche sein könnten, ignoriert einerseits die kindliche Sexualität und negiert zum anderen das Macht- und Abhängigkeitsverhältnis zwischen Kindern und Erwachsenen – und bereitet damit den Boden für die Legitimation des Mißbrauchs.

Seitenhiebe auf den Kommunismus sind heute modern, das weiß jeder, aber es hat keineswegs etwas mit dem Kommunistischen Manifest zu tun, sondern entspricht einfach den Tatsachen, wenn Susan Faludi sagt, daß jeder Schritt, den die Frauen als unterdrückte Hälfte der Menschheit nach vorn im Verfolg ihrer gerechten Sache tun, die Kräfte des Gegners auf höherem Niveau mobilisiert. Was sich allerdings tatsächlich stellt, ist die Frage nach dem Niveau. Ein derartig polemisches Engagement zu solchen Zwecken finde ich jedenfalls äußerst niveaulos. Empörend, daß die Zeitschrift KONKRET sich dazu hergibt. Aber die linke Männerwelt hat sich ja schon zu 68er-Zeiten keinen Deut um die Frauenbelange gekümmert, und daran hat sich – und das ist das eigentlich Traurige – bis heute nichts geändert.

Silke-Birgitta Gahleitner

Berlin

Konkret 07/93, S. 9

Hermann L. Gremliza

Ein Volk, Jens Reich, ein Führer

Deutsche Bankiers haben begonnen, von einer Katastrophe zu reden. Man darf sich auf gröberes gefaßt machen als auf ein bißchen Rezession. Die jüngste Krise der Weltwirtschaft kann Staat und Gesellschaft ähnlich tief erschüttern wie die Depression der Jahre zwischen den ersten beiden Weltkriegen. Was, wenn die Zahl der Arbeitslosen sich verdoppelt oder verdreifacht; wenn Hunger auch in Dortmund oder Dresden nicht bloß eine Metapher ist; wenn noch ärmere Fremde, die trotzdem hierher fliehen, nächtens an den Ostgrenzen des Reichs abgeschossen werden – siebentausend Mann hat der Bundesinnenminister schon vor Wochen an Oder und Neisse geschickt, spezielle, mit Infrarot und Radar bestückte Jagdgeräte läßt er entwickeln; wenn im Innern des Landes der neue Nazi-Mob Ausländern und wer weiß wem noch den totalen Krieg erklärt, was dann?

Ahnungen solcher Zukunft müssen es sein, die das politische Personal der Bourgeoisie von Woche zu Woche hektischer nach Vorbeugung suchen lassen. Politiker aller Lager, gestern noch in schönste Streitkultur verwickelt, rücken zum Ringelpietz mit Anfassen zusammen. An nur einem Wochenende nahmen die grünen und bürgerbewegten Pazifisten vor dem Kriegsminister Rühe Haltung an und machten Meldung, sie seien ab sofort freiwillig bereit, deutsche Soldaten an die Front zu schicken; lobten Christ- und Freidemokraten und die Bürgerpresse, bislang strengste Warner vor verfassungswidriger Basisdemokratie, die populistische Farce, die die Sozialdemokraten bei der Kür ihres Vorsitzenden aufgeführt hatten; meldete der grüne Umweltminister Fischer, der wie ein Fieberthermometer in den Tiefen des Systems steckt, seine »Sorge um die Zukunft von CDU und SPD«, sie seien »die tragenden Säulen unserer Demokratie«, wenn sie »ins Wanken geraten, ist unser Staat in Gefahr«; fanden sich eine vormals maoistische Pastorin, ein freidemokratischer Vorsitzender des Zentralrats der Juden, ein Gründungsmitglied der Jungen Union und Ghostwriter von Hitlers Rüstungsminister Speer, ein Historiker, der der Bundesregierung empfiehlt, den Atomwaffensperrvertrag nicht zu verlängern, mit sozialdemokratischen Schriftstellern und -gelehrten zusammen, um ihrem Deutschland einig Vaterland den Biologen Jens Reich, vormals DDR, als künftigen Bundespräsidenten aufzureden.

Die bunte Mischung und die Person des Vorgeschlagenen zeigen, wo die Autoren des Vorschlags den Arbeitsplatz des künftigen Präsidenten vor allem vermuten: an Orten, wo Streit zu schweigen hat und nichts wenn nicht Gutes gesagt werden darf. Dort, vor Särgen, bei Trauerfeiern für erschlagene, erschossene oder verbrannte Ausländer, ist jene ranzige Betroffenheit Pflicht, über die der Kandidat reichlicher verfügt als über irgendeine andere politische Gabe, und wie er es tut, dafür genügt *ein* Beispiel. Gefragt, warum Erich Honecker vor ein deutsches Gericht gestellt und verurteilt werden müsse, antwortete der »Bürgerrechtler«: »Da wurde eine Armee darauf gedrillt, bei Bedarf den Krieg offensiv ins Feindesland zu tragen. Die Soldaten kannten ihre Gefechtsziele: Hildesheim, Fulda, Celle. Sie hätten im Kriegsfall auf ihr eigenes deutsches Volk schießen müssen« und nicht, wie es dem Mann, »der in seiner Person den Gegensatz zwischen den alten und neuen Ländern überwunden hat« und »Grundsatztreue mit Toleranz verbindet«, gefallen hätte, auf fremde undeutsche Völker.

Es ist dieser Ton, den die deutschen Bürger aller Kragenweiten auch an ihrem amtierenden Präsidenten schätzen. Synchronisiert mit der Miene eines Oberammergauer Reservechristus, hebt er die Moral der Landsleute und läßt das Ausland, das nicht deutsch versteht und deshalb die hiesigen Leitartikel liest, auf die Humanität Made in Germany hereinfallen. Daß von Humanität in dem präsidialen Geschwätz keine Rede sein kann, und wie keiner es merkt, dokumentierte der wie stets von allen gelobte Auftritt Weizsäckers bei der Trauerfeier für die fünf in Solingen ermordeten Türken. Man lese:

»Wir Deutsche haben die Türken eingeladen, zu uns zu kommen. Seit Jahr und Tag arbeiten sie mit uns. Natürlich wollen wir uns in Deutschland zu Hause fühlen. Aber sie haben maßgeblich Anteil daran, daß dieses zuhause auch gut funktioniert. Sie tragen bei zu unserer Marktversorgung, unserer starken deutschen Wirtschaft, unserem Sozialprodukt; sie zahlen Steuern und leisten Sozialabgaben.«

Und weil sie all das tun und leisten, was die Zigeuner und andere Asylanten nicht tun und leisten, weil sie uns mit Gemüse versorgen, unseren Müll abfahren, unsere deutsche Mark stärken, unsere Renten finanzieren, möge man sie, spricht die Logik des Gedankens, doch nicht anzünden, denn Weizsäckers Rede galt ja nicht einem Drohbrief oder dem beliebten Zuruf Türkensau. Der trauernde Präsident weiß, daß er sich und den Seinen die Zumutung, Fremde nicht umzubringen, gut begründen muß. »Wer von uns«, fuhr Weizsäcker fort, »will die Stimme des Mannes aus Solingen vergessen, als er sagte, siebzehn Jahre habe ich in der Türkei gelebt, danach seit dreißig Jahren in Deutschland. Und dann auf seine eigene Frage ›Wo bin ich zu Hause?‹ antwortete er: ›In beiden Ländern! Und meine Kinder zu hundert Prozent in Deutschland‹.«

Den türkischen Mann aus Solingen hatten, den Redner tief betroffen, aber auch glücklich machend, seine deutschen Nachbarn also bereits über die Notwendigkeit belehrt, für seinen Wunsch, nicht angezündet zu werden, zum Konto oder

wenigstens zum Herzen der Deutschen gehende Argumente vorzutragen. Und dann fuhr dieser Präsident fort, und keiner hat am Tatort zu einem faulen Ei gegriffen oder tags drauf im Leitartikel zu einem Schimpfwort, er fuhr, vor fünf türkischen Särgen stehend, fort: »Es gibt eben nicht nur die ganz überwiegend anständigen Deutschen, sondern ebenso die ganz überwiegend anständigen Türken«, da darf man sich von den fünf unordentlich verkohlt herumliegenden nicht täuschen lassen.

Es gibt aber auch Deutsche und Türken, die nicht überwiegend anständig sind bzw. denen es überwiegend nicht anständig geht, und ihre Zahl wächst. Je mehr es werden, desto panischer reagiert das politische Personal. Das öffentliche Ansehen ihrer Parteien, die heute kein bißchen besser oder mieser sind, als sie es durch die Jahrzehnte waren, haben ihr Präsident, ihre Presse und die als nachdenklich geltenden unter ihren Politikern auf Null heruntergeredet, und wenn der Sprecher der Deutschen Bank mit dem Satz: »Unser Land verkommt zur Palaverrepublik« an das Naziwort von der »Schwatzbude« erinnert, die das Parlament sei, nickt alles in begeisterter Betroffenheit.

Weil für soziale Marktwirtschaft die Mittel ausgehen und darum für die parlamentarische Demokratie die Geduld, werden in intensivem Ideologieanbau jene Werte gezogen, die den Staat und die Gesellschaft geschlossen und kostengünstig durch die große Krise bringen sollen: Patriotismus und Opferbereitschaft. Nach dem bereits bewährten Prinzip »Lichterketten statt Asyl« werden sinkende Löhne und Renten mit erhöhtem Stolz auf unsere jungen Wüstenfüchse ausgeglichen. Die materielle Antwort auf die Krise heißt Jose Ignacio Lopez, die ideelle hieße Jens Reich. Jener ist die ökonomische Notwendigkeit, die Millionen von Lohnarbeit befreit, dieser wäre der ideologische Trost, der die Stimmung der Befreiten hochhält. Daß er parteilos ist, verschafft ihm bei den Deutschen, deren wilhelminisches Ressentiment gegen Parteien heute schon von Parteivorständen geteilt wird, jene Glaubwürdigkeit, die der letzte ihrer parteilosen Präsidenten genoß, Hindenburg, der auch nichts so sehr verabscheute, als daß Deutsche auf ihr eigenes deutsches Volk schießen müßten anstatt auf Kaffern oder Somalis und daß ihr Staatsoberhaupt ein »Parteimann, Vertreter einseitiger Ansichten« sei.

PS: Hindenburgs Kandidatur wurde 1932 von den Konservativen und von den Sozialisten unterstützt, Reichs Kandidatur 1993 von einem Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen« und der Redaktion des »Neuen Deutschland«.

Konkret 07/93, S. 10

Georg Fülberth

Staatsdelegation

Deutschland legt zu: Einführung von Karenztagen, Abschaffung des Asylrechts, Abtreibungsurteil, Solidarpaktbeschlüsse, die Morde von Solingen – »Wahrscheinlich wird inzwischen wieder wer gesagt haben, nun sei nichts mehr wie vorher. Eine Woche ist aber eine kurze Zeit, da kann allenfalls zum Ausbruch kommen, was sich vorher angesammelt hat«

Einst und jetzt

Die »Zeit« vom 28. Mai machte mit der Schlagzeile auf: »Der Druck im Kessel steigt«. Der erste Absatz des Artikels von Robert Leicht begann so: »Diese Woche hat es in sich. An jedem Tag ein neues Reizthema auf der Agenda: am Montag die Pflegeversicherung, am Dienstag die Generalprobe der SPD vor der Abstimmung am Mittwoch über das Asylrecht, am Donnerstag der Solidarpakt im Parlament, am Freitag schließlich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Paragraphen 218 – Mal um Mal ein extremer Test für die Koalition, die Opposition, die Regierung und das ganze Parlament.« Nach Redaktionsschluß platzte dann der Kessel, in Solingen.

Wahrscheinlich wird inzwischen wieder irgendwer gesagt haben, nun sei nichts mehr wie vorher, die Bundesrepublik sei eine andere geworden. Eine Woche ist aber eine kurze Zeit, da kann allenfalls zum Ausbruch kommen, was sich vorher angesammelt hat. So war es wohl Ende Mai. Von (teils erfolgten, teils nur versuchten) früheren Sprüngen nach rechts – Beispiele: die Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968, Deutscher Herbst 1977 – unterscheidet die jetzige Verschiebung sich dadurch, daß sie nicht in erster Linie durch Aktionen des Staates gekennzeichnet ist, sondern dadurch, daß das politische Personal sich bemüht, Entscheidungen auf die Ebene des Sozialen zu verlagern mit der Begründung, dort herrsche schon längst ein Sachzwang. So erscheint plötzlich das Verhalten der vielen als das alleinige reale Geschehen – die durch einzelne handelnde Personen symbolisierte Politik sei machtlos. Die Gesellschaft steht, so ist der Eindruck, rechts vom Staat, der sich, demokratisch, wie er ist, wohl oder übel darum bemühen müsse, ihren Wünschen nachzukommen.

Auf derselben Seite der »Zeit«, auf der in einer gesonderten Zeile von der »Politik am Ende ihrer Möglichkeiten« geredet wird, findet sich in roten Lettern ein Hinweis auf einen Artikel von Jürgen Habermas im Inneren des Blattes: »Die Festung Europa und das neue Deutschland«. Noch einmal zeigt uns der Theoretiker des kommunikativen Handelns seine Vorstellung von der alten Bundesrepublik: unten eine Marktwirtschaft, die sich schwer stören läßt; oben der demokratisch legitimierte Rechtsstaat, der allerdings auch Fehler mache, zum Beispiel jetzt in der Asylfrage; dazwischen schließlich das Reich der Freiheit, die politische Kultur, die Öffentlichkeit. Westorientierung und unwiderrufliche Absage an den deutschen Sonderweg seien längst offizielle Politik geworden, müßten allerdings immer wieder neu verteidigt werden, und die Kraft hierfür sei vorhanden: Sie erwächst bei Habermas immer noch aus der Tradition der Studentenbewegung und ihrer langen Inkubations- und Nachwirkungsphase.

Hier haben wir einen Idealtypus besonderer Art vor uns: Ein Stück Wirklichkeit wird beschrieben, zugleich aber wird eine Norm vorgestellt, und das Ganze hat historische Patina angesetzt. Habermas schildert die Bundesrepublik, wie er sie sich immer gewünscht hat, und doch wird klar, daß das Bild, das er sich von ihr macht, früher der Realität noch ein bißchen näher war. Dies wird stets da besonders deutlich, wo er sich auf das Zwischenreich zwischen Staat und Ökonomie bezieht: jenes Fluidum, das andere so inbrünstig »Zivilgesellschaft« nennen. Da ortet er das Herz der Aufklärung. Inzwischen berufen sich der Gesetzgeber und insbesondere Kommunalpolitiker, für welche der Münchner Oberbürgermeister Kronawitter völlig typisch ist, darauf, daß gerade dort der Sitz von dumpfer Gewaltbereitschaft sei: nicht so sehr Rassismus (das Wort mögen sie nicht), wohl aber Sozialneid, aggressive Enge, für die man Verständnis haben müsse, übrigens auch aus ökologischen Gründen. Höchste Pflicht der Politik sei es, diesen Stimmungen entgegenzukommen und sie so zu besänftigen.

Auch die Begriffe »Deutscher Sonderweg« und »Westorientierung« scheinen einen neuen Sinn bekommen zu haben. Im Historikerstreit von 1986/87 stand hier noch Pathos gegen Pathos: Walhalla gegen die Erklärung der Menschenrechte. Schon seit Schengen ist aus der von Habermas beschworenen westlichen Wertegemeinschaft eine Kumpanei im Tatsächlichen geworden. Eine Woche nach dem Beschluß des Deutschen Bundestages zur Asylpolitik trieb die französische Regierung die Änderung ihres Ausländerrechts voran, Ziel: Zuwanderung Null. Die rassistischen Übergriffe in Deutschland werden von der ausländischen Presse überwiegend zurückhaltend kommentiert: Man kennt das.

Politik als Sozialfall

In seinem Buch »Handeln für Deutschland« wirft Helmut Schmidt dem Bundeskanzler vor, er habe es im November 1989 versäumt, eine »Blut-Schweiß-und-Tränen«-Rede zu halten. Er meint, die praktische Wirtschafts- und Sozialpolitik werde diese Art Heroismus benötigen. Bei der Debatte über den Solidarpakt kam Waigel darauf zurück: »Er neige zwar nicht

dazu, dem Rat zu folgen und nach dem Vorbild Churchills ›Blut, Schweiß und Tränen-Reden‹ zu halten. Tatsache sei aber, daß der Preis der Einheit bezahlt werden müsse« (»Süddeutsche Zeitung«, 28.5.93). Bemerkenswerter als die Übereinstimmung ist hier die Abweichung. Churchill rief zur Verteidigung im Krieg. Der bescheidene Waigel verschweigt nicht, daß er ein ähnlich gewaltiges Ziel nicht nennen könne. Schließlich ist die Mauer ja schon weg, und es soll nur nachträglich gezahlt werden. Dabei ist selbst diese Verbindung einer finanziellen Anstrengung mit einem vergangenen nationalen Großereignis nicht völlig korrekt. Die Ausschlachtung der öffentlichen Haushalte steht gegenwärtig nämlich in der gesamten kapitalistischen Welt auf der Tagesordung, ohne daß immer gleich ganze Staaten beseitigt oder erweitert worden sind. Da die Wiedervereinigung der USA bereits 1865 nach dem Bürgerkrieg stattgefunden hat, kann Clinton sie zur Begründung seiner Budget-Streichungen schlecht heranziehen. Er verweist statt dessen auf die notwendige Reform des Gesundheitswesens.

Die weltweite Neuordnung der Haushalte, die fast durchgehend – zaghafte Ausnahme: Vereinigte Staaten – mit einer Einschränkung des Sozialstaats verbunden ist (prominentes Beispiel: Schweden), hat ihre zentrale Ursache darin, daß das Kapital weniger als früher nationalstaatlich gebändigt werden kann. Es fließt an den Öffentlichen Händen ziemlich ungeniert vorbei. Soweit es sich diesen zeitweilig zur Verfügung stellt, geschieht das seit ca. eineinhalb Jahren zunehmend in der Form von Anleihen. Diese wurden in dem Maße notwendig, in dem die konservativ-liberale Auffassung, Steuern und Abgaben lähmten die Wirtschaft und müßten deshalb kleingehalten werden, herrschende Politik wurde. Soll die Verschuldung wieder abgebaut werden, können die Staaten nicht fördernd und ordnend, sondern nur sparend in die Gesellschaft eingreifen, und sie neigen deshalb dazu, diese ihren internen Verteilungskämpfen zu überlassen. Die Politiker büßen an Ansehen ein, wie die Erbtante, von der sich plötzlich herausstellt, daß sie ihr Vermögen verloren hat.

Aber die Pflegeversicherung! Hier, so scheint es, hat Blüm doch Bismarcksches und Adenauersches Format bewiesen, indem er gegen den Widerstand heterogener Interessenten, insbesondere der Unternehmer, die Koalition auf seine Linie brachte: Der Staat bestimmte, wo es lang zu gehen hat.

Der zweite Blick zeigt, daß das nicht zutrifft. In der Finanzierung handelt es sich nämlich gar nicht um eine klassische Sozialversicherung, in welche beide Seiten real einzahlen. Durch die Karenztage erinnert das neue Gebilde eher – wengleich von ferne – an die Notkassen, mit denen vor Bismarcks Sozialgesetzgebung die Handwerksgesellen aus eigener Tasche für den Fall von Krankheit oder Invalidität vorsorgten. Wenn die Unternehmer ebenfalls opponieren, dann deshalb, weil sie wissen, daß das neue Konstrukt auf lange Sicht auch für sie Nachteile bringen wird. Ihnen schwant, daß der Staat gar nicht die Macht hat, ihnen die von ihnen so lange gewünschten Karenztage zuzuschieben. Tarifverträge müßten gekündigt und die Gewerkschaften gezwungen werden, bei neuen Abschlüssen auf die Lohnfortzahlung zu verzichten. Das ist aber Sache der jeweiligen innergesellschaftlichen Verhandlungsmacht. Wird die Pflegeversicherung teuerer als jetzt errechnet, dann, so fürchten die Unternehmer, werden die Karenztage, die aktuell, wenn verwirklicht, sogar eine üppige Kompensation sein mögen, nicht ausreichen. Danach könnte es eben doch zu höheren »Lohnnebenkosten« kommen.

Wer meint, es drohe hierzulande ein autoritäres Regime oder gar eine faschistische Diktatur, wird darauf hinweisen, daß der Staat jetzt damit angefangen habe, die Koalitionsfreiheit abzuschaffen. Einen solchen Kraftakt würde er aber nur versuchen, wenn auch die Unternehmer es wollten, und das Gegenteil ist der Fall. Falls irgendwann die Pflegeversicherung tatsächlich eingeführt werden sollte, wird, wie die Dinge gegenwärtig liegen, dem sogenannten freien Spiel der Kräfte, das heißt: ökonomisch bestimmten gesellschaftlichen Machtverhältnissen, ein weites Feld eingeräumt werden.

Paragraph 218:

Liberales Patriarchat

Das sogenannte Recht des ungeborenen Lebens ist ebenso ein ethisches Prinzip wie die selbstbestimmte Schwangerschaft. Im ersten Fall handelt es sich um einen reaktionären Grundsatz, im zweiten um einen progressiven. Das Bundesverfassungsgericht hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß es auf der Seite der Lebensschützer steht. Die Durchsetzung des Gewollten will es aber je länger desto weniger dem Strafrecht anvertrauen. Das Verbot greift dann allerdings nicht mehr in der alten Art.

So war es bereits beim Urteil gegen die Fristenregelung 1975, das zugleich die Möglichkeit einer »sozialen Indikation« einräumte. Jetzt, 1993, wurde der Abbruch innerhalb der ersten drei Monate zwar für rechtswidrig erklärt, die Sanktion soll aber nicht durch den Strafrichter, sondern mit finanziellen Mitteln ausgeübt werden. Indem eine Abtreibung nicht mehr von den Krankenkassen bezahlt wird, bedient sich die staatliche Drohung eines Instruments aus dem Geiste des Seehoferschen Kostendämpfungs-Konzepts. Unbedingt erhalten bleibt die Mißbilligung des freibestimmten Schwangerschaftsabbruchs, denn wir sind zwar im liberalen Kapitalismus, aber natürlich ebenso im Patriarchat. (Daß es sich zugleich um einen Rückfall hinter Recht und Praxis der ehemaligen DDR handelt, muß kaum noch eigens erwähnt werden. Die Deutsche Demokratische Republik war eben auch in diesem Punkt der bessere Staat.) Dabei ist die durchaus gewollte Demütigung der Frauen, welche gegen die neu bekräftigte Norm verstoßen, sozial abgestuft: oben weniger spürbar; bei denjenigen, die

das Geld für die Abtreibung von der Sozialhilfe beanspruchen müssen, dagegen stark. Da die staatlichen Krankenhäuser keine Abtreibungen mehr vornehmen dürfen, fällt für die niedergelassenen Ärzte mehr ab. So läßt sich verstehen, daß die FDP-Bundestagsabgeordnete Würfel recht zufrieden mit dem Urteil ist: Sie wird es als liberal empfinden. Die obligatorische Beratung wird wohl weiter von Freien Trägern wahrgenommen werden, aber sie haben jetzt einen klar gefaßten Auftrag des Staates, der sich einerseits keineswegs völlig heraushält, allerdings davon ausgeht, daß es eben gesellschaftliche Instanzen sind, die das seine tun.

Der staatstreue Friedrich Karl Fromme äußerte in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland« natürlich Genugtuung über die Ablehnung der Fristenlösung, aber ein leiser Ton der Resignation war nicht zu überhören: Der Staat könne die reine Lehre eben nur nach Maßgabe einer nach wie vor ungünstigen Gesamtkonstellation gegen eine verderbte Gesellschaft verfechten. Er meinte damit die Übermacht der Libertinage. Unkenntnis oder die Rücksicht auf die Anzeigenkundschaft verweigerte ihm die Einsicht, daß ein tatsächlich durchgesetztes Verbot die Versorgung von Industrie- und Forschungsinteressenten, die ihm und seinem Blatt nahestehen, mit embryonaler Biomasse erschwert hätte.

Faschisierung unterhalb des Staates?

Drei Argumente wurden in den Bundestagsdebatten von den Befürwortern einer Änderung des Asylrechts immer wieder vorgebracht:

Erstens: Wenn die Zuwanderung nicht gestoppt werde, verliere die Bevölkerung, welche dies verlange, noch mehr den Respekt vor der Politik, werde also »politikverdrossen« oder wende sich rechten Extremisten zu.

Zweitens: Die Zahl der Ausländer, die nicht wegen politischer Verfolgung, sondern zum Zweck wirtschaftlicher Besserstellung in die BRD kämen, müsse gesenkt werden, da die Kosten für ihren Lebensunterhalt und auch der Aufwand bei der Bereitstellung von Wohnraum die Leistungsfähigkeit des Staates, insbesondere aber der Kommunen, überstiegen.

Drittens: Eine Änderung des Asylrechts sei ein Mittel gegen die ausländerfeindliche Gewalt, der auf diese Weise die Sympathie derer, die staatliches Handeln verlangten, entzogen werde.

Das dritte Argument war nach drei Tagen durch einen fünffachen Mord widerlegt, die beiden anderen sind nicht besser.

Der offene Ausbruch einer jahrzehntelang lediglich latent wirkenden Ausländerfeindlichkeit und sogenannte »Politikverdrossenheit« verhalten sich zueinander nicht wie Ursache und Wirkung, sondern sie haben ihrerseits wieder zwei gemeinsame Voraussetzungen: Das ist erstens die Verschärfung des Verteilungskampfes unter für breite Schichten auch langfristig erschwerten Bedingungen, die in der Rezession sich zusätzlich verschlechtern. Hinzu kommt zweitens die schlechte Figur, die der nach den Maximen kapitalistischer Sanierung geführte Staat dabei notwendig macht. Einerseits tut er gar nichts (er treibt zum Beispiel keine aktive Beschäftigungspolitik, hat wohl auch kein Geld mehr dafür), andererseits trägt er durch seine Ausgabenkürzungen weiter zur Unzufriedenheit bei. In einer solchen Situation entsteht nicht Rassismus, aber er wird wieder wach. Erhält er ein Zugeständnis, schwächt er sich nicht ab, denn es könnte vielleicht noch mehr zu holen sein. Die »Politikverdrossenheit« aber verschwindet durch eine Bedienung des Volksempfindens überhaupt nicht, denn ihre beiden Ursachen sind ja ebenfalls noch da.

Der Zweck, Geld und Raum für die Unterbringung von Menschen aus dem Ausland zu sparen, wird zumindest in den nächsten Jahren ohnehin nicht erreicht. Die Zahl derer, die als Deutsche aus dem Osten juristisch problemlos aufgenommen werden, wird nach wie vor sehr hoch sein. Es mag sein, daß die Gemeinden irgendwann einmal weniger Geld und Platz für Asylsuchende bereitstellen müssen – wieder einmal Kostendämpfung. Dies wird geschehen, falls der Zustrom der offiziellen Bewerber tatsächlich kleiner wird. Zugleich aber wird die Zahl der illegalen Immigranten steigen, und noch größer als die Tatsache wird das Gerücht von der heimlichen Unterwanderung sein. Die Illegalen werden als Feindbild die Asylsuchenden ersetzen. Da diese Gesellschaft zugleich mit ihrem Drogenproblem nicht fertig wird, wird dieses noch enger mit den Fremden verbunden werden. In diesem Fall allerdings wird der Staat sich – anders als in der Sozialpolitik – nicht heraushalten, sondern die Polizei verstärken. Denkbar ist auch, daß er sich einen Teil der Aufgabe von privaten Sicherheitskräften oder gar Bürgerwehren abnehmen läßt. Doch selbst seine die Gesellschaft durchschnüffelnde Präsenz bedeutet nicht unbedingt, daß er noch der alte ist. Die Frage, ob eine Mafiotisierung auch der deutschen Polizei möglich ist oder gar schon angefangen hat, wird da und dort bereits gestellt.

Solingen war die Antwort auf das Vorgeben, eine neue Asylpolitik schütze vor Gewalt. Die Verhafteten sind durch die Formel Skin gleich Heimkind nicht hinreichend zu definieren, schon hat die »Bild-Zeitung« auch einen »Arztsohn« unter ihnen ausgemacht. Das große Kollektiv, das sie hervorbrachte und beeinflußte, reicht ohnehin über das organisierte Fascho-Milieu und die vielerwähnten Stammtische, an denen auch mal vom Vergasen geredet wird, hinaus. Es handelt sich um die deutsche Gesellschaft.

Bei der letzten Wahl zur französischen Nationalversammlung erhielt Le Pen zwar wieder einen erheblichen Stimmenanteil, aber keinen einzigen Sitz. Dennoch wissen alle, daß sein Einfluß ungebrochen ist. Falls 1994 die »Republikaner« in den

Bundestag kommen, ist das reale Problem der Basis-Faschisierung damit keineswegs adäquat sichtbar gemacht. Es ist weniger politisch als gesellschaftlich artikuliert. Der klassische Faschismus war immer auf die Eroberung des Staates gerichtet, und es ist bislang unmöglich gewesen, ihn ohne diese Feststellung angemessen zu charakterisieren. Dies kannsich ändern. Vielleicht müssen wir künftig unterscheiden zwischen dem – vorderhand aussichtslosen – politischen Prinzip des nach staatlicher Herrschaft strebenden Faschismus und einer auf den außerstaatlichen Bereich, also die Gesellschaft beschränk-ten, dort aber um sich greifenden Faschisierung.

Hobbes rückwärts

Man weiß, daß laut Thomas Hobbes (1588-1679) im Urzustand der Krieg aller gegen alle herrschte. Deshalb sei der Staat notwendig, der die Gesellschaft mit Hilfe seines Gewaltmonopols ordnet. John Locke und die Liberalen sahen da nicht Wohltat, sondern Despotie. Gegen den Leviathan wurde die Gesellschaft der Freien und Gleichen gesetzt. Diese konnten allerdings nur dann ungestört ihren Geschäften nachgehen, wenn weiterhin der Staat – jetzt aber konstitutionell gebändigt – für sie Kriege führte und die im Innern leider weiterhin notwendigen Repressionsmaßnahmen ergriff. Ob dies zentral oder dezentral erfolgt, ist lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit. Ganz offensichtlich ist das konzentrierte staatliche Gewaltmonopol gegenwärtig allein nicht ausreichend. Es wird durch die Mobilisierung gleichgerichteter Potenzen, die in der Gesellschaft ohnehin vorhanden sind (wenngleich zeitweise verborgen), ergänzt. So mögen Leviathan und Civil society einander wieder näherkommen, bis eines Tages der Staat sorglos sein Haupt in eines jeden loyalen Untertanen Schoß legen kann.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 6/93 über den tendenziellen Fall der Sozialdemokratie

Konkret 07/93, S. 13

Verena Krieger

Überwachen und strafen

Der kleinliche Streit über logische Widersprüche oder juristische Spitzfindigkeiten in der Begründung des Karlsruher Urteils zum Paragraphen 218 übersieht deren wahren Charakter: »Es ist der utopische Entwurf einer perfekten, lückenlosen, einfühlenden, auf Zwang verzichtenden und deshalb erfolgreichen Überredung von Frauen, exakt das Gegenteil von dem zu tun, was sie wollen«

Selten zuvor ist dem Bundesverfassungsgericht soviel Unrecht getan worden wie jüngst in den Reaktionen auf sein Abtreibungsurteil. Einen »Rückfall ins Mittelalter« nannte es Regine Hildebrandt. Das geht zu weit. Nicht nur lag dem 2. Senat der Gedanke fern, der Kultur der »weisen Frauen« mit ihren tradierten und bewährten Kenntnissen der Geburtenverhinderung zu neuer Blüte zu verhelfen (allenfalls könnte dies ein unbeabsichtigtes Resultat ihrer Bemühungen sein), noch ist sein ausgefeiltes Elaborat mit den plumpen Foltervorschlägen der »Hexenhammer«-Autoren Sprenger & Institoris aus dem Jahr 1487 auf eine Stufe zu stellen. Wenn überhaupt sich ein historischer Vergleich anbietet, so am ehesten der mit jenem Jahrhundert der Aufklärung und beginnenden Moderne, in dem die Psychiatrie und das Gefängnis erfunden wurden, in dem – wie von Foucault beschrieben – an die Stelle der öffentlichen Marterung des Übeltäters seine Disziplinierung zum Zwecke der Besserung trat, der totale staatliche Zugriff auf Körper, Kopf und Herz.

Dies gegen Ende des 18. Jahrhunderts erfundene und im wesentlichen bis heute gültige Konzept staatlicher Machtausübung, das nicht mehr primär auf repräsentative Brandmarkung und Abschreckung, sondern auf die individuelle Einsicht des Delinquenten zielt, als verbesserungs- und ausbaufähiges Fundament zu nutzen – solche Überlegung hat das Hohe Gericht seinem Urteil vermutlich zugrundegelegt. Der inbrünstige Wunsch, die sehnsüchtige Gier nach Macht, nach Kontrolle, nach der totalen Verfügung über Kopf und Körper einer jeden einzelnen Frau spricht wahrhaftig aus jeder Zeile der rund 200 Seiten umfassenden Urteilsbegründung. Wer je sich kleinlich über gewisse logische Widersprüchlichkeiten oder juristische Verklausulierungen in diesem Text mokierte, hat dessen wahren Charakter übersehen: Es ist der utopische Entwurf einer perfekten, lückenlosen, einfühlenden, auf Zwang verzichtenden und deshalb erfolgreichen Überredung von Frauen, exakt das Gegenteil von dem zu tun, was sie wollen.

Eine Utopie – aber auch ein praktisches Programm, das dem Heer »lebensschützender« Spitzel, Pfuscher und Pfaffen eine Menge nützlicher Optionen eröffnet. Sieht man einmal vom »ideologischen Staatsapparat« Schule ab, der die Funktionalisierung seiner Objekte eher durch Disziplinierung und Zurichtung denn durch therapeutische Eingriffe ins Seelenleben ins Werk setzt, so hat es wohl kaum je ein vergleichbar ausgefeiltes Konzept systematischer psychologischer Bearbeitung eines relevanten Bevölkerungsteils auf staatliches Geheiß und unter staatlicher Kontrolle gegeben. Orwells Entwurf mag dem des Verfassungsgerichts noch am nächsten kommen; er krankt jedoch an geringerer Lebensnähe und mangelnden Ausführungsbestimmungen. Ein Vorwurf, den man dem Karlsruher Urteil nicht machen kann.

Bis ins kleinste Detail hat das Gericht in perfidem Perfektionismus das Verfahren festgelegt, das abtreibungswillige Frauen künftig zu durchlaufen haben. Profitiert hat es dabei von der Phantasie und praktischen Erfahrung der rechten »Lebensschützer«-Szene und ihrer Lobby in Ärzte- und Richterschaft, die bekanntlich nicht nur durch Fachgutachten bei der vom Gericht im Dezember letzten Jahres durchgeführten Anhörung, sondern auch im entscheidungstragenden 2. Senat selbst personell vertreten war. Von den organisierten »Lebensschützern« stammt auch die alte Forderung nach Abschaffung der Krankenkassenfinanzierung von Abtreibungen, die nach einer Geldstrafe für abtreibende Frauen also, wie sie nun faktisch beschlossen wurde. Aller Voraussicht nach wird es – zumindest läßt das Urteil diesen Spielraum offen – nach der Neuregelung wieder eine Notlagenindikation geben, um die dann alle Frauen betteln dürfen, die nicht selbst zahlen können oder wollen. Das bedeutet, unter dem Etikett ›Fristenregelung‹ wird faktisch das alte Indikationenrecht weiterbestehen. Während aber dieser Aspekt des Urteils – die Reinstallierung des Klassenparagraphen 218 durch Erhebung der Entscheidungsfreiheit zur reinen Kostenfrage – vor allem von denjenigen Kritikerinnen besonders hervorgehoben wird, die Abtreibung traditionell in erster Linie als Folge-»Problem« sozialer Not und keineswegs als eine von zwei möglichen und gleichwertigen Entscheidungen über eine Schwangerschaft betrachten, sind andere folgenreiche Bestimmungen des Urteilsspruchs in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen worden.

So entscheidet ab sofort allein der Berater darüber, wann das sogenannte »Beratungsgespräch« als abgeschlossen gelten kann. Bis dahin hat er das Recht – und die Pflicht – , die zwangsweise zu Beratende beliebig häufig zu sich zu bestellen, um mit ihr gemeinsam ihre Notlage eingehend zu erörtern und sie zum Kinde zu ermutigen. Eine entzückende Idee, die zweifellos auf der fundierten, langjährigen Erfahrung einiger katholischer Beratungsstellen basiert und vermutlich demnächst Schule machen wird. Denn damit ist den Beratern ein probates Machtmittel gegen solche Frauen in die Hand gegeben, die sich als widerspenstig erweisen und sich womöglich weigern, ihr Seelenleben auszubreiten, oder die sich gar uneinsichtig zeigen.

Zum erweiterten Repertoire des Zwangsberaters gehört künftig auch die Instrumentalisierung aller der Frau persönlich nahestehenden Personen, sofern sie »auf den Willen der Frau Einfluß nehmen können«. Natürlich gilt es zu sondieren, in

welcher Richtung. Wenn die Frau nämlich jemanden zum Beratungsgespräch mitnimmt, dessen Einfluß sich »schädlich« im Sinne des Verfassungsgerichts auswirkt, so ist sie aufzufordern, noch einmal zu erscheinen – allein. Zeichnet sich hingegen ab, daß in ihrem »familiären Umfeld« jemand existiert, der ganz gern einen kleinen Schreihals in der Familie sähe, so gilt es, diese Person zum Beratungsgespräch hinzuzuziehen – beim nächsten Termin natürlich. Wenn sich aber das persönliche Umfeld ganz verstockt zeigt, dann gibt es immer noch die Möglichkeit seiner Kriminalisierung: Eine Frau, die ihrer schwangeren Freundin zur Abtreibung rät, kann sich strafbar machen. Dasselbe gilt etwa für eine Mutter, die – im Rentenalter und bei bester Gesundheit – sich weigert, das Baby ihrer Tochter tagsüber zu betreuen, damit diese trotz Mutterschaft ihre Ausbildung fortführen kann.

Das ist kein Horrorszenario, sondern Inhalt der verfassungsrichterlichen Urteilsbegründung: Demnach machen solche Personen sich strafbar, die eine Frau zum Schwangerschaftsabbruch »drängen« oder ihr »den ihnen zuzumutenden Beistand«, dessen sie aufgrund ihrer Schwangerschaft bedarf, »in verwerflicher Weise vorenthalten«. Dreimal darf man raten, wen dies Verdikt eher treffen wird: den Chef oder die Mutter der betroffenen Frau.

Nicht ein Ende der Kriminalisierung ist also Folge des Urteils, sondern deren potentielle Ausweitung auf einen erheblich vergrößerten Personenkreis. Wer behauptet, wenigstens die abtreibende Frau selbst sei von der Strafverfolgung künftig ausgeschlossen, lügt ohnehin. Deren Strafbarkeit tritt nur dann außer Kraft, wenn ein Zwangsberatungsgespräch erfolgreich (sprich: bis zur Aushändigung der erforderlichen Bescheinigung) überstanden wurde. Frauen, die nach Holland fahren, können weiterhin und womöglich verstärkt mit gynäkologischen Grenz-Nachsorge-Untersuchungen rechnen, wie besonders eifrige Grenzschützer sie schon in der Vergangenheit veranlaßt haben. Und Verfahren á la Memmingen gehören nach wie vor zu den Optionen des künftigen Gesetzes: Wer, wie seinerzeit Dr. Theissen, das Selbstverständliche tut und bei einer Frau, die dies begehrt, einen Abbruch vornimmt, ohne Moralpredigten zu halten oder nach einer Beratungsbescheinigung zu fragen, macht sich strafbar. Die Frau natürlich auch.

Doch dem Verfassungsgericht soll Gerechtigkeit widerfahren: Ungerecht ist zum Beispiel die vielfach geäußerte Behauptung, es treibe die Frauen wieder den Engelmacherinnen in die Arme. Denn gerade darauf, daß dies nicht geschieht, hat es besonderes Augenmerk gelegt. Das ist auch glaubhaft, schließlich gilt es zu verhindern, daß eine Schwangere sich womöglich durch Flucht in die Illegalität der staatlichen Fürsorge entzöge. Denn dort und nur dort gehört sie hin: unter die Augen des gestrengen Vaters Staat, um seine Belehrung in Empfang zu nehmen und sich zu eigen zu machen. Dies zu erreichen, war dem 2. Senat so wichtig, daß er sich in Gegensatz zu dem Urteil des 1. Senats von 1975 begab. Der hatte noch offensiv vertreten, daß die mit der Strafandrohung verbundene Abdrängung abtreibungswilliger Frauen in die Illegalität und die damit verbundenen Risiken für ihre Gesundheit und ihr Leben in Kauf zu nehmen seien: Der Anspruch, eindeutig festzulegen, »was für den einzelnen Recht und Unrecht ist«, dürfe nicht »deswegen aufgegeben werden, weil das an sich achtenswerte Ziel verfolgt wird, andere Leben (gemeint ist das Leben von Frauen, V.K.) zu retten«.

Solch offenen Zynismus leistet man sich heute nicht mehr. Bemerkenswert ist die ausführliche Begründung des Gerichts, weshalb es eine Fristenregelung unter den entsprechend verschärften Bedingungen akzeptiere. Es handelt sich um eine Methodenabwägung unter reinen Effizienzgesichtspunkten, bei unveränderten Prämissen. Da nämlich, wie den Richtern ihre Lebenserfahrung sagt, eine Schwangerschaft »in ihrer Frühphase oft nur der Mutter bekannt« ist und sich der Staat so »vor die Aufgabe gestellt (sieht), Leben zu schützen, von dessen Vorhandensein er nichts weiß«, sind »die Erfahrungen mit allen bisherigen strafrechtlichen Regelungen wenig ermutigend«. Das leuchtet ein. Tatsächlich sind bislang illegale Abtreibungen hauptsächlich dann aufgeflogen, wenn eine Frau am gepfuschten Eingriff elend krepiert ist oder – moderne Variante – ein Frauenarzt vom Finanzamt beim Schummeln erwischt wurde. Und, einmal aus der Logik des »Lebensschützers« gedacht, was nützt schließlich eine aufgeflogene illegale Abtreibung, wenn sie schon stattgefunden hat? Was also tun?

Da das Gericht zu der »Einschätzung« gelangt ist, daß der Staat »eine bessere Chance« zur Verhinderung des Abbruchs hat, »wenn er mit der Mutter«, die keine Mutter werden will, »zusammenwirkt«, sucht er den Dialog mit ihr. Zu diesem Zweck lädt er sie vor. Nachdem er aufgrund der Erfahrungen mit der Zwangsberatung seit 1976 erkannt hat, daß der Zwang zur »Indikationsfeststellung eine ungünstige Vorwirkung auf die Beratung ausübt«, verzichtet er auf dieses Ritual und konzentriert sich darauf, von der Frau die »notwendige Offenheit« und »unbefangene Mitarbeit« einzufordern. Und weil es nicht so einfach ist, in jedem Fall die geforderte freiwillige »Mitwirkung« von ihr zu erlangen, müssen die Berater »über entsprechende Fähigkeiten verfügen«.

Ausschließlich »um seiner Wirksamkeit willen« darf der Staat nach dieser Argumentation sein Konzept zum »Schutz des ungeborenen Lebens« auf die »Letztverantwortung der Frau« ausrichten. Wenn – was zu erwarten ist – dieses groß angelegte Experiment nicht den gewünschten Erfolg – also niedrigere Abtreibungszahlen – mit sich bringt, kann und muß auf die altbewährte Strafrechtsfassung des Paragraphen 218 oder Schlimmeres zurückgegriffen werden. Auch dies ist eine Option für Zukunft im Sinne der »Lebensschützer«.

Sage niemand, hier seien Stümper am Werk gewesen. Das 218-Urteil ist brillant in seinem zielorientierten Pragmatismus und seiner flexiblen Anwendbarkeit. Nicht nur inhaltlich, auch sprachlich ist es absolut auf der Höhe der modernisiert

gewendeten »Lebensschützer«-Terminologie. Die noch im 75er-Urteil enthaltenen Ausfälle gegen Frauen, die »ohne achtenswerten Grund« abtreiben, weil sie »nicht willens sind«, den mit der Austragung der Schwangerschaft verbundenen »Verzicht und die natürlichen mütterlichen Pflichten zu übernehmen«, hat man sich diesmal weitgehend verkniffen. Statt dessen ist penetrant die Rede von den vorgeblich so schwerwiegenden »psychischen Folgeproblemen«, dem »Zwiespalt« und der »Verantwortung« der Frau, die keinesfalls »Objekt« der Beratung sein dürfe. Die wiederum sei nicht etwa als »von außen kommende Fremdbestimmung« oder gar als »Manipulation und Indoktrination« konzipiert, sondern müsse »ergebnisoffen« sein. Bei soviel fürsorglicher Zurückhaltung muß es doch möglich sein, Frauen effizient zum Kinderkriegen zu überreden. Hofft das Gericht.

Um diesem Ziel in der alltäglichen Beratungspraxis auch die nötige Durchschlagskraft zu verleihen, setzt es gekonnt auf die Kombination von Korrumpierungsangeboten, Unterwerfungsforderungen und drohender Zerschlagung bestehender Infrastrukturen. Alle existierenden Beratungsstellen müssen sich einem erneuten Zulassungsverfahren unterziehen, bei dem dann der ideologische Kotau in Form verfassungsgemäßer Beratungsleitlinien erforderlich ist. Die Familienplanungszentren der Pro Familia, die Beratung und Abbruch unter einem Dach durchführen, sollen zur räumlichen und organisatorischen Trennung ihrer Angebote gezwungen werden. Beraterinnen und Berater müssen ihre Qualifikation im Sinne des Urteils nachweisen. Es werden sich genügend Fachkräfte finden.

Schließlich haben sich auch längst genügend Kronzeuginnen gefunden, dem Urteil die »feministische« Legitimation zu verleihen. Alice Schwarzer feierte es als »halbe Niederlage und halben Sieg«. Das Ohr ganz dicht am Tisch der Verfassungsrichter, weiß sie nämlich, es hätte schließlich noch schlimmer kommen können. Daß es dann doch nicht schlimmer kam, ist deshalb ein »Fortschritt, wenn auch nur ein »relativer«. Relativ im Verhältnis zum Rückschritt ist Scheiße Gold.

Wenn auch die armen Schwestern im Osten ein bißchen leiden müssen, so bringt das Urteil für Schwarzer doch eine »Verbesserung der westlichen Indikationslösung von 1975«. Vielleicht hat sie es einfach nicht gelesen. Vielleicht ist es ihr auch egal, daß die allermeisten Frauen aus finanziellen Gründen weiterhin auf eine Notlagenindikation angewiesen sein werden und anschließend ein verschärftes Beratungsverfahren durchlaufen müssen. Darin eine Verbesserung zu erkennen, ist schon eine bemerkenswerte gedankliche Leistung.

Ganz gleich aber, wie das Urteil ausgefallen wäre – Alice Schwarzer hätte es in jedem Fall schönreden müssen. Schließlich hatte sie selbst 1986 mit der »Emma« eine Kampagne für eine Verfassungsklage gestartet, als Mittel, wohlgemerkt, um den Paragraphen 218 abzuschaffen, wobei sie Einwände bezüglich des Realitätsgehalts ihrer Strategie mit Verratsvorwürfen beantwortete. Da aber der Gang zum Verfassungsgericht nun einmal zum Allheilmittel erhoben wurde, darf dessen Urteil nicht mehr als Niederlage zur Kenntnis genommen werden.

Eifrig als Nebelwerferinnen betätigen sich auch die Juristinnen Monika Frommel und Helga Wullweber. Mehr auf die naßforsche Art suchen sie den Richterspruch als »Rückzug aus der Affaire« und als »letztes Auftrumpfen« angesichts der verlorenen »Macht im Rücken« zu verharmlosen. Zweifellos fehlt dem Gericht die gesellschaftliche Mehrheit in dieser Frage, aber offenkundig verfügt es über die ungebrochene Macht, sich über diese Tatsache hinwegzusetzen. Was also bringt erwachsene und engagierte Frauen dazu, zu beschönigen, wo es nichts zu beschönigen gibt?

Mag sein, daß das Bedürfnis eine Rolle spielt, zur besseren, weil perspektivisch die Oberhand gewinnenden Seite der Gesellschaft zu gehören, und sei es nur fiktiv. Jedenfalls argumentieren beide aus dem Blickwinkel der gutsituierten Mittelstandsfrau, die sich selbst zu helfen weiß und den armen, mittellosen Schwestern unter die Arme zu greifen gerne bereit ist. Wullweber freut sich, daß Abtreibung »endlich Privatsache« geworden sei, und »Privatsachen kosten« nun mal. Das ist einer Citoyenne, die ohnehin keine Lust hat, »Vater Staat anzuheulen«, die Sache auch »wert«. Ach, ist das schön! Zwar werden ein paar bürgerliche Freiheiten für schwangere Frauen außer Kraft gesetzt, aber wenigstens die Freiheit, selbst zu bezahlen,bleibt ihnen erhalten. Wenn das kein Fortschritt auf dem Weg in die »Civil Society« ist!

Auch die Autorinnen des Kompromiß-Gesetzentwurfs, Uta Würfel und Inge Wettig-Danielmeier, haben mit Dank und Knicks längst Unterwerfung signalisiert. Allzu schwer dürfte ihnen das nicht gefallen sein, denn die Differenzen zwischen ihrem Entwurf und dem Beschluß des Verfassungsgerichts sind nicht qualitativen, sondern nur quantitaven Charakters. Schon bei ihrer Neufassung des Paragraphen 218 wurde als großer Fortschritt gefeiert, was den Namen einer Fristenregelung kaum verdiente. Nicht nur die grundsätzliche Kriminalisierung wäre mit diesem Gesetz erhalten geblieben – und damit die Gefahr eines neuen Memmingen. Auch eine Zwangsberatung im Dienste des »Lebensschutzes« war vorgesehen.

Damit haben sich die Autorinnen des 218-Kompromisses intentional und praktisch auf demselben Boden bewegt wie das Verfassungsgericht. Beide Seiten beziehen sich letztlich positiv auf einen Trend, den der damalige Familienminister Heiner Geißler 1983 mit der Einrichtung der interministeriellen Arbeitsgruppe »Schutz des ungeborenen Lebens« eingeleitet hatte. Deren strategischer Ansatz bestand darin, die Bedeutung des Strafrechts in den Hintergrund zu schieben (nicht etwa aufzuheben) und die ideologische Auseinandersetzung um Abtreibung als »Tötung menschlichen Lebens« zu forcieren.

Praktisch konzentrierte sich die neue »softe« Variante auf öffentliche Kampagnen zum Kinderkriegen, »Informationen« über den angeblich wissenschaftlich erwiesenen Charakter der Leibesfrucht als menschliches Individuum sowie den Ausbau der Zwangsberatung nach Patagraph 218 als Instrument zur Einschüchterung und Produktion schlechten Gewissens.

Der umfassende Erfolg dieser Kampagne ist abzulesen daran, daß die neu entwickelten Argumentationslinien: die Warnung vor den »seelischen Spätfolgen« einer Abtreibung für die Frau anstelle der Geißelung des weiblichen Egoismus, die Betonung der Verantwortlichkeit der Männer sowie die sprachliche und sachliche Umdeutung des Fötus als »Kind«, »Ungeborenes«, »Mensch« und »Person« mittlerweile gesellschaftlich hegemonial geworden sind – gelinde gesagt. Nicht nur bei vielen der rechten und faschistischen »Lebensschützer«-Organisationen, sondern auch in sämtlichen Parteien und zum Gutteil bei den dort feministisch engagierten Frauen hat das neue Konzept einschließlich der entsprechenden Terminologie Platz gegriffen. Wie aus der Beratungspraxis berichtet wird, sind auch die abtreibenden Frauen zunehmend verunsichert über die moralische Legitimation ihres Tuns – auch wenn sie sich dadurch nicht vom Abbruch abhalten lassen. Erster praktischer Ausfluß des neuen Trends war Rita Süssmuths »Beratungsgesetz«. Das Verfassungsgericht hat im Prinzip nichts anderes getan, als die darin enthaltenen Maßnahmen aufzugreifen und um einige perfide Ideen zu ergänzen. Der Würfel-Wettig-Danielmeier-Entwurf war lediglich eine gemäßigte Variante desselben Programms.

Als die Krokodilstränen getrocknet waren, haben die Bonner Politikerinnen eifrig angefangen, ihr Gesetz den Vorgaben des Gerichts anzupassen – und sich in den heroischen Kampf für die Abtreibungspille gestürzt. Prompt sprangen die Medien hinterher,und nun tummelt sich alles auf diesem Nebenschauplatz. Ein einzigartiges Ablenkungsmanöver. Als würde die Einführung der RU 486 auch nur irgendetwas ändern. Das ganze aufgeregte Geflatter um diese angeblich soviel schonendere Methode trägt mit der darin enthaltenen Suggestion, eine Absaugung sei gefährlich und schrecklich schmerzhaft, nur dazu bei, einerseits den Vorgang einer Abtreibung zu dramatisieren und andererseits von der Frage des Entscheidungsrechts von Frauen abzulenken.

Zurück zum Urteil. Bemerkenswert ist nicht nur, was dort geschrieben steht, sondern auch, worüber man sich ausgeschwiegen hat. Was nämlich fehlt, ist eine Begründung für die lapidare Fortschreibung des geltenden Rechts, wonach Abtreibungen nach eugenischer Indikation keineswegs rechtswidrig sind und auch weiterhin von den Kassen bezahlt werden müssen. Mehr noch: Ein ärztlicher »Kunstfehler« bei einer Abtreibung, der die Geburt eines behinderten Kindes zur Folge hat, ist schadenersatzpflichtig – die Geburt eines nichtbehinderten Kindes dagegen nicht. Eine Erklärung läßt das Gericht auch hier vermissen.

Merkwürdig genug angesichts der weitschweifigen Ausführungen über das »Lebensrecht des Ungeborenen«, dem »Menschenwürde zukommt« und das deshalb »vor der Mutter geschützt« werden muß. Bei Behinderung wird die Menschenwürde außer Kraft gesetzt. Das braucht keine Begründung. Das hat Tradition.

Verena Krieger schrieb in KONKRET 8/92 über die Documenta IX

Konkret 07/93, S. 16

Wolfgang Pohrt

Deutschland ohne Opposition?

So hieß das Thema eines Forums auf dem KONKRET-Kongreß, der vom 11.-13. Juni in Hamburg stattfand. In einem Statement, das Wolfgang Pohrt während der Veranstaltung vortrug, hat er diese Fragestellung einer grundsätzlichen Kritik unterzogen

»Aus Sorge um Deutschland« stand über der halbseitigen Anzeige im KONKRET EXTRA, es ging um ein»Handeln für Deutschland« betiteltes Buch. Und jetzt dichtet man dem bemutterten Vaterland sogar den Verlust einer Sache an, die es gar nicht besitzen kann. Die Opposition steht nämlich in keinem Verhältnis zur Nation, sondern in einem Verhältnis zur Regierung.

Ihr geht es schlecht, wenn sie keinen Widersacher hat. Nicht mal der liebe Gott im Himmel kommt ohne den Gehilfen aus. Wie bei der Treibjagd macht der Teufel den armen Seelen Angst, damit sie unter die Fittiche des Allmächtigen flüchten. Warum soll jemand der Regierung gehorchen, wenn sie ihn nicht vor einem schlimmeren Herrscher schützt? Das ist der Grund, warum die Mächtigen sich starke Gegner wünschen. Es war daher ein herber Schlag für den amerikanischen Präsidenten, als ihm sein Gegenstück im Kreml abhanden kam. Denn seit man die freie Welt nicht mehr vor dem Kommunismus schützen muß, braucht sie auch keinen Führer.

Für die Unterführer heißt das zwar, daß sie sich mehr herausnehmen dürfen, nur tun ihre Untergebenen das auch. Sie nehmen sich an ihrem Boß ein Beispiel und werden aufsässig, patzig, renitent. Vom ersten Mann im Staat bis zum letzten Vereinsvorsteher stehen die Autoritäten vor dem Problem, daß keiner sie respektiert. Seither läuft in allen Hauptstädten das gleiche Stück, wir kennen es unter dem Blödelmotto »Chaos ist machbar, Herr Nachbar«. Die Handlung ist, daß eine ganze politische Klasse statt zu regieren ihr Heil in einer Art »Aktion Eichhörnchen« sucht. So hat der Zusammenbruch der DDR übrigens auch begonnen. Als Mielke die Fernseher stapelte, hieß das, daß er nur noch auf den Vorrat im Keller vertraute. An seine Befehlsgewalt glaubte er nicht mehr. Mit Recht verzeihen die Kollegen im Westen ihm diesen Defätismus nicht. Sie fühlen sich beraubt und betrogen, beraubt ihres Gegners und betrogen um den Sieg.

Im Rückblick entpuppt sich »Das Ende des Ostblocks« nämlich als Verwechslungskomödie. Der Westen meinte, seinen ehemaligen Gegner zu bestatten. Er tat es frohlockend, aber von der Größe des geschichtlichen Augenblicks auch ergriffen. Die Kolumnisten und die Intellektuellen empfanden stark. Sie schürften tief, schöpften Sinn, fanden Bedeutung und fabrizierten daraus pompöse Nekrologe. Es wurde georgelt, was der Leierkasten hergab. Um so mehr Anlaß bestand dazu, als im Sarg die falsche Leiche lag. Die Trauergäste hatten sich zur ihrer eigenen Beerdigung eingefunden. Sie wußten es nur noch nicht.

Inzwischen ahnt das sogar Theo Sommer. »Die Krise holt den Westen ein«, war eine düstere Grübelei von ihm in der »Zeit« vom 9. April 1993 überschrieben. »Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wanken nun auch die Fundamente der Demokratien«, klagte er. Und er schloß nicht aus, daß die Verhältnisse »den Menschen als Arbeitskraft so überflüssig machen wie damals der Traktor das Pferd«. Trübe Aussichten für den Menschen, da er im Unterschied zum Pferd nicht aus bloßer Liebhaberei für den Rennsport gehalten wird. Unter dem Kapital ist er Arbeitskraft oder überflüssig. Läßt seine Arbeitskraft sich nicht verwerten, hat er seine Existenzberechtigung verwirkt.

Im Bewußtsein der Tatsache vielleicht, daß sie auf der Welt nichts mehr zu suchen hätten, sind die Menschen weltweit mit selbstzerstörerischer Aggressivität erfüllt. Statt den Trieb zu bändigen, besorgen die gesellschaftlichen Schutzvorrichtungen sein Geschäft. An der Spitze völkischer, rassistischer und kriegerischer Bestrebungen stehen überall Medien, Regierung, Opposition, Verwaltung, Justiz und Polizei. Bestenfalls bleiben sie unbeteiligt und lassen den Mob gewähren.

So sahen Anfang Dezember 1992 in Ayodhya starke Sicherheitskräfte seelenruhig zu, wie fanatisierte Hindus eine Moschee zerlegten. Dann trieb das Pogrom von Bombay die muslimischen Einwohner zu Hunderttausenden in die Flucht. 2.000 von ihnen konnten nicht mehr fliehen, man hatte sie vorher umgebracht. Vor einer *Jugoslawisierung* Indiens warnte danach hierzulande die Presse. Sie hätte mit gleichem Recht – unter Verweis auf Rostock – von einer *Vermecklenburgvorpommerung* sprechen können, wozu man allerdings eine gelenkige Zunge braucht.

Am 14. November 1992 untersuchte die »FAZ«, warum in Ägypten bewaffnete muslimische Gruppen Touristen überfielen. Offenbar deshalb, weil sich die Eingeborenen am Nil nicht anders fühlen als an Ostsee und Elbe: »Ein arabischer Politologe der Amerikanischen Universität verglich die Ägypter mit Waisenkindern, die ›verlassen sind von ihrer Staatsführung‹. Er hat gerade in diesen Wochen die, wie er sagt, ›völlige Auflösung der Gesellschaft‹ beobachtet: weder organisatorische Strukturen der Regierung noch eine organisierte Opposition, die den Zorn der Bevölkerung in eine wirksame politische Aktion gegen die Regierung verwandeln könnte.« Armes Ägypten?

»Bestürzend«, schrieb die »FAZ« am 8. März 1993, sei weniger der Ansehensverlust der Bonner Koalition als die Tatsache, »daß der erlahmenden Regierung keine erstarkende Opposition gegenübertritt«.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, daß wir uns mit der Sorge um Deutschland und den Verbleib seiner Opposition in allervornehmster Gesellschaft befinden. Wir sind nicht so garstig, wie wir scheinen. Werfen wir doch noch einen kurzen Blick ins Kongreß-Programm. »Die Niederlage des Sozialismus«, heißt es da, »war eine Niederlage für alle, die sich dem Projekt ›die Linke‹ zurechneten, ob sie der Sowjetunion nun freund oder feind waren.«

Demnach war die Linke eine Kostenstelle. Die Kostenstelle ist ein Ausgabenkonto, welches innerbetrieblich die Zurechnung von Beschäftigten zu Projekten möglich macht. Andernfalls ist die Person an einem Vorhaben beteiligt, aber ihm zugerechnet werden kann sie nicht. Sie mag zu den Bankräubern zählen, aber doch nicht zu den Banküberfällen.

Um nun auf das »Projekt ›die Linke‹« zu kommen: Erst galt es im Feuilleton als schick, die Moderne ein Projekt zu heißen. Dann nannte jeder alternative Existenzgründer seine Klitsche so. Noch später sagten die »Grünen«, sie wären auch ein Projekt, also ein Unternehmen, und das stimmte.

Bei den Linken stimmte es nicht. Die hatten ein Ziel, aber das war doch nicht ihr Verein. Sie wollten doch nicht die Linke machen, sondern die Revolution. War also der Sozialismus das Projekt der Linken? Wieder nicht. Der Sozialismus verstand sich als die wahre Idee von der richtigen Gesellschaft. Er war also kein Projekt, denn jedes Projekt ist nur eines unter vielen. Richtiger, wahrer, besser, nötiger als ein Buchladen ist ein Reisebüro nicht. Man entscheidet sich für dieses Projekt, weil man es als erfolgversprechender, aussichtsreicher beurteilt als ein anderes. Umgekehrt interessieren beim Sozialismus die Erfolgsaussichten wenig. Mögen sie auch noch so gering sein – der Versuch muß unternommen werden, weil er die einzige Rettung vor der drohenden Barbarei ist. Außerdem verliert man dabei nichts. Es ist wie beim Todkranken, der die gefährlichste Operation nicht fürchten muß.

Also: Entweder können sich die Menschen für den Sozialismus entscheiden, oder sie setzen ihr altes Spielchen mit frischen Kräften und vermehrten Anstrengungen fort. Entweder eine radikal veränderte Welt, eine Welt ohne Ausbeutung, Verelendung, Unterdrückung, Krieg. Oder Ausbeutung, Verelendung, Unterdrückung, Krieg in einem Maße, das alles bisherige in den Schatten stellt.

So dachte man mal. Und heute? Hören wir noch mal kurz den Satz aus dem Programm: »Die Niederlage des Sozialismus war eine Niederlage für alle, die sich dem Projekt ›die Linke‹ zurechneten, ob sie der Sowjetunion nun freund oder feind waren.«

Wunderbar logisch, daß die Niederlage des Sozialismus die Niederlage der Sozialisten war, wie die Niederlage des Christentums eine Niederlage für die Christen wäre. Überhaupt nicht logisch allerdings, daß man als Leidtragenden statt der Sache die Personengruppe in den Vordergrund stellt. Früher: »Der Sturz Allendes ist ein schwerer Schlag für den Sozialismus.« Heute: »Die Niederlage des Sozialismus war ein schwerer Schlag für unseren Verein.«

Nun ja, könnte man sagen, dann gründen wir eben einen neuen. Viel zu verderben war an dem alten ohnehin nicht mehr. Hätte der Zusammenbruch des Sozialismus nichts als das Ende der westdeutschen Linken bewirkt, wäre der Schaden klein. Außerdem ist das Verenden, Dahinsiechen dieser Linken ihre Lebensform. Man mogelt sich durch, auch der zitierte Satz ist eine einzige Mogelei. Im Klartext wäre er ganz kurz und würde lauten: »Der Zusammenbruch der Sowjetunion war eine Niederlage für alle Linken.« So klar wird das nicht gesagt, weil die Behauptung Anlaß zu vielen unbequemen Fragen gäbe. Wieso nahm die Linke den Abgang eines Regimes so furchtbar tragisch, das für sie doch eigentlich nie ein leuchtendes Vorbild gewesen war? War die sogenannte undogmatische Linke vom machtstrotzenden Sowjetkommunismus weit mehr fasziniert gewesen, als sie dies zugeben wollte? Machen jene Linken, die mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion den Sozialismus für erledigt halten, nicht exakt dasselbe, was sie 1968 taten? Damals schien der weltweite Sieg sozialistischer Befreiungsbewegungen garantiert. Prompt war Deutschland voller Revolutionäre. Keiner wunderte sich, woher die auf einmal alle gekommen waren. Heute scheint es, als habe der Kapitalismus gesiegt. Prompt sind alle Revolutionäre weg. Keiner wundert sich, wo sie so plötzlich alle geblieben sind. War schon die Protestbewegung, die so links daherkam, in Wahrheit der zeitgemäße Ausdruck einer Gesinnung, deren Grundsatz lautet: »Ob links oder rechts, ganz egal. Hauptsache vorn«?

Statt solcher Fragen werden andere gestellt. Um ein letztes Mal das Programm zu zitieren: »Was können Ansatzpunkte für eine radikale theoretische wie praktische Kritik der Gesellschaft sein?«

Anders gesagt: Ich bin der Klempner. Wo finde ich endlich mal ein kaputtes Rohr. Wenn einer so fragt, während das Wasser seine Knie umspült, wird man ihn für einen Pfuscher halten.

Also reden wir nicht um den heißen Brei herum, sondern reden wir von den Dingen. Eines davon ist die Zuwanderung. Die Meinungen zum Asylkompromiß mögen verschieden sein, aber gegen den unkontrollierten Zustrom von Menschen sind alle. Die Linken, die einmal anders dachten, meinen heute, daß sie neue Einsichten gewonnen hätten. Sie halten sich für klug, wenn ihnen dämmert, was die anderen schon immer wußten. Die anderen wußten immer schon, daß unter den gegebenen Bedingungen ein stabiler Zaun eine vorteilhafte Einrichtung ist.

Die Linken haben vergessen, daß der Internationalismus nicht in Unkenntnis dieser Logik, sondern aus Widerstand gegen sie entstanden war. Sie geben den Widerstand auf in genau dem Moment, wo er am nötigsten wäre, weil die Absurdität dieser Logik offensichtlich wird. Es nützt nichts mehr, die Überflüssigen draußen zu halten, weil sie längst drin sind. Man braucht sie nicht zu importieren, sie werden im eigenen Land produziert. Es nützt auch nichts, sich bei der Bevölkerung mit falschen Parolen anzubiedern, weil insgeheim alle schlauer sind.

Die Leute sehen, wie die Chancen schwinden, daß man selber zu den Happy few gehört. Sie ahnen, daß es nicht mehr darum geht, wer verelenden müsse, sondern daß die Alternative alle oder keiner heißt. Sie spüren, daß ihre eigene Sicherheit auf den Prinzipien beruht, deren Aufhebung sie fordern. Deshalb erwarten sie keine Nachgiebigkeit. Zur Entscheidung steht, ob die Verhältnisse den Menschen angepaßt werden müssen, oder ob den bestehenden Verhältnissen die Menschen anzupassen sind, was ihre Verelendung, Vertreibung, Ausweisung bedeutet. Die Forderung der Linken kann deshalb nur radikal und kompromißlos heißen: Offene Grenzen für jeden, der kommen will.

Das wird auf keinen Fall gemütlich. Die Ankommenden werden keine übertrieben netten Menschen sein. Sie bringen nicht Kultur mit, sondern Haß und Hunger. Sie werden diese Gesellschaft vor die Alternative stellen, ob sie sich ändern oder zusammenbrechen will. Aber vor dieser Alternative steht sie sowieso. Nur daß nichts bleibt, wie es ist, ist sicher. Vor der Zukunft haben alle Angst. Diese wird durch Abschiebungen verstärkt, durch das Elend hinter dem Zaun, nicht durch offene Grenzen. Sie wird gemildert durch die Sicherheit: Was auch kommen mag – niemand wird rausgeschmissen, keiner muß im Elend verrecken, wer er auch sei. Nicht die Anwesenheit der rumänischen Zigeuner, sondern ihre Behandlung macht den Einheimischen Angst, weil sie jeden lehrt, wie es ihm selber ergehen könnte, wenn er nur noch ein bißchen tiefer rutscht. Ich glaube, die Leute würden einem dankbar sein, wenn man sie mit aller Macht zu einer anständigen Behandlung der Zigeuner zwänge. Das gäbe ihnen die Sicherheit, die sie derzeit am meisten entbehren.

Was manchen wie Utopie klingen mag, ist in Wahrheit Realismus. Umgekehrt ist es die reine Träumerei, was die Realpolitiker für kluge Berechnung halten. Sie ignorieren die Bedeutung der Moral. Der amoralische Asylkompromiß beispielsweise hat vermutlich nicht nur Engholm das Genick gebrochen, sondern der ganzen SPD. Wäre sie bei ihrer alten Linie geblieben – die Leute hätten sie verflucht und respektiert. Am Ende hätten sie vielleicht sogar die Partei gewählt, die in unsicheren Zeiten ein Minimum an Sicherheit bietet. Ein Minimum an Sicherheit bietet einer, wenn Verlaß darauf ist, daß er bestimmte Dinge unter keinen Bedingungen machen wird. Seit dem Asylkompromiß ist allen, die ihn wollten, klar, was sie selber – etwa Sozialhilfeempfänger oder Arbeitslose – von der SPD zu erwarten haben, wenn dies »die Lage« erfordert. Seither ist diese Partei dort, wo sie 1933 war, als die Nazis ohne jeden Protest aus der Bevölkerung alle Funktionäre abräumen konnten.

Um nur von mir zu sprechen: Wenn einmal Klose, Schröder, Lafontaine von der Konkurrenz abkassiert werden sollten, dann hoffe ich, daß die Nachricht mich nicht gerade beim Essen erwischt. Vor Lachen würde ich ersticken.

Wolfgang Pohrt schrieb in KONKRET 6/93 über Verdrängungsleistungen und Befreiungsschläge

Konkret 07/93, S. 18

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste« XVII

Münchner Amtsgericht spricht Neonazi Althans frei – Kölner Stadtsparkasse verweigert Flüchtling die Einrichtung eines Kontos – In Solingen werden fünf Türkinnen Opfer eines Brandanschlags – Versicherungen übernehmen keinen Brandschutz mehr für Asylbewerberunterkünfte – Bundestag schafft Asylrecht ab: Siebzehnter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Dienstag, 6.4.1993 –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Bretwisch bei Grimmen/Mecklenburg-Vorpommern. Der Wachdienst kann den Brand löschen.

Mittwoch, 7.4. –

Unter der Anklage des gemeinschaftlich versuchten Mordes, der Brandstiftung, des Landfriedensbruchs und des Verstoßes gegen das Waffengesetz stehen vor dem Schweriner Amtsgericht 13 Gewalttäter zwischen 14 und 28 Jahren, unter ihnen der frühere Hagenower NPD-Kreischef Rüdiger Klasen. Sie müssen sich wegen des Überfalls auf das Asylbewerberheim in Bahlen/Mecklenburg-Vorpommern am 31. Juli 1992 verantworten. –

Das Amtsgericht Tiergarten/Berlin verurteilt einen 20jährigen einschlägig vorbestraften Berliner wegen Ausführens des Hitlergrußes und Rufens ausländerfeindlicher Parolen zu zehn Monaten Haftstrafe auf Bewährung.

Freitag, 9.4. –

In Neu-Anspach/Hessen stören vermummte Jugendliche den Bunten Abend einer türkischen Jugendgruppe in einer Bildungsstätte des Bundes Deutscher Pfadfinder, grölen ausländerfeindliche Parolen, schießen mit Leuchtpistolen und werfen eine Scheibe ein. –

Im Hamburger Stadtteil Iserbrook wird ein 53 Jahre alter Pole tot in einem Zimmer eines Asylbewerberheims aufgefunden. Da der Tote Verletzungen aufweist, wird die Mordkommission eingeschaltet. –

Im Hamburger Stadtteil Duvenstedt überfallen fünf Skinheads eine Hochzeitsgesellschaft und verletzen drei der Gäste mit Baseballschlägern. –

Auf dem Friedhof für sowjetische Kriegsgefangene in Nauen/Brandenburg beschädigen Unbekannte ein Ehrenmal.

Sonntag, 11.4. –

In Grünberg bei Gießen springen acht Asylbewerber in panischer Angst vor Skinheads aus dem Fenster ihrer Unterkunft. Vier von ihnen müssen mit Knochenbrüchen in die Klinik eingeliefert werden. Die Asylbewerber waren in Panik geraten, als das Licht im Haus aus ungeklärter Ursache plötzlich ausfiel. Weil zuvor mehrere Skinheads auf dem Weg zu einem Rockkonzert an dem Haus vorbeigefahren waren, hatten die Bewohner einen Überfall befürchtet.

Dienstag, 13.4. –

Das Amtsgericht Rostock verurteilt drei junge Männer wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz. Sie hatten während der ausländerfeindlichen Krawalle in Rostock-Lichtenhagen Molotowcocktails hergestellt. Ein 22jähriger erhält eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten, die zur Bewährung ausgesetzt wird. Die beiden 18 und 21 Jahre alten Mitangeklagten werden verwarnt und zu einer halbjährigen Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs verpflichtet. –

Vor dem Lüneburger Landgericht müssen sich drei Männer aus Winsen an der Luhe/Niedersachsen wegen Brandanschlägen auf Asylbewerberheime in ihrer Heimatstadt verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen versuchten Mord und Brandstiftung vor. Die Angeklagten sind geständig.

Mittwoch, 14.4. –

Brandstiftung in einer Asylbewerberunterkunft in der Kleinstadt Thannhausen/Bayern. Es entsteht Sachschaden. An die Außenmauer wird ein Hakenkreuz gesprüht. –

In Seligenstadt/Hessen verfolgen zwei etwa 18 Jahre alte Deutsche einen Asylbewerber aus Algerien vom Marktplatz bis zu seiner Unterkunft, wo sie ihn mißhandeln und mit einer Schreckschußpistole bedrohen.

Donnerstag, 15.4. –

Das Rostocker Amtsgericht verurteilt drei Jugendliche, die an den ausländerfeindlichen Krawallen in Lichtenhagen beteiligt waren, zu Jugendstrafen zwischen zwei und drei Jahren, von denen eine zur Bewährung ausgesetzt wird. Sie werden des gemeinschaftlichen schweren Landfriedensbruchs und der schweren Brandstiftung für schuldig befunden. Sie hatten im August 1992 eine Wohnung in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber in Brand gesetzt und Mobiliar zertrümmert. –

Im Berufungsverfahren vor dem Bezirksgericht Cottbus wird die Haftstrafe von einem Jahr und vier Monaten für einen Randalierer zur Bewährung ausgesetzt. Das Gericht urteilte über den 21jährigen Angeklagten, der im September 1992 Steine gegen Polizisten vor einem Asylbewerberheim in Lübbenau geworfen hatte, nunmehr nach dem Jugendstrafgesetz. –

Der 27. Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Hamm erkennt den Anspruch auf Schmerzensgeld und vollen Ersatz für Zukunftsschäden eines Aussiedlermädchens aus Rumänien an, dem im Januar letzten Jahres von Mitschülern ein sogenannter »Superböller« in die Telefonzelle geworfen wurde, als es telefonieren wollte. Die Mitschüler hielten die Tür der Telefonzelle zu und schrien »Jetzt wollen wir dich vergasen«. Durch die Detonation des Knallkörpers wurde das Gehör des Mädchens beidseitig erheblich geschädigt. Im schlimmsten Fall muß sie mit völliger Ertaubung rechnen. –

Nach den Ergebnissen einer Umfrage des Bielefelder Emnid-Institutes, die das Bundesinnenministerium in Bonn bekanntgibt, würden sieben Prozent der Bundesbürger nach eigenen Angaben bei Übergriffen gegen Ausländer eingreifen, um den Opfern zu helfen. 53 Prozent geben an, sie würden sofort die Polizei alarmieren, 19 Prozent würden sich entfernen, vier Prozent würden zuschauen und ein Prozent würde bei den Angreifern mitmachen. Befragt wurden etwa 2.900 Bundesbürger, davon 900 in den neuen Bundesländern.

Samstag, 17.4. –

In Mainz-Gonsenheim sammeln sich in der als rechtsradikaler Treffpunkt bekannten Gärtnerei des Ehepaars Müller etwa 350 Personen, um den am 20. April anstehenden Geburtstag Hitlers zu begehen. Die Polizei verhindert mit Schlagstockeinsatz, daß Gegendemonstranten auf das Grundstück vordringen. Für ein Verbot der Feier gebe es keine rechtliche Handhabe, so ein Polizeisprecher, da es sich um eine private Veranstaltung handele. Die Polizei schreitet auch nicht ein, als die Rechtsradikalen neben der Reichskriegsflagge eine FAP-Fahne hissen und die Arme zum »Deutschen Gruß« heben. –

Brandstiftung in einem Asylbewerberheim im Münchner Stadtteil Obersendling. Drei Männer, die aus Panik aus dem Fenster springen, müssen mit Knochenbrüchen, acht weitere Personen mit dem Verdacht auf Rauchvergiftung ins Krankenhaus gebracht werden. Die Polizei vermutet die Täter unter den Heimbewohnern, da nach ersten Nachprüfungen zur fraglichen Zeit niemand das Haus betreten oder verlassen habe. –

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in der Gemeinde Kirkel-Limbach/Saarland. Die unbekannten Täter werfen zwei Brandsätze in das von fünf Flüchtlingen aus Sri Lanka bewohnte Haus. Es wird niemand verletzt. –

In Frankfurt/Oder werden fünf mongolische Bürger in einem Zug von einer Gruppe Jugendlicher mißhandelt und beraubt.

Montag, 19.4. –

Das Landgericht Flensburg verurteilt einen 21jährigen Skinhead wegen gefährlicher Körperverletzung und Raub zu drei Jahren und neun Monaten Freiheitsstrafe. Der Angeklagte hatte in der Silvesternacht 1990 einen Stadtstreicher zu Boden geschlagen und mit Stiefeln getreten. Der Mann war sechs Tage später an den Folgen seiner Verletzungen gestorben, nachdem er gegen den Rat der Ärzte das Krankenhaus verlassen hatte. –

Bei einer Anhörung des Bundestags-Innenausschusses zum Thema »Politisch motivierte Gewalt in Deutschland« warnt der Präsident des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Ernst Uhrlau, vor den zunehmenden festen Zusammenschlüssen Rechtsradikaler zwecks Planung und Durchführung militanter Aktionen und vor den aus Jugoslawien zurückkehrenden rechtsradikalen Söldnern. –

Die Jugendkammer des Landgerichts Darmstadt verurteilt drei junge Männer wegen gemeinschaftlicher menschengefährdender Brandstiftung, Verstoßes gegen das Waffengesetz, Volksverhetzung und wegen Sachbeschädigung. In zwei Fällen wird eine Freiheitsstrafe von zweieinhalb Jahren ausgesprochen, der dritte Angeklagte wird zu zwei Jahren Jugendstrafe auf Bewährung und 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Die Angeklagten hatten im September 1992 eine Asylbewerberunterkunft in Erzhausen/Hessen mit Molotowcocktails angegriffen und kurz darauf einen geparkten polnischen Reisebus in Brand gesetzt. –

Seit Januar wurden in der BRD 529 rechtsextremistische Gewalttaten registriert. Dabei kamen bis zum 15. April zwei Menschen ums Leben. Von den Gewalttaten wurden 424 im Westen und 105 in den neuen Bundesländern verübt. Einen erheblichen Anteil an den Straftaten haben 98 Brand- und zwei Sprengstoffanschläge. Die Zahlen wurden erstmals gemeinsam von Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz ermittelt. Bislang hatten die beiden Einrichtungen die von der Polizei registrierten Gewalttaten getrennt ausgewertet und aufgrund unterschiedlicher Bewertungen teilweise verschiedene Zahlen angegeben.

Dienstag, 20.4. –

In Hochheim/Hessen wird ein 24jähriger Algerier vor der Asylbewerberunterkunft von einem Unbekannten beschossen und leicht verletzt. –

Das Amtsgericht Hann.-Münden verurteilt einen 19jährigen Polizeischüler aus Hannover wegen Volksverhetzung zu drei Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 2.000 Mark. Der Verurteilte hatte im September 1992 einen rassistischen Spruch auf die Innentür einer Toilette in der Polizeischule Hann.-Münden geschrieben.

Donnerstag, 22.4. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Bramsche/Niedersachsen. Verletzt wird niemand. Nach Angaben der Polizei hat aber eine »erhebliche Gefährdung« der 13 Bewohner bestanden. –

In der Innenstadt von Weinheim wird ein 20jähriger Türke auf der Straße von einem Mann angegriffen und niedergestochen. Nur durch eine Notoperation kann sein Leben gerettet werden. Die Polizei nimmt einen Tatverdächtigen fest.

Freitag, 23.4. –

Das Landgericht Lüneburg verurteilt einen 30 Jahre alten Mann wegen zweier Brandanschläge auf ein Asylbewerberheim in Winsen an der Luhe zu fünf Jahren und drei Monaten Haft. Er wird des zweifachen Mordversuchs in Tateinheit mit schwerer Brandstiftung für schuldig befunden. Die beiden Mitangeklagten erhielten Freiheitsstrafen von zwei Jahren und neun Monaten beziehungsweise von einen Jahr und drei Monaten. –

Die fristlose Kündigung eines 45jährigen Außendienstmitarbeiters aus Hannover, der bei mindestens einem Kundenbesuch ausländerfeindliche Schriften verteilt hatte, ist nach einer Entscheidung des Arbeitsgerichts Hannover ungültig. Eine Abmahnung wäre nach Ansicht des Gerichts angebrachter gewesen. (AZ: 11 Ca 633/92)

Samstag, 24.4. –

In Idstein-Eschenhahn/Hessen verwüsten Unbekannte eine Pizzeria. Die Täter zerschlagen Geschirr und Mobiliar, zerstören die Elektrogeräte und beschmieren die Wände mit Hakenkreuzen. Außerdem rauben sie eine Geldkassette.

Montag, 26.4. –

In Hamburg brennt ein Asylbewerberheim aus unbekannter Ursache nieder. Die 30 Bewohner können sich in Sicherheit bringen. Es entsteht Schaden in Millionenhöhe.

Donnerstag, 29.4. –

Im Berliner Vorort Ahrensfelde überfallen Jugendliche aus der rechtsradikalen Skinhead-Szene elf türkische Schüler und deren Lehrer. Der Lehrer und ein Schüler erleiden Kopfverletzungen. Drei Tatverdächtige im Alter von 17 bis 19 Jahren werden vorläufig festgenommen.

Freitag, 30.4. –

In Dresden schlagen 18 Skinheads einen 25jährigen Äthiopier zusammen. Er erleidet Kopfverletzungen und Blutergüsse. Die Täter werden festgenommen.

Samstag, 1.5. –

In der Nähe von München werden eine 39jährige Türkin sowie ihre beiden Kinder bei einem Brandanschlag schwer verletzt. –

In München werden bei Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Neonazis und Gegendemonstranten acht der Gegendemonstranten festgenommen. –

Brandanschlag auf die Wohnung einer deutsch-kenianischen Familie in Berlin-Schöneberg. Das Mobiliar wird zerstört, die Wohnung ist nicht mehr bewohnbar. Bereits seit zwei Jahren wird die Familie mit Briefen und Telefonterror bedroht, vor einigen Wochen wurde ihre Katze verletzt.

Sonntag, 2.5. –

Zwei Zeuginnen beobachten, wie etwa zwei Dutzend Beamte des Bundesgrenzschutzes zwischen 0.30 und 1.00 Uhr in Berlin-Kreuzberg über die Oranienstraße ziehen und das Horst-Wessel-Lied singen. Es wird von Amts wegen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Dienstag, 4.5. –

In Rostock greifen ca. 50 Jugendliche das autonome Jugendzentrum JAZ und den nebenan gelegenen »Frauenkultur- und Bildungsverein Begine« mit Steinen und Tränengas an. Die Polizei, die durch einen Hinweis von dem Überfall informiert wurde und mit 40 bis 50 Beamten in Stellung steht, verhindert den Angriff nicht. Nach Verstärkung auf 274 Einsatzbeamte werden 44 Jugendliche festgenommen. Gegen 35 von ihnen werden Ermittlungsverfahren eingeleitet. –

Das Kreisgericht Lübben/Brandenburg verurteilt einen Jugendlichen wegen schweren Landfriedensbruchs zu sechs Monaten Jugendstrafe auf Bewährung und 120 Stunden Sozialdienst. Der zur Tatzeit 15jährige war an einem Angriff auf

das Flüchtlingsheim Lübbenau im September 1992 beteiligt.

Mittwoch, 5.5. –

Ein 59jähriger Pädagoge, der an einer staatlich anerkannten privaten Wirtschaftsschule in Mühldorf am Inn im vergangenen Jahr Werbe-Aufkleber der rechtsextremen »Deutschen Volksunion« (DVU) verteilt hat, darf weiter unterrichten. Für eine Entlassung gibt es nach Ansicht des bayerischen Kultusministeriums keinen Grund. –

Im März hat das Bundeskriminalamt (BKA) insgesamt 403 ausländerfeindlich motivierte Straftaten registriert. Dabei handelt es sich um 21 Brandanschläge, einen Sprengstoffanschlag, 59 Angriffe gegen Personen und 322 weitere Straftaten. Ein 56jähriger Türke kam ums Leben, 66 Personen wurden verletzt. Dem BKA wurden 212 Tatverdächtige gemeldet, 68 von ihnen wurden vorläufig festgenommen, gegen 16 wurde Haftbefehl erlassen. –

In Taunusstein/Hessen überfallen vier junge Männer einen 24 Jahre alten Asylbewerber aus Äthiopien, schlagen ihn, bedrohen ihn mit einem Messer und einer Schußwaffe. Der Äthiopier muß mit einer Kopfplatzwunde im Krankenhaus behandelt werden.

Samstag, 8.5. –

In Schwerin wird ein 23jähriger Ausländer aus Osteuropa von einem Unbekannten auf offener Straße erstochen, sein 33jähriger Landsmann wird schwer verletzt.

Samstag/Sonntag, 8./9.5. –

In Aurich/Niedersachsen greifen rund 100 Neonazis ein Jugendzentrum an. –

In Schwerin/Mecklenburg-Vorpommern schänden Unbekannte 81 Gräber von antifaschistischen Widerstandskämpfern. –

Versuchter Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Remlin/Kreis Teterow in Mecklenburg-Vorpommern.

Montag, 10.5. –

Nach Informationen des ARD-Magazins »Report Baden-Baden« vertreiben mehrere Bibliotheken der Vertriebenenverbände rechtsextreme Literatur. Ein 17jähriger habe im Münchner Haus des Ostens Bücher bekommen, die laut Gerichtsurteil den Nationalsozialismus rechtfertigen und Rassenhaß schüren. Die Bi-bliothek wird aus öffentlichen Mitteln gefördert. –

Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten verurteilt einen 26jährigen Berliner Polizisten zu einer Geldstrafe von 4.000 DM, weil er das Horst-Wessel-Lied gesungen hatte.

Mittwoch, 12.5. –

Das Amtsgericht Itzehoe verurteilt vier Mitglieder der Skinhead-Band »Kraftschlag« wegen gemeinschaftlicher Volksverhetzung und Gewaltpropaganda in zwei Liedern zu je sieben Monaten Haft auf Bewährung sowie einer Geldstrafe in der Höhe eines Nettogehalts. –

Im zweiten Prozeß um die Tötung des Angolaners Amadeu Antonio und die schwere Verletzung zweier Mosambikaner im November 1990 verurteilt das Bezirksgericht Frankfurt/Oder den 22jährigen Skinhead Kay-Nando B. zu vier Jahren und sechs Monaten Jugendstrafe. Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß sich der Angeklagte nicht an der Mißhandlung Antonios beteiligt habe. Kay-Nando B. wird des Landfriedensbruchs in besonders schwerem Fall in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung für schuldig befunden.

Donnerstag, 13.5. –

Im ersten Mordprozeß im Rahmen der ausländerfeindlichen Gewalttaten verurteilt die 2. Große Jugendstrafkammer des Landgerichts Stuttgart die beiden Hauptangeklagten Thomas Wede (25) und Michael Drigilla (21) wegen Mordes und Mordversuchs.Thomas Wede wird für schuldig befunden, im Juli 1992 in einem Ausländerwohnheim in Ostfildern den 55jährigen Arbeiter Sadri Berisha ermordet zu haben. Er wird zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Michael Drigilla erhält wegen Mordversuchs neun Jahre Jugendstrafe. Zwei der fünf Mitangeklagten werden zu sieben Jahren, drei zu zwei Jahren und sechs Monaten Haftstrafe verurteilt. –

Im Kreis Templin nimmt die Polizei vier Rechtsradikale vorläufig fest, die Parolen wie »Sieg Heil« und »Heil Hitler« skandierten und einen Kioskbesitzer bedrohten.

Freitag, 14.5. –

Der Präsident des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Ernst Uhrlau, warnt vor einer drastischen Zunahme des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Die von rechtsextremen und nationalsozialistischen Organisationen ausgehenden Gewalttaten seien bundesweit seit 1992 »explosionsartig« gestiegen und hätten die Bundesrepublik durch rund 2.600 gezählte rechtsextrem motivierte Straftaten »deutlich verändert«. –

Das Jugendschöffengericht in Fulda verurteilt vier Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren wegen versuchter menschengefährdender Brandstiftung, Verstößen gegen das Waffengesetz sowie der Benutzung nationalsozialistischer Embleme zu Jugendstrafen zwischen sechs und zwölf Monaten auf Bewährung. Die Jugendlichen hatten im Oktober 1992 einen Brandanschlag auf ein von Asylbewerbern bewohntes Haus in Hofbieber/Kreis Fulda verübt. –

Wegen erhöhter Risiken verweigern Versicherungsunternehmen zunehmend den Brandschutz für Asylbewerberunterkünfte. Das für die Unterbringung von Flüchtlingen zuständige niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten bedauert vor allem, daß jetzt auch ein öffentlich-rechtliches Unternehmen, die Landschaftliche Brandkasse Versicherungsgruppe Hannover (VGH), die Brandschutzkonditionen für solche Gebäude geändert habe. Ein VGH-Sprecher erklärt dazu, diejenigen Hauseigentümer, die den Gemeinden Wohnraum für Asylbewerber zur Verfügung stellten, täten das in Erwartung höherer Einkünfte und gingen dabei zugleich ein höheres Risiko ein.

Montag, 17.5. –

Vor dem Oberlandesgericht Schleswig beginnt der Prozeß um die Brandstiftung und die Morde von Mölln gegen die mutmaßlichen Täter Lars Christiansen und Michael Peters. Die Anklage der Staatsanwaltschaft lautet auf gemeinschaftlichen dreifachen Mord, versuchten Mord und besonders schwere Brandstiftung in zwei Fällen. –

In Bad Orb/Hessen besprühen unbekannte Täter die Außenwände der Grund- und Hauptschule mit ausländerfeindlichen Parolen und werfen mit Farbe gefüllte Flaschen gegen Hauswände, Türen und Fenster. Der Sachschaden wird auf rund 50.000 Mark geschätzt.

Dienstag, 18.5. –

Laut Mitteilung der Polizei in Potsdam ist der Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim im Kreis Königs Wusterhausen/Brandenburg vom November 1992 aufgeklärt. Es wurde Haftbefehl gegen einen 18jährigen erlassen, der der rechten Szene angehört. Bei dem Anschlag war ein bezugsfertiges Heim in Dolgenbrodt zerstört worden, in das am nächsten Tag die ersten Asylbewerber hätten einziehen sollen. –

Nach Angaben des Verfassungsschutz-Präsidenten, Eckart Werthebach, wurden im April 73 Gewaltakte nach »rechtsextremistischem Verhaltensmuster« registriert. In den ersten viereinhalb Monaten dieses Jahres sind es insgesamt 677 rechtsextreme Anschläge gewesen, davon 508 mit fremdenfeindlicher Zielsetzung. Werthebach warnt vor der Gefahr einer neuen rechtsextremen Gewaltwelle. Es bedürfe nur eines auslösenden Moments wie 1991 in Hoyerswerda und 1992 in Rostock.

Mittwoch, 19.5. –

Das Amtsgericht Rostock verurteilt einen 26jährigen wegen Landfriedensbruch und versuchter gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von 15 Monaten, die auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt werden, sowie einer Geldstrafe von 2.000 Mark. Der 26jährige hatte sich an den ausländerfeindlichen Krawallen in Rostock-Lichtenhagen beteiligt. –

Die Thuringia Versicherungs-AG in München teilt mit, daß einer Altpapierfirma in Aschaffenburg durch drei Versicherungsgesellschaften die Feuerversicherung gekündigt wurde, da diesen das Risiko durch ein benachbartes Asylbewerberheim zu hoch sei. Nachdem das Altpapierunternehmen den vier an der Feuer-Sammel-Versicherung beteiligten Versicherungen mitgeteilt hatte, daß sich tagsüber auf dem Werksgelände Asylbewerber aufhalten und darin eine »anzeigepflichtige Gefahrenerhöhung« sah, wollten die Versicherungen – außer der Thuringia – den Vertrag nicht mehr verlängern. –

In Weißwasser/Sachsen werden drei Asylbewerber von Jugendlichen geschlagen und getreten, als sie eine Zigarette schnorren wollen.

Donnerstag, 20.5. (Vatertag) –

In Münden bei Göttingen versuchen Antifaschisten und Autonome ein Neonazi-Treffen zu verhindern. Die Skinheads beginnen eine Prügelei, die zu einer Massenschlägerei eskaliert, bei der sich 100 Antifaschisten und 80 Neonazis gegenseitig durch die Stadt jagen. –

In Fürstenwalde/Brandenburg fahren mehrere betrunkene Männer vor das Asylbewerberheim, rufen ausländerfeindliche Parolen,schlagen mit Knüppeln auf Autos von Flüchtlingen und werfen mit Steinen. Daraufhin bewaffnet sich eine Gruppe von etwa 30 Asylbewerbern mit Äxten, Eisenstangen und Knüppeln. Bei der anschließenden Massenschlägerei werden zwei Asylbewerber und ein Deutscher verletzt. Die Polizei nimmt sieben Deutsche und zwei Asylbewerber vorläufig fest. –

Auf einem Ausflugsdampfer auf dem Berliner Müggelsee prügeln sich rund 90 Rowdys mit ausländischen Fahrgästen. Zwei Personen werden verletzt, eine geht über Bord. Als das Schiff anlegt, werden 92 Personen festgenommen; 23 von ihnen werden dem Haftrichter vorgeführt, 69 werden nach Feststellung der Personalien entlassen. –

In Berlin kommt es auf einem S-Bahnhof zu einer Schlägerei zwischen deutschen und türkischen Jugendlichen, in deren Verlauf zwei 19 und 23 Jahre alte Deutsche niedergestochen und lebensgefährlich verletzt werden. –

Brandanschlag auf ein von zwei türkischen und einer deutschen Familie bewohntes Wohnhaus in Coburg/Bayern. Ein Deutscher wird dabei getötet, vier weitere Personen werden verletzt. Der Anschlag wird erst acht Tage später bekannt. Der Pressesprecher der Stadt Coburg berichtet auf Anfrage, ein politischer Hintergrund sei nicht auszuschließen, doch gebe es keine Hinweise darauf.

Dienstag, 25.5. –

Auf ein Asylbewerberheim in Sigmaringen/Baden-Württemberg geben Unbekannte drei Schüsse ab. Dabei wird ein Flüchtling aus dem früheren Jugoslawien durch Glassplitter verletzt. –

In Gera/Thüringen greifen drei Jugendliche einen Mosambikaner vor einer Gaststätte mit Holzknüppeln an. Der Mosambikaner wird schwer verletzt. Die 17, 19 und 24 Jahre alten Jugendlichen geben bei der Polizei Ausländerhaß als Motiv an.

Mittwoch, 26.5. –

In Eberswalde wird eine 17jährige russische Schülerin von einem unbekannten Deutschen rund 200 Meter vom Kontrollpunkt der russischen Garnison entfernt angegriffen und niedergestochen. Sie wird mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. –

Der Bundestag beschließt in namentlicher Abstimmung mit 521 gegen 132 Stimmen bei einer Stimmenthaltung die faktische Abschaffung des Asylrechts und eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes. Für den Entwurf zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes stimmen 497 Abgeordnete, 158 votieren dagegen. Danach gilt für Asylbewerber aus einem als »sicherem Herkunftsland« definierten Land ein verkürztes Verwaltungs- und Gerichtsverfahren. Asylbewerber, die über »sichere Drittstaaten« in die Bundesrepublik einreisen, haben kein Recht auf ein Asylverfahren. Als »sichere Drittstaaten« gelten die Nachbarstaaten der BRD und die skandinavischen Länder, weitere sind im Gespräch. Die Asylrechtsänderungen sollen am 1. Juli 1993 in Kraft treten.

Donnerstag, 27.5. –

Das Amtsgericht Rostock spricht im 33. Prozeß zu den ausländerfeindlichen Krawallen in Rostock-Lichtenhagen den Angeklagten vom Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs und der versuchten gefährlichen Körperverletzung frei. Nach Ansicht von Jugendrichter Albrecht Lüthke habe nicht bewiesen werden können, daß der Angeklagte einen Molotowcocktail auf einen Polizisten geworfen habe. –

Anläßlich der Jahrestagung der Gerichtspräsidenten in Düsseldorf warnen die Präsidenten aller deutschen Oberlandesgerichte davor, die Gefahr weiterer rechtsextremistischer Straftaten zu unterschätzen. Die Richter sehen Anhaltspunkte für einen zunehmenden Organisationsgrad der meist jugendlichen rechtsextremen Täter. Dies gelte vor allem für Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sowie den Großraum Freiburg/Mannheim.

Freitag, 28.5. –

Unbekannte schießen auf ein kürzlich bezogenes Asylbewerberheim in Fuldatal-Ihringshausen/Kreis Kassel. Eine Kugel durchschlägt eine Fensterscheibe des Aufenthaltsraums. Verletzt wird niemand. Eine Gruppe »Nationalsozialistische Jugend Kassel« bekennt sich in einem Schreiben zu dem Anschlag. –

Die Polizeidirektion von Sigmaringen/Baden-Württemberg teilt mit, daß wegen des Schusses auf ein Asylbewerberheim in der Stadt am vergangenen Dienstag drei Jugendliche im Alter von 16 und 18 Jahren festgenommen wurden. Als Tatwaffe wird ein Kleinkalibergewehr sichergestellt.

Samstag, 29.5. –

In Isernhagen bei Hannover werfen Unbekannte zwei Fensterscheiben eines Asylbewerberheims ein. –

Brandstiftung in einem vorwiegend von Ausländern bewohnten Wohn- und Geschäftshaus in der Münchner Innenstadt. Die Rettungskräfte müssen 18 Hausbewohner evakuieren, fünf von ihnen über Drehleitern der Feuerwehr. Acht Bewohner müssen mit dem Verdacht auf Rauchvergiftung behandelt werden. Der Sachschaden wird auf rund 150.000 Mark geschätzt. –

Brandstiftung in einem Wohnheim im Berliner Stadtteil Lichtenberg. Die 400 polnischen, serbischen, bosnischen und deutschen Bewohner müssen das Gebäude vorübergehend verlassen. 16 Menschen werden verletzt, darunter sieben Kinder. Zwei Kinder können von einem Notarzt erfolgreich wiederbelebt werden. –

Unbekannte werfen im Kreis Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern Fensterscheiben eines Asylbewerberheims ein. –

In Friedersdorf/Kreis Königs Wusterhausen in Brandenburg werden sowjetische Ehrenmäler mit Hakenkreuzen, SS-Runen und ausländerfeindlichen Parolen beschmiert. –

An der Gedenkstätte Seelower Höhen in Brandenburg werden Grabsteine umgestürzt. –

In Wolfsburg werden drei Rumänen von vier Männern – vermutlich Skinheads – mit Messer und Pistole bedroht. Einer wird geschlagen, getreten und an der Hand verletzt. –

In Stade kommt es zu Streitigkeiten zwischen einer rumänischen Familie, die in einem Asylbewerberheim wohnt, und benachbarten Deutschen. Mehrere Fensterscheiben der Unterkunft gehen zu Bruch. Die Rumänen verlassen daraufhin das Haus. Während ihrer Abwesenheit legen Unbekannte ein Feuer in der Unterkunft. –

Brandanschlag auf ein Zweifamilienhaus in der Unteren Werner Str. in Solingen, das von Türken bewohnt wird. Hülya Genc (9), Gülüstan Öztürk (13) und Hatice Genc (18) sterben in den Flammen. Gürsun Ince (27) und Saime Genc (4) sterben nach einem Sprung aus dem Fenster. Ein sechs Monate alter Säugling, ein dreijähriges Kind und ein 15 Jahre alter Junge werden mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Die Ermittlungen übernimmt die Generalbundesanwaltschaft wegen »Gefährdung der Inneren Sicherheit«.

Sonntag, 30.5. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Rösrath bei Köln. Die Bewohner können das Feuer löschen. –

Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus in Wuppertal-Elberfeld. –

In Dresden lösen Polizei und Bundesgrenzschutz eine Neonazi-Demonstration im Vorfeld auf. Trotz eines von der Stadtverwaltung verfügten Versammlungsverbotes waren ca. 100 Neonazis, vorwiegend aus den alten Bundesländern, angereist. –

In Syke/Niedersachsen wird aus einer von Skinheads bewohnten Wohnung eine Flasche auf ein vorbeifahrendes Auto einer türkischen Familie geworfen. Daraufhin versammeln sich zwischen 50 und 100 meist türkische Jugendliche in der Nähe der Wohnung, in der sich zwischen zehn und 20 Skinheads aufhalten. Die Polizei bringt sie auf ein außerhalb der Stadt gelegenes Polizeirevier, um die Stürmung der Wohnung zu verhindern. Die Wohnung wird später demoliert. –

In einem Otzberger Waldstück in Hessen trifft sich eine Gruppe von 13 Neonazis, der jüngste 13 Jahre alt, zu Wehrübungen. Spaziergänger informieren die Polizei, die eine Hakenkreuzfahne und eine Reichskriegsflagge sicherstellt.

Montag, 31.5. –

Brandanschlag in einem ehemaligen BMW-Wohnheim im Münchner Stadtteil Milbertshofen. In dem sechsstöckigen Block leben insgesamt 48 Mietparteien, darunter viele Staatsangehörige aus Griechenland, dem ehemaligen Jugoslawien, Ungarn, Polen, Rumänien und der Türkei. Das Feuer wird frühzeitig entdeckt und kann gelöscht werden. –

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe teilt mit, daß wegen des Mordanschlags in Solingen ein Haftbefehl wegen fünffachen Mordes, versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung gegen einen 16jährigen Jugendlichen erlassen wurde. Zeugenaussagen, wonach am Tatort vier Skinheads gesehen worden sein sollen, wollte der Sprecher der Bundesanwaltschaft nicht bestätigen.

Dienstag, 1.6. –

In Magdeburg wird vor der Wohnung einer Russin mit Kohlenanzündern ein Brand gelegt. Die Frau wird auf den Brandgeruch aufmerksam und kann das Feuer löschen. –

In München nimmt die Polizei zwei Skinheads fest, die in der Straßenbahn zwei iranische Staatsbürger angepöbelt und beim Aussteigen in eine Prügelei verwickelt hatten. –

Die Staatsanwaltschaft in Köln entscheidet, daß ein Hetzplakat gegen Türken lediglich als Verspottung und nicht als Volksverhetzung einzustufen sei. Vor einigen Wochen hatte eine Angestellte der Staatsanwaltschaft in den Geschäftsräumen ein Plakat aufgehängt, auf dem unter der Überschrift »Das neue Deutschlandlied« unter anderem folgender Text stand: »Nix verstehen, weil ich Türke bin, aber Kasse immer stimmt ... Wenn wir (Türken) erst zur Urne schreiten, mit dem Zettel in der Hand, Deutschland, Deutschland über alles, bald gehört uns dieses Land.« Nach Meinung der Staatsanwaltschaft stellt der Text keine »böswillige Verächtlichmachung« der türkischen Bevölkerung, sondern lediglich deren »Verspottung« dar. Die Menschenwürde sei nicht verletzt. –

Die Bundesanwaltschaft zieht den Fahndungsaufruf nach vier Skinheads, den sie nach den Aussagen des wegen der Morde in Solingen verhafteten 16jährigen veröffentlicht hatte, überraschend zurück. Es gebe »begründete Anhaltspunkte«, daß die Beschreibung der Mittäter falsch sei. –

In Solingen versucht ein Autofahrer, eine von rund 200 Türken blockierte Kreuzung in der Innenstadt zu überqueren. Dabei fährt er eine junge Frau an und verletzt sie. Der Fahrer versucht zu fliehen, wird jedoch festgenommen. Es soll sich bei ihm und dem zweiten Fahrzeuginsassen um Skinheads aus der Stadt Hagen gehandelt haben.

Mittwoch, 2.6. –

In Groß Brütz/Mecklenburg-Vorpommern greifen etwa 20 Jugendliche ein Asylbewerberheim mit Steinen an. Sie werden von den Asylbewerbern mit Stöcken in die Flucht getrieben. –

Nach Angaben des Verfassungsschutzes gibt es derzeit rund 6.500 militante Skinheads in Deutschland. Diese seien nicht überregional organisiert. Es seien lose Zusammenschlüsse, »Saufkumpane«, die »spontan ihre schrecklichen Taten begehen«. Eckart Werthebach räumt allerdings ein, daß es zwischen Skinheadgruppen lokale Absprachen gibt. –

In einem Mordprozeß vor dem Landgericht Koblenz erklären sich die zwei angeklagten Skinheads für schuldig im Sinne der Anklage. Die beiden 18jährigen hatten in der Nacht zum 1. August 1992 in Bad Breisig/Rheinland-Pfalz einen 51jährigen Obdachlosen brutal zusammengeschlagen und erstochen. –

Vor dem Landgericht Göttingen gestehen zwei angeklagte Jugendliche im Alter von 18 und 19 Jahren den Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Bad Lauterberg im August 1992. –

Nach Angaben der »taz« wurde im April einer Bosnierin in Köln, die als Kriegsflüchtling anerkannt ist, von einem Angestellten der Stadtsparkasse die Eröffnung eines Kontos mit den Worten »Es tut mir leid, aber wir eröffnen keine Konten für Ausländer mit einer begrenzten Aufenthaltserlaubnis in Deutschland« verweigert. –

Die Bundesanwaltschaft geht nunmehr davon aus, daß es sich bei dem 16jährigen von »tiefem Ausländerhaß« geprägten Hauptschüler, der als Tatverdächtiger für die Morde in Solingen festgenommen wurde, wahrscheinlich um einen Einzeltäter handelt. –

In letzter Minute kann die Augsburger Polizei einen Türken retten, der sich aus Protest gegen die Morde von Solingen verbrennen will. Er hatte sich und sein Fahrzeug bereits mit rund 14 Litern Benzin übergossen.

Donnerstag, 3.6. –

Das Amtsgericht Füssen verurteilt einen Bundeswehr-Oberleutnant der Reserve wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 3.750 Mark. Er hatte in einer Kaserne ein ausländerfeindliches Flugblatt mit dem Titel »Der Asylbetrüger« angebracht, das mehrere Wochen am Schwarzen Brett hing. –

Bei einem Forum der SPD in Bonn über »Jugendliche und politische Kultur« gibt Ursula Hoffmann-Lange vom Deutschen Jugend-Institut an, daß sich knapp 3,5 Prozent der Jugendlichen in den neuen Bundesländern und etwa drei Prozent in den alten Bundesländern selbst politisch »der äußersten Rechten« zurechnen und bereit sind, Gewalt anzuwenden. 10,3 Prozent der Jugendlichen in den westlichen und fast 16 Prozent in den neuen Bundesländern stuft sie als »latent gewaltbereit« ein. –

In Aalen versuchen Unbekannte, ein türkisches Geschäft anzuzünden. Die Hausfassade wird mit Hakenkreuzen und ausländerfeindlichen Parolen beschmiert. –

In Illingen zertrümmert ein Skinhead mit einem Pflasterstein die Fensterscheibe eines China-Restaurants und droht, den Besitzer »abzufackeln«. Gäste ergreifen den Mann und übergeben ihn der Polizei.

Das Archiv für Sozialpolitik/Frankfurt erstellt diese Chronik für KONKRET seit November ’91

Antisemitische Angriffe

Freitag, 16.4.1993 –

In Dresden wird ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung gegen den österreichischen Neonazi Gottfried Küssel eingeleitet.Küssel, der der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) angehört, hatte am Karfreitag in einer Fernsehsendung des MDR ein Lied mit der Aufforderung, Juden zu töten, vorgetragen. Die NSDAP-AO hat ihren Sitz in Lincoln/Nebraska, USA, und unterhält einige Stützpunkte in der BRD.

Mittwoch, 21.4. –

Auf dem Jüdischen Friedhof im Nordend in Frankfurt/Main nimmt die Polizei drei Männer im Alter von 18, 19 und 38 Jahren wegen des Verdachts auf Friedhofsschändung fest. Auf dem Friedhof wurden mehrere Grabsteine umgestürzt.

Donnerstag, 29.4. –

Das Bezirksgericht Potsdam verurteilt zwei Jugendliche wegen gemeinschaftlicher versuchter schwerer Brandstiftung in der KZ-Gedenkstätte Ravensbrück zu Haftstrafen von zwei Jahren beziehungsweise von einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung. Von dem Vorwurf des versuchten Mordes werden sie dagegen freigesprochen.

Montag, 24.5. –

In Leerstetten im Landkreis Roth/Bayern schlägt eine Gruppe rechtsradikaler Jugendlicher einen 20jährigen zusammen, der sich aus Empörung über die Judenwitze der Rechtsradikalen selbst als Jude bezeichnet hatte. Der 20jährige muß wegen schwerer Prellungen ambulant behandelt werden.

Mittwoch, 26.5. –

Das Münchner Amtsgericht spricht den Neonazi Ewald Althans frei. Er war angeklagt, die Massenvernichtung der Juden im Nationalsozialismus geleugnet sowie den Arm zum Hitler-Gruß erhoben zu haben. Althans erklärte, er habe das Dritte Reich nicht erlebt und den Holocaust in einer 1992 ausgestrahlten ARD-Sendung lediglich bezweifelt. Solche Zweifel seien »zulässig«, meint Richter Florian Schenk.

Freitag, 28.5. –

Die Staatsanwaltschaft Potsdam erhebt Anklage gegen den 19jährigen Ingo K. und den 22jährigen Thomas H. wegen des Brandanschlags auf die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen.

Konkret 07/93, S. 24

Jost Müller

Eins teilt sich in vier

Mit verdächtiger Energie wurde nach dem fünffachen Mord von Solingen die These vertreten, daß ihn ein □ asozialer□ Einzeltäter begangen habe. Die Legende diente der Propagierung autoritärer Konzepte

Gerade noch rechtzeitig zu den Trauerakten in Solingen und Köln verbreiteten Bundesanwaltschaft und Bundeskanzleramt das Konstrukt vom Einzeltäter. Begierig wurde es aufgenommen und erleichtert, ja geradezu triumphierend am 3. Juni in der Tagespresse kolportiert: Die Tat eines armen Teufels sollen die Morde in Solingen gewesen sein, eines »asozialen« (Kohl) Jugendlichen eben.

Das Einzeltäter-Konstrukt erfüllte für 48 Stunden gleich zwei wichtige Aufgaben. Nur mit ihm konnte der Bundespräsident als ideeller Gesamtbürger in seiner Trauerrede die moralische Oberhand gewinnen. Im Kontrast zum Bild des Einzeltäters konnte er von »einem rechtsextremistisch erzeugten Klima« sprechen, also Zusammenhänge herstellen, ohne sie genauer benennen zu müssen. Balsam für linke Gemüter. Sein eigentliches Thema war jedoch der »Anstand in der Gesellschaft«, den »wir« den Jugendlichen »bisher nicht zu vermitteln wußten«, weshalb die »Schuld nicht allein bei ihnen« liege, »sondern bei uns allen, die Einfluß auf die Erziehung haben«.

Auch diese Botschaft ist angekommen. Weizsäcker, so kommentiert die »Welt« am folgenden Tag, »beschwor den Anstand der Gemeinschaft und zeigte die Schwachstelle der Gesellschaft auf«. Das ist die zweite Aufgabe der Legende vom Einzeltäter: der schnelle Rückgewinn des ideologischen Terrains für autoritäre Erziehungs- und Staatskonzepte. Der neue und der alte Vorsitzende der deutschen Nationalliberalen haben sich hier in mustergültiger Weise ergänzt. Klaus Kinkel sprach donnerstags den Trauernden von dem »irregeleiteten, wahnsinnigen Einzeltäter«, Graf Lambsdorff beantwortete in der Sonntags-»FAZ« die sich aufdrängende Frage, wer denn den armen Teufel in die Irre geleitet und wahnsinnig gemacht habe: das »Achtundsechziger-Denken«, na klar.

Die Antwort ist nicht wirklich originell, aber sie wird solange wiederholt, bis »wir« sie für richtig halten. Bereits Anfang März hatte der Gießener Politologe Claus Leggewie in der »Zeit« das Einzeltäterprofil geliefert: »Die in verdächtiger Eile als ›Nazi-Kids‹ gebrandmarkten Gewalttäter sind Erziehungswaisen, Angehörige einer neuen vaterlosen und fatal auf die (hilflosen) Mütter fixierten Generation. Aber nicht die Schläge der Väter und die Strenge der Mütter, sondern Abwesenheit und Gleichgültigkeit der Älteren bleuten ihnen das ›autoritäre‹ Denken und Handeln ein.« Drei Monate später bestätigt »Bild« prompt das Täterbild: »Sein Zuhause? Eigentlich ein Nirgendwo. Seinen Vater hat er niemals kennengelernt... Zusammen mit der Mutter lebte er in 3 Zimmern in Solingen... Ein aggressiver 16jähriger, der sofort zuschlug, wenn man ihn provozierte. Die Mutter hatte keinen Einfluß mehr auf ihn. Auch Monate in einem staatlichen Erziehungsheim konnten nicht helfen.« So nah kann Wissenschaft dem Leben sein, wie Bild-Reporter es recherchieren.

Als die Särge mit den Tatopfern in Richtung Türkei verschwunden waren, rückte die Bundesanwaltschaft mit der Nachricht heraus, es habe sich doch um vier Täter gehandelt; das Einzeltäter-Konstrukt schien zu wanken, soll doch einer von ihnen sogar DVU-Mitglied sein. Was nun? »Die Tatsache, daß in Solingen nicht ein verwirrter Sechzehnjähriger allein am Werk war, sondern weitere drei angetrunkene Jugendliche, widerlegt die Einzeltäter-These nicht«, kommentierte »FAZ«-Herausgeber Müller-Vogg die Pressekonferenz des Generalbundesanwalts von Samstag, dem 5. Juni, wo Stahl erneut beteuerte, daß »rechtsextremistische Bezüge bisher nicht erkennbar« seien. Das Konstrukt muß aufrechterhalten werden, soll der Terraingewinn,den die Umschuldung auf das Konto der 68er gebracht hat, nicht gleich wieder preisgegeben werden. Vier Einzeltäter begingen also gemeinsam die »Tat eines einzelnen«, so die neue Version. Das Absurde muß herhalten, um den »Anstand der Gemeinschaft« zu retten.

Das Konstrukt vom vierköpfigen Einzeltäter soll die politische und soziale Dimension der Tat verdecken. Der »einzelne Täter« wird aus dem politischen Kontext der faschistischen Gruppen und der sie umgebenden Szenen herauspräpariert, um deren Anwachsen, ihre Beziehungen und Verflechtungen auszublenden. Wichtiger aber noch ist die Verleugnung der sozialen Dimension. Denn es handelt sich nicht um eine »einzelne Tat«, sondern um eine Reihe von Taten, die eine besondere Logik haben. Die Taten sind kein »anarchischer Terrorismus, der sich wehrlose Opfer sucht, um den demokratischen Staat zu treffen«, wie Weizsäcker in Köln behauptete. Der rechte Terror soll nicht den Staat, sondern die in diesem Staat rassistisch Diskriminierten und Verfolgten treffen. Er zielt direkt auf ihr Leben und auf ihre Fähigkeit, sich in dieser Gesellschaft zu reproduzieren. Mit welchen irrationalen Argumenten die Täter sich auch immer zu entlasten versuchen, ihre Taten, die Morde und Brandstiftungen, folgen einer Rationalität des Terrors, nach der die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Vertreibung der Verfolgten vorausgeht.

Zum Handwerk der rechtskonservativen Kommentatoren in der Bundesrepublik gehört es, diese Logik des Terrors einfach umzukehren. So warnte Chefredakteur Fromme in der »FAZ« vom 2. Juni die Verfolgten vor Gegenwehr mit den Worten: »Für Gäste in einem fremden Land ist das ein heikles Unterfangen.« Aber auch durch kommunales Wahlrecht und doppelte Staatsbürgerschaft, mahnt er, würden die »Einzeltäter« zu ihren Taten »eher animiert«. Die Drohung hat zwei Tage später

Patrick Bahners im Feuilleton des selben Blatts wieder aufgenommen. Im Feldzug gegen Jürgen Busche und Klaus Bednarz, die zuvor über »Schreibtischtäter« und »politische und publizistische Biedermänner« geschimpft hatten, und gegen Benedikt Erenz, der in der »Zeit« die »Musteranfragen« zur Lage der Asylbewerber veröffentlichte, die 1991 der damalige Generalsekretär Volker Rühe an die CDU in Stadt und Land verschickte, um »die Asylpolitik zum Thema zu machen«, freut sich Bahners: »Jahrelang hat man in der Bundesrepublik die Risiken einer ethnisch und kulturell heterogenen Gesellschaft als Gesinnungsfragen, also praktisch als Sprachprobleme behandelt. Jetzt ist die symbolische Politik am Ende.« Handfeste Politik zur »ethnischen Homogenisierung« also?

Publizistischer Biedermann ist dieser Kommentator wahrlich nicht zu nennen. An die Adresse von Busche aber, dessen Glosse im Feuilleton der »Süddeutschen Zeitung« vom 2. Juni erschienen ist, muß gesagt werden, daß er den »SZ«-Chefredakteur, Dieter Schröder, auch mitmeinen darf. Dieser beklagte sich unter dem Titel »Das zerbrochene Tabu« nur drei Tage später über die »zweite Generation«, die »hier geborenen jungen Türken«, von denen viele »ihre Identität in der Rückwendung zu den islamischen Wurzeln« suchten. »Das ist das Material, aus dem religiös-ethnische oder -rassische Konflikte hervorbrechen«, dreht Schröder den Spieß um, als wären in Solingen die Verfolgten die Täter gewesen. So schreibt sich die rhetorische Diskriminierungspraxis fort. Und auch sie läßt den Verdacht aufkommen, daß eine neue Vertreibungsgeschichte in der Bundesrepublik längst begonnen hat.

J□ □ □ M□ lle□ i□ □ Mi□he□ a□ □gebe□ □ □ n □ Die f□ e□ ndliche□ Zi□ D-lge□ chi□ chaf□ □ , E

Konkret 07/93, S. 25

Juliane Meyer, Lothar Pollähne

»Man siehtes ihm doch an«

Auch in Hildesheim wirkt ein »Einzeltäter«: Der Haftrichter Christian Stoll ruft nicht nur nach »Lebensraum im Osten, um die steigende Flut der Asylanten unterzubringen«, er steckt auch schon mal 12jährige Türkenkinder ins Gefängnis

Er zog aus – 1959 von Poznan in Polen – und trat an – 1969 in Hildesheim – , andere das Fürchten zu lehren. Nimmt man die Stammtisch-Mehrheitsmeinung dieses Landes zum Maßstab, ist er ein guter Deutscher: In seinem Büro hängt eine Deutschlandkarte von 1937, er fordert die zu Unrecht an Polen abgetretenen »urdeutschen« Gebiete zurück, und er mag die Ausländer nicht, die uns Deutsche »überfluten«.

Christian-Thomas Stoll ist Haftrichter am Amtsgericht Hildesheim und langjähriger engagierter Funktionsträger im Bund der Vertriebenen (BdV) und in der Landsmannschaft der Oberschlesier. Besonderes Merkmal: Erbarmungslosigkeit und Effektivität im Umgang mit den Opfern seiner Ideologie und seines Menschenbildes. Und weil er sich seinen Grundsätzen auch als Haftrichter zutiefst verpflichtet fühlt, bringt er auch schon mal Kinder ins Gefängnis.

Oko ist etwa zwölf Jahre alt. Er stammt aus Polen, ist wahrscheinlich mit anderen Jungen nach Deutschland gekommen. Über seine Herkunft, seine Eltern, sein Leben in Polen weiß niemand etwas Genaues. Die Polizei hat ihn am 3. Dezember letzten Jahres in Goslar aufgegriffen. Offenbar war das Kind Mitglied einer polnischen Diebesbande, die sechs Monate durch Niedersachsen stromerte, Videorekorder, technische Geräte und Autos klaute. Am 4. Dezember wird Oko nach Hildesheim gebracht und dort einem einsitzenden Mitglied der Bande gegenübergestellt, das behauptet, Oko sei 19 Jahre alt, was dieser energisch bestreitet. Dann wird er dem Haftrichter Stoll vorgeführt. Der ist sofort bereit, an die 19 Jahre zu glauben. Stoll hat nämlich einen scharfen Blick: »Man sieht es diesen Menschen doch an, die kriminelle Energie in ihren Augen und dann diese zusammengewachsenen Augenbrauen. Die Polen sind so«, erklärt er später dem NDR. Stoll steckt das Kind kurzerhand in die Justizvollzugsanstalt Hildesheim. Dabei setzt er sich gleich über mehrere gesetzliche Vorschriften hinweg, indem er beispielsweise weder Jugendamt noch Vormundschaftsrichter benachrichtigt.

Durch Zufall erfährt Rechtsanwalt Willi Schmitt-Roolfs von der Geschichte: »Ich hab' dann versucht, der Sache nachzugehen. Keiner wußte was Genaues. Ich habe dann gefragt: Ist der anwaltlich vertreten? Nein. Hat er Eltern? Nein. Dann hab' ich mich der Sache angenommen, bin direkt in die JVA gefahren und hab' den Jungen gesehen, und dann – muß ich schon sagen – war ich schon schockiert: Es war ein kleinwüchsiger polnischer Junge, meiner Einschätzung nach 11-13 Jahre alt, der überhaupt kein Deutsch sprach, völlig verängstigt wirkte und überhaupt nicht wußte, wie ihm geschah.«

Einen Tag nach dem Anwaltsbesuch gibt Stoll ein Altersgutachten bei der Medizinischen Hochschule Hannover in Auftrag. Nachdem Oko schon 11 Tage im Gefängnis zugebracht hatte, kommt das Ergebnis: Der Junge habe das 13. Lebensjahr auf keinen Fall vollendet. Haftrichter Stoll reagiert prompt: Er verfügt die unverzügliche Abschiebung des Jungen. Der Anwalt, der bis zum Schluß weder als Wahl- noch als Pflichtverteidiger des Kindes anerkannt wird, erfährt von dieser Maßnahme erst, als es schon zu spät ist: »Die Abschiebung hat Dr. Stoll verfügt. Er hat gesagt, dieser Junge habe – auch wenn es ein Kind ist – eine immense kriminelle Energie, und man müsse den Jungen sozusagen fürsorglich für ihn selbst abschieben, und da hat man ihn in einer Nacht- und Nebelaktion, ohne den Verteidiger zu informieren, ohne das Jugendamt, das mittlerweile involviert war, zu informieren, ohne den Vormundschaftsrichter zu informieren, einfach genommen, aus der JVA raus, an die polnische Grenze und ihn dort den polnischen Behörden übergeben. Was aus ihm geworden ist, weiß ich bis heute nicht.«

Schmitt-Roolfs hat sich beim Landgericht Hildesheim beschwert und empfohlen, die Staatsanwaltschaft solle diesen Fall untersuchen. Sein Fazit: »Meiner Ansicht nach ist hier gegen mehrere eindeutige gesetzliche Vorschriften verstoßen worden, und das ist für mich Rechtsbeugung.«

Niemand, der das 14. Lebensjahr nicht vollendet hat, darf inhaftiert werden, nicht in einer Jugendvollzugsanstalt und schon gar nicht in einem nur für Erwachsene vorgesehenen Gefängnis wie dem in Hildesheim. Aber es stellt sich bald heraus, daß solche Praktiken durchaus zum Arbeitsalltag des Haftrichters Stoll gehören.

Anwalt Schmitt-Roolfs erfährt von Mitarbeitern des Jugendamtes auf die Frage, ob das öfter mal vorkomme, daß sie da, wo das Gesetz es vorschreibt, nicht hinzugezogen werden, daß das sehr häufig der Fall sei und daß man schon den Amtsleiter gebeten habe, »hier mal vorstellig zu werden, damit das Gesetz beachtet wird«.

Die tatsächliche Bedeutung von Okos Geschichte wird klar vor dem ideo-logischen Hintergrund des HaftrichtersStoll. Was trotz Rostock, Mölln und Solingen inzwischen immer mehr deutsche Rassisten im Bewußtsein beruhigend zahlreicher Gesinnungsfreunde öffentlich laut zu sagen wagen, hat er schon seit mehr als zehn Jahren verkündet. So im November 1982 in einer Ansprache an seine »lieben Landsleute«: »...uns Deutschen droht auch im Biologischen der Verlust der nationalen Identität. Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik ist am stärksten in der ganzen Welt geworden, d.h. wir

Deutschen sterben langsam aus. Während jährlich Hunderttausende deutscher Kinder durch Abtreibung auf Krankenschein getötet werden, will man immer mehr ausländische Kinder nachkommen und weitere Ausländer einströmen lassen...«

Im Juli 1990 brachte der Vorkämpfer nationalistisch-rassistischer Werte und Tugenden bei einer Großkundgebung des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Hildesheim sein Menschenbild auf den Punkt, begleitet von tosendem Beifall seiner Anhänger: »Man weiß um den deutschen Fleiß, die deutsche Tüchtigkeit und Zähigkeit und andere Tugenden, die man uns trotz jahrzehntelanger Umerziehung und Überfremdung immer noch nicht hat austreiben können.« Die Deutschen, ein Volk ohne Raum – vor der schlesischen Landsmannschaft in Göttingen hielt das CDU-Mitglied Stoll eine Rede, die Nazi-Überzeugungen transportierte: »Wenn ein Volk größte Anstrengungen machen muß, seinen Boden nicht mit Chemikalien zu verseuchen, sein Wasser verwendbar zu halten, seine Abfälle zu beseitigen, seine Atemluft zu säubern, so wird das Leben problematisch. Den nötigen Lebensraum können wir aber nur im menschenleeren deutschen Osten finden. Wir benötigen diese Gebiete allein schon, um die steigende Flut der Asylanten und zu uns überlaufenden Polen unterbringen zu können.«

Die Göttinger Schülerunion druckt 1985 die gesamte Rede. Nach ihrer Ansicht dokumentieren Stolls Ausführungen in hervorragender Weise ein Stück deutscher Zeitgeschichte, »das man totzuschweigen bemüht« sei.

Der Friedensvertrag mit Polen und die Anerkennung der polnischen Westgrenze haben des Haftrichters Fanatismus besonders angestachelt, da es sich dort um »urdeutsche« Gebiete handele, die zurückzugewinnen Deutschlands vornehmste Aufgabe sein müsse. Vor dem BdV in Hildesheim erklärte er: »Wir protestieren ... vor aller Welt gegen die beabsichtigte Amputierung eines Drittels Deutschlands, von 114.296 qkm urdeutschen Gebietes, das über 10 Millionen Deutschen angestammte Heimat ist. Wir klagen vor der Geschichte und der göttlichen Gerechtigkeit in erster Linie unsere deutschen Politiker an, die ohne Widerstand und würdelos sich über das Recht der eigenen Nation bzw. größerer Volksteile hinwegsetzen und bereitwillig der Erwartungshaltung fremder Mächte genügen wollen. ... Polen kann nicht das Recht zugestanden werden, sich fortlaufend auf Deutschlands Kosten zu vergrößern und sich nach dem Westen zu verschieben, die Hälfte des heutigen Polen liegt bereits auf deutschen Gebieten und der ewige polnische Landhunger ist noch keineswegs gestillt.«

So viel zum Redner.

Zurück zum Richter. Binali Cicek lebt und arbeitet seit 12 Jahren mit seiner Frau und seinen beiden Kindern in Söhlde bei Hildesheim. 1982 stirbt sein Vater in der Türkei. Seitdem lebt Binali Ciceks kleiner Bruder Turan bei seiner Großmutter in Ersincan. Weil die alte Frau vor kurzem sehr krank geworden ist und sich außer ihr niemand um Turan kümmern kann, beschließt Binali Cicek, seinen kleinen Bruder nach Deutschland zu holen. Er möchte nicht, daß Turan auf der Straße landet und ein schlechter Mensch wird, erzählt er. Den Staat soll Turan keinen Pfennig kosten, Binali Cicek will für alles selber aufkommen. Er schickt dem 14jährigen Bruder ein Flugticket und geht zur Ausländerbehörde, um dort zu besprechen, wie der Junge einen gesicherten Aufenthaltsstatus bekommen kann. Kein Problem eigentlich, erklärt man ihm, es müssen nur ein paar Anträge ausgefüllt werden. Zu diesem Zeitpunkt sitzt der Junge allerdings schon im Flugzeug nach Deutschland. Ein kleiner formaler Fehler mit bitteren Folgen: Am 12. Dezember kommt der Junge in Söhlde an. Binali Cicek hofft, die Aufenthaltsberechtigung für Turan rückwirkend zu erhalten, meldet ihn in der Schule und beim Einwohnermeldeamt an. Was Cicek nicht wissen konnte: Die Ausländerbehörde betrieb zu diesem Zeitpunkt bereits stillschweigend die Zurückschiebung des 14jährigen.

Am 1. März 1993 erscheinen zwei Kriminalbeamte in Turans Schule und holen ihn vor den Augen der Klassenkameraden aus dem Unterricht. Erst nach längerem Nachfragen erfährt Binali Cicek, daß sein Bruder nach Hildesheim gebracht wird – zum Hafttermin bei Richter Stoll. Cicek setzt sich sofort ins Auto, fährt zum Gericht und kommt gerade rechtzeitig zur »Verhandlung« seines kleinen Bruders. Die dauert 15 Minuten, Turan wird befragt, warum er in Deutschland ist und antwortet wahrheitsgemäß. Stolls Urteil: »Wir können nicht alle Waisenkinder in Deutschland aufnehmen«, die Verhandlung ist beendet, Binali Cicek traut seinen Ohren nicht: »Dann bin ich weggegangen, ich wollte ja mit meinem Bruder sprechen, wenigstens ein Taschengeld geben. Die Beamten sagten mir, tut mir leid, sie dürfen ihn nicht ansprechen. Da bin ich wieder zurück zu Herrn Stoll in den Gerichtssaal gegangen. Dann hab' ich gefragt, Herr Stoll, wohin führen die Beamten meinen Bruder? Sagt er: »Mag sein, er ist schon im Flugzeug.« In Wirklichkeit wird Turan zu diesem Zeitpunkt in die JVA Hildesheim gebracht, wie vor ihm Oko. Seinem Bruder erzählt niemand, wo er sich aufhält. Den ganzen Tag sucht Binali Cicek nach dem Jungen, aber erst nach einer stundenlangen Odyssee erfährt er, wo man ihn hingebracht hat. Am nächsten Tag darf er ihn besuchen, aber erst nachdem er die Beamten nachdrücklich darauf hingewiesen hat, daß es sich bei seinem Bruder um keinen »Gewalttäter« handelt. Endlich dürfen sie miteinander reden, für eine Viertelstunde, mit zwei Beamten im Hintergrund. Binali Cicek: »Ich habe gefragt, ob ich ihm wenigstens Taschengeld geben darf, aber das war unmöglich. Er sagte: ›Ich habe Angst, warum bin ich eingesperrt worden, ich habe doch nichts getan?‹ ›Das ist eine Behördensache, ich kann dir das nicht weiter erklären.‹ Sagt er: ›Ich habe Angst, wie lange bleibe ich noch hier drinnen?‹ ›Das dauert nicht lange, der Anwalt wird versuchen, dich hier rauszukriegen.‹«

Eine Stunde später wird Turan in Handschellen nach Hannover zum Flughafen gebracht und von dort aus abgeschoben – auf Anweisung des Haftrichters Stoll.

Daß dieser furchtbare Richter sein Amt über Jahre hinweg in dieser Weise ausüben konnte, wäre selbstverständlich ohne die Rückendeckung seiner Justizkollegen nicht möglich gewesen. Es gab nämlich durchaus Versuche, ihn in die Schranken des Rechts zu verweisen, aber die Liste der erfolglos gegen ihn angestrengten Disziplinarverfahren hat inzwischen schon fast Unterhaltungswert: Selbst der frühere CDU-Justizminister Walter Remmers (jetzt im gleichen Amt in Sachsen-Anhalt) sah sich wegen Stolls Volk-ohne-Raum-Rede veranlaßt, das Disziplinarrecht gegen seinen Parteifreund zu bemühen. Doch Stolls Dienstvorgesetzter Hans-Georg Salge, Präsident des Landgerichts Hildesheim, stellte die dienstrechtlichen Vorermittlungen nach kurzer Zeit wieder ein und ließ es mit einem »Vorhalt« genug sein.

Als Stoll ein Jahr später ähnliche Reden in Burgdorf und Maasen schwingt, erhält er dann doch einen richtigen Verweis. Stoll diffamierte in diesen Reden u.a. Aussagen des Bundespräsidenten zu Frage der Vertriebenen als »verbale Verirrung« und erklärte weiter: »Schlimm sind aber diese Deutschen, die geistig ins Feindlager übergelaufen sind und von verschiedenen Positionen im Inland her gegen das eigene Volk agieren. In bestimmten Kreisen herrscht hierzulande ein hochgradiger Masochismus und findet jede Niedrigkeit Beifall, wenn sie nur gegen die Interessen unseres Volkes gerichtet ist.«

Als der Haftrichter sich später von den Angriffen gegen Weizsäcker distanziert, zieht Salge postwendend am 21. Dezember 1987 den Verweis zurück. Das Disziplinarverfahren stellt er ein. Jetzt wird das niedersächsische Justizministerium aktiv: Am 16. März 1988 ergeht ein Verweis an Stoll wegen der Angriffe auf den Bundespräsidenten sowie ein sogenannter »Vorhalt« wegen Diffamierung Andersdenkender. Der Erfolg ist gleich Null: Stoll klagt gegen Verweis und Vorhalt und bekommt Recht. Begründung des Dienstgerichtshofs: Ein Dienstvergehen liege zwar vor, aber ein Verweis sei wegen der inhaltlichen Distanzierung Dr. Stolls nicht notwendig. Auch seiner Parteizugehörigkeit darf er sich weiter erfreuen: Ein von Hildesheimer CDU-Mitgliedern angestrengtes Parteiausschlußverfahren gegen Stoll ist erfolglos geblieben. Er kann sich also in den nächsten Jahren durchaus ermutigt fühlen, ungebremst weiterzuagieren. Zwar leitet das niedersächsische Justizministerium 1990 ein weiteres Disziplinarverfahren gegen Stoll ein. Der Grund: seine verbalen Angriffe gegen die Grenzvereinbarungen mit Polen sowie gegen Bundespolitiker und das polnische Volk. Aber wieder legt Stoll Berufung ein, über die bis heute noch nicht entschieden ist.

Wegen des Haftbefehls gegen Oko, den 12jährigen polnischen Jungen, sah sich das Justizministerium schließlich gezwungen, den Landgerichtspräsidenten Hans-Georg Salge anzuweisen, disziplinarische Vorermittlungen einzuleiten. Aber auch gegen einen weiteren etwaigen richterlichen Verweis wird der klagefreudige und erfolggewohnte Richter voraussichtlich seine Bürgerrechte ins Feld führen.

Für seine völkischen Tiraden und rassistischen Richtersprüche ist Christian Stoll mit einer gedeihlichen Karriere bedacht worden, und er, der noch immer sein nazistisches Gedankengut unters Volk streuen kann, wann es ihm gefällt, darf sich in eigener Sache bei seinen Justizkollegen bestens aufgehoben fühlen. Kürzlich erst hat er Strafanzeige gegen den Sprecher der Kreistagsfraktionen der Grünen in Hildesheim gestellt. Der hatte ihm in einer Pressemitteilung zur Abschiebung von Turan Cicek eine »ausländerfeindliche Einstellung« und »tendenziell neofaschistisches Gedankengut« bescheinigt. Eine NDR-Journalistin blieb ebenfalls nicht von ihm verschont. Sie hatte mit Stoll telefoniert und sich anhören müssen, warum Oko ganz sicher älter als zwölf gewesen sein muß. Nach Veröffentlichung seiner Aussagen stellte Stoll umgehend Strafanzeige. Begründung: Er habe niemals mit einer NDR-Redakteurin ein solches Gespräch geführt. Einem Journalisten der »Frankfurter Rundschau«, der in einem Hintergrundartikel Stolls Menschenbild skizzierte, erging es ebenso, und gegen das niedersächsische Justizministerium legte er gar Dienstaufsichtsbeschwerde ein: »Das Ministerium glaubt offenbar den lügenhaften Angaben eines ausländischen Kriminellen mehr als einem gewissenhaft prüfenden Richter, der überdies innerhalb von 24 Stunden seine Entscheidung fällen muß.«

Das Klima in Deutschland ist derzeit günstig für Leute wie den Haftrichter Christian Stoll.

Juliane Meyer ist Redakteurin des NDR (Hannover); Lothar Pollähne ist freier Mitarbeiter ebendort

Konkret 07/93, S. 28

Boris Gröndahl

Immer für Österreich

Der politische Auftrag, den die Treuhandanstalt (TA) gemeinsam mit der »Arbeitsgruppe Regierungskriminalität« und der »Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR« zu erfüllen hat – die Zerschlagung kommunistischer Strukturen per Enteignung – endet nicht an den Grenzen von 1937. Die TA greift nach dem Vermögen einer weiteren Agentur des Weltkommunismus im Großdeutschen Reich: der Kommunistischen Partei Österreichs

Die Einladung kam zwar aus einem Bruderland, doch der Kulturreferent der Kommunistischen Partei Österreichs hielt doch lieber Rücksprache mit seinem Chef. 1949 erhielt der österreichische Musikwissenschaftler Georg Knepler, der als junger kommunistischer Student Karl Kraus bei dessen Lesungen der Offenbachschen Operetten am Klavier begleitet hatte, das verlockende Angebot, in der Hauptstadt der just gegründeten DDR eine Musikhochschule aufzubauen. Der um Rat gefragte KPÖ-Vorsitzende Johann Koplenig empfahl, die Einladung anzunehmen, und fügte hinzu: »Vielleicht können wir dich dort noch brauchen.«

Keine zwei Jahre nach Kneplers Übersiedlung in die DDR konnte ihn die Partei dort tatsächlich brauchen. Als er Ostern 1951 noch einmal nach Wien kam, bat ihn Stefan Kaufmann, ein Vertrauter der KPÖ, um eine Gefälligkeit: Die KPÖ wolle in der DDR eine Handelsfirma gründen; er, Knepler, solle als deren Gesellschafter fungieren und das Gründungskapital nach Berlin bringen. Knepler erklärte sich bereit. Er erhielt von Kaufmann ein Paket mit österreichischen Schillingen im Wert von 50.000 Ostmark, brachte es nach Berlin und wurde – zusammen mit seinem Partner Oswald Rein, auch der ein österreichischer Kommunist – von der Notarin Ingeburg Gentz am 4. Juni 1951 als Gründungsgesellschafter der Novum Handelsgesellschaft mbH ins Handelsregister eingetragen. Zweck der Firma: »Vermittlung von Handelsgeschäften.« Rein wurde Geschäftsführer der Novum, und der Parteiauftrag des Musikprofessors war damit beendet.

Die Firma machte sich in den folgenden Jahrzehnten um die Handelsbeziehungen zwischen der DDR und Österreich verdient. Vielleicht auch deshalb hat die DDR-Abwicklungsanstalt Treuhand nun die Finger nach ihr ausgestreckt – und damit nach einem Vermögen von etwa 300 Millionen Mark. Die TA, sekundiert von der staatsanwaltlichen Arbeitsgruppe Regierungskriminalität und der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR, behauptet, die Firma habe nie der KPÖ, sondern stets der SED gehört und sei damit nun – vorerst treuhänderisch – Eigentum der Bundesrepublik. Ein Standpunkt, über den die österreichischen Kommunisten zunächst nur den Kopf schüttelten, bis sie merkten, daß die deutschen Behörden es ernst meinten: Diese ließen der KPÖ im Februar 1993 ihre Schweizer Konten sperren. Aus internen Dokumenten, die KONKRET vorliegen, geht indes hervor, daß die SED selbst von ihrem Besitz nichts wußte: Sie betrachtete die Novum stets als KPÖ-Firma.

Die Novum war ein Stein in einem Mosaik von Wirtschaftsunternehmen, das die österreichischen Kommunisten nach 1945 zusammenfügten. Eine mit der deutschen Nachkriegssituation unvergleichliche Konstellation machte es der KPÖ möglich, durch die Profite von zeitweilig über 100 Firmen zur reichsten kommunistischen Partei im Westen zu werden.

In einem gleichsam revolutionären Akt – der allerdings von den den Alliierten gebilligt wurde – hatten am 27. April 1945 vier Vertreter der antifaschistischen österreichischen Parteien die »Zweite Republik Österreich« proklamiert. Neben den Unterschriften der Sozialisten Karl Renner und Adolf Schärf sowie von Leopold Kunschak (Österreichische Volkspartei) ziert diese Gründungsurkunde der Republik Österreich auch die des KPÖ-Chefs Johann Koplenig. In der provisorischen Regierung waren die Kommunisten selbstverständlich vertreten, Koplenig selbst wurde Vizekanzler, und die »republikgründenden Parteien« arbeiteten auch nach den ersten Wahlen im Novem-ber 1945, in denen die KPÖ nur enttäuschende fünf Prozent der Stimmen erreichte, in der »Konzentrationsregierung« zusammen.

Die Folgejahre brachten Veränderungen in Österreich, die im Gegensatz zur westdeutschen Restauration die Bezeichnung »Neuanfang« durchaus verdienen. Zu diesen Reformen zählt vor allem das Entstehen eines enormen Sektors verstaatlichter Industrie. Die Sowjetunion kontrollierte in dem in vier Besatzungszonen eingeteilten Österreich die industriellen Kerngebiete Niederösterreichs und konnte das »Deutsche Eigentum«, das ihr im Potsdamer Vertrag zum Ausgleich der Reparationszahlungen zugesprochen worden war, schlicht beschlagnahmen. Die unter sowjetischer Verwaltung stehenden sogenannten Usia-Betriebe, die Sowjetische Mineralölverwaltung und die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft gingen mit Abschluß des Staatsvertrages 1955, mit dem die Besatzung beendet wurde und in dem Österreich seine »immerwährende Neutralität« erklärte, in den Besitz der Zweiten Republik über. Auch die SPÖ setzte gegen die ÖVP den Programmpunkt durch, auf den ihre westdeutschenGenossen bald verzichten sollten: Die Verstaatlichung der drei großen Aktienbanken, der Schwerindustrie und der Energiewirtschaft.

Die Kommunisten hatten sich aufgrund ihrer Rolle als wichtigster Träger des österreichischen Widerstands und wegen der sowjetischen Besatzung gute Chancen ausgerechnet, das politische Leben der Zweiten Republik entscheidend mitbestimmen zu können. Doch nach ihrem Austritt aus der Konzentrationsregierung Ende 1947 verloren sie rasant politischen Einfluß. Sie machten in der Folge das Beste aus der für sie enttäuschenden Lage. Aus ihren Reihen und aus dem

Kreis ihrer Sympathisanten rekrutierten sie eine Gruppe von Vertrauensleuten, die in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht das Wirtschaftsimperium der KPÖ aufbauten. Während die politischen Funktionäre der Partei zumeist aus dem sowjetischen Exil oder von den jugoslawischen Partisanen zurückgekehrt waren, setzten sich die KPÖ-Treuhänder vor allem aus Emigranten zusammen, die nach dem Anschluß in die Schweiz oder nach Großbritannien geflohen waren, und die zum Teil aus Bankiers- und Industriellenfamilien kamen. Der Familie von Stefan Kaufmann etwa, von dem Knepler das Novum-Kapital erhielt, gehörten, bevor sie vor den Nazis fliehen mußte, Kohlenfirmen in Wien und Kohlengruben in Oberschlesien.

Die Firmen der KPÖ, die seit 1945 gegründet wurden, widmeten sich zum Beispiel dem Handel mit Brennstoffen, so dem Import von polnischer und DDR-Kohle oder dem Vertrieb von Heizöl (die KPÖ-Firma Turmöl belieferte zeitweilig 80 Prozent aller österreichischen Haushalte), doch schon bald wurde ihr wichtigster Bereich der Osthandel. Die geographische Lage Österreichs, die sowjetische Besatzung und die spätere Neutralität prädestinierten das Land zur Anlaufstelle sowohl der jungen sozialistischen Staaten Osteuropas als auch der kapitalistischen Unternehmen, die trotz des Kalten Krieges mit jenen Handel treiben wollten. Die KPÖ mit der Vermittlung der Geschäfte zu beauftragen, war für beide Seiten vorteilhaft. Für die Sowjetunion, weil sie ihren Genossen vertrauen konnte und für die westlichen Vertragspartner, weil sie den Kleinkrieg mit den sozialistischen Bürokraten an kapitalistische Umgangsformen gewohnte Vermittler delegieren konnten, die den Bürokraten freundschaftlich verbunden waren. Für die einen waren die österreichischen Kommunisten österreichische *Kommunisten,* für die anderen *österreichische* Kommunisten.

Auch wenn der Schwerpunkt dieser Handelsbeziehungen stets die Sowjetunion bleiben sollte, entwickelten sich schon Anfang der fünfziger Jahre spezifische Beziehungen zur DDR. Diese konnte früh die zweischneidigen Erfahrungen machen, die der Handel der sozialistischen Länder mit dem Westen mit sich brachte: Sie betrieb ihn von Anfang an in großen Ausmaß mit der BRD. Da die DDR von ihm stark abhängig war, traf sie der Einbruch des »Interzonenhandels« in der Folge von Währungsreform, Berlin-Blockade und Boykottpolitik empfindlich; zudem mußte sie stets Versuche der BRD gewärtigen, den Handel zu politischen Erpressungen zu mißbrauchen. Um die Abhängigkeit etwas zu mildern, boten sich die österreichischen Genossen an. Der KPÖ-Treuhänder Jenö Desser, bis in die siebziger Jahre graue Eminenz der kommunistischen Firmengruppe, führte mit den SED-Genossen die Vorgespräche, die 1951 zur Gründung der Novum führten.

Die Novum agierte zunächst hauptsächlich als bloßer Vermittler für Wiener KPÖ-Firmen wie Wagner & Co. oder die Kohlenfirma Briko und erwirtschaftete keine großen Gewinne. Der einzige österreichische Betrieb, den die Firma schon in den fünfziger Jahren in der DDR direkt vertrat, waren die verstaatlichten Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke (Vöest), der größte österreichische Industriebetrieb. Erst seit den sechziger Jahren ging die Novum in größerem Maßstab dazu über, West-Firmen in der DDR zu betreuen, so zum Beispiel den Schweizer Chemiekonzern Ciba-Geigy, Bosch und den österreichischen Fahrzeughersteller Steyr Daimler Puch.

Der geschäftliche Durchbruch kam mit dem Beginn der Entspannungspolitik. Österreich war nicht nur das erste westliche Land, das zur DDR diplomatische Beziehungen aufnahm (am 21.12.72), sondern die beiden Staaten schlossen 1974 ein Konsularabkommen, das auch eine faktische Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft bedeutete. Die wütenden Bonner Proteste konterte der österreichische Kanzler Bruno Kreisky mit einer Bemerkung, die außer BRD-Politikern und -Verfassungsrichtern jedem einleuchten mußte: Er kenne keinen Staat ohne Staatsbürger.

Solches Entgegenkommen auf dem Gebiet, das der Honecker-DDR bei weitem das wichtigste war, wurde natürlich belohnt. Der Handel zwischen Österreich und der DDR wies seit Mitte der Siebziger enorme Wachstumsraten auf, die Novum wurde für die KPÖ zu einer Goldgrube. Bis zu 30 Angestellte wickelten Aufträge in Milliardenhöhe ab, von denen jeweils eine satte Provision auf die Konten der Kommunisten abfloß: In den achtziger Jahren liefen 50 bis 60 Prozent des Handels zwischen der DDR und Österreich (Gesamtumfang: zwischen drei und fünf Milliarden Valutamark) über die Berliner Novum, die dafür Provisionen von 20 bis 40 Millionen Mark jährlich kassierte.

Anfang der achtziger Jahre landete die Novum einen Coup, der gleichzeitig die politische Bedeutung deutlich macht, die die Wirtschaftsbeziehungen zu Österreich als Druckmittel der DDR gegen die BRD hatten. Die Beziehungen der beiden deutschen Staaten waren 1980/81 in einer Krise. Im Januar und August 1980 wurden angekündigte Treffen von Kanzler Schmidt und Erich Honecker zweimal kurzfristig abgesagt, im Oktober erließ die DDR-Regierung eine empfindliche Erhöhung der Mindestumtauschsätze für DDR-Besucher (von 13 auf 25 Mark pro Tag). In diese gespannte Atmosphäre fiel der erste Besuch von Honecker in einem westlichen Land: Österreich. Bruno Kreisky erklärte in der Tischrede beim Bankett für den Gast, man solle die Erhöhung der Umtauschsätze nicht dramatisieren, und der Staatsratsvorsitzende revanchierte sich mit einem Auftrag für die wirtschaftlich schwer angeschlagene Vöest: Dem Bandstahlkombinat »Hermann Matern« in Eisenhüttenstadt sollte der österreichische Konzern ein komplettes Konverterstahlwerk liefern. Der Auftrag im Wert von 1,7 Milliarden D-Mark wurde am 12. November 1980, während Honeckers Österreich-Aufenthalts,

paraphiert. Der westdeutsche Krupp-Konzern, der sich ebenfalls beworben hatte, ging leer aus. Schon damals mutmaßte das »Handelsblatt«, die Vergabe nach Österreich könne »nur politische Gründe haben«.

Von dem Ärger über die österreichische Konkurrenz natürlich völlig unbeeinflußt sind die Aktionen, die sich nun gegen den Vermittler (Provision: 25 Millionen Mark) des Vöest-Deals, die Novum, richten. Seit 1990 arbeitet eine »Unabhängige Kommission« daran, die DDR-Parteivermögen zu erfassen, unter die Verwaltung der Treuhandanstalt zu stellen und, falls sie unrechtmäßig erworben wurden, zugunsten der BRD einzuziehen. Die Kommission, die es zuließ, daß die FDP sich am Vermögen der Blockparteien LDPD und NDPD gesundstieß, sah es von Anfang an als ihre Hauptaufgabe an, die PDS zu enteignen; so nahm sie sogar die Berliner PDS-Zentrale, das Karl Liebknecht-Haus, das die KPD 1927 erworben hatte, unter treuhänderische Verwaltung (s. KONKRET 1/92). Als die Arbeitsgruppe Regierungskriminalität dann bei einer Durchsuchung der Kanzlei der Notarin Gentz zufällig Treuhandverträge von Novum-Geschäftsführern zugunsten der SED-Firma Zentrag fand, war dies Anlaß, die Novum qua Verwaltungsakt der TA einzuverleiben und einen TA-Geschäftsführer einzusetzen.

Da die KPÖ-Verantwortlichen in weiser Voraussicht die Novum-Gewinne der letzten Jahre auf Schweizer und österreichische Nummernkonten in Sicherheit gebracht hatten, prozessiert man nun in diesen drei Ländern um den Besitz an der Handelsfirma. Wegen der eigenartigen Gesetze, die in Deutschland seit 1989/90 gelten, wurde gegen die letzte Novum-Chefin Rudolfine Steindling sogar Strafanzeige erhoben: Die Novum, so die Berliner Staatsanwälte, sei nach dem DDR-Parteiengesetz schon seit dem 7. Oktober 1989 Eigentum zunächst der DDR, dann der BRD gewesen, so daß sie, Steindling, das Vermögen der Firma veruntreut habe. Der Nachweis, daß es sich bei der Novum um SED-Eigentum handele, wird den deutschen Behörden allerdings schwerfallen. Denn die Firma operierte getreu der Losung, unter der ihre Eigentümerin KPÖ jahrzehntelang in die Wahlkämpfe zog: »Immer für Österreich!«

Die rechtliche Grundlage für den TA-Coup ist der Paragraph 20 des Parteiengesetzes, das die DDR-Volkskammer am 21. Februar 1990 beschlossen hat. Die Volkskammerabgeordneten, die davon ausgehen mußten, daß auf SED-Konten nicht unbedingt »SED« draufstand, legten im Parteiengesetz die Schlinge aus, in die nun – wenn alles mit rechten Dingen zugeht – die Treuhand tappen wird. Bei der Beurteilung der Eigentumsverhältnisse von Vermögen, das möglicherweise DDR-Parteien zuzurechnen wäre, so heißt es im Paragraph 20 a, sei »wirtschaftliche Betrachtungsweise zugrundezulegen«. Das heißt: Es kommt nicht auf das formale Eigentum an, sondern darauf, wer tatsächlich Verfügungsgewalt (gehabt) hat. Die Formel, gewählt, um an den SED-Strohmännern vorbeizukommen, greift auch im Fall der Novum – nur ist die SED hier selbst der Strohmann.

Und zwar vermutlich ohne ihr Wissen, wie SED-interne Dokumente nahelegen. Das erste Dokument dieser Art tauchte im März 1993 auf und wurde im »Neuen Deutschland« veröffentlicht: Auf der Sitzung des SED-Politbüros vom 8. Dezember 1987 wurde nach einem Besuch des KPÖ-Vorsitzenden Franz Muhri beschlossen, daß »entsprechend der von Franz Muhri geäußerten Bitte... die Zusammenarbeit mit der Firma der KPÖ ›Novum‹ weitergeführt« werde. Die Bitte hatte Muhri im persönlichen Gespräch mit Erich Honecker vorgebracht: »Wir wünschen uns, daß die Firma ›Novum‹ ihre Vertretung in der DDR behalten kann und daß ihre Möglichkeiten im Handel mit der DDR im bisherigen Umfang weiter garantiert werden.«

Warum ein solches Eingreifen von höchster Stelle gelegentlich nötig wurde, zeigt ein Brief, den der damals stellvertretende Außenhandelsminister der DDR, Gerhard Beil, am 1. November 1968 an den Leiter der Abteilung Handel, Versorgung, Außenhandel im ZK der SED, Hilmar Weiß, schrieb. Beil übergab Weiß »eine Aufstellung über befreundete österreichische Firmen, mit denen die DDR im Export und Import zusammenarbeitet«. Die Liste, erstellt am 24. Oktober 1968, enthält ausschließlich KPÖ-Firmen, darunter auch die Novum mit der Bemerkung: »vertritt Schweizer Chemiekonzern Ciba in der DDR (Ex-/Import)«. Im weiteren schlägt Beil vor: »Übernahme der Vertretung des Schweizer Chemiekonzerns Ciba durch eine Vertreterfirma der DDR. Damit würde eine jährliche Vertreterprovision von ca. 200.000,-- M zusätzlich zur Verfügung stehen.«

Dieser Versuch, den KPÖ-Firmen das lukrative Vermittlergeschäft abspenstig zu machen, blieb nicht der einzige; Beil jedoch wurde als Außenhandelsminister zum Vertrauensmann der Österreicher, jedenfalls zu dem von Rudolfine Steindling, Novum-Chefin seit 1973 und seitdem eine der wichtigsten Personen im gesamten KPÖ-Wirtschaftsbereich. Nun war es Beils Gegenspieler Alexander Schalck-Golodkowski, der mit der Novum konkurrierte. Vor allem die Koko-Firma Transinter versuchte immer wieder, die KPÖ-Kunden direkt zu gewinnen. Doch die legten sich quer: »Wir stellten fest, daß diese Unternehmen auf der Vertretung durch Novum beharrten und somit unsere Anstrengungen, die Vertretung zu erhalten, keinen Erfolg hatten«, erklärte der Ex-Geschäftsführer der Transinter, Helmut Schindler, dem Verwaltungsgericht Berlin.

Von der Konkurrenz zwischen der Novum und DDR-Firmen berichten auch die durch die KPÖ vertretenen Firmen. So erklärte der ehemals für den Osthandel verantwortliche Ciba Geigy-Manager Werner Schmassmann: »Wir haben die Novum als österreichische Firma bewußt ausgewählt, weil wir so eine Zwangsintegration in die offizielle staatliche

Vertretungsorganisation Transinter vermeiden konnten. Bei dieser letzteren Organisation hätten wir keinerlei Mitspracherecht gehabt... Auch schätzten wir die Zusammenarbeit mit der Novum, weil diese österreichische Organisation gegenüber den offiziellen DDR-Stellen zwar eine realistische, aber stets kritische Haltung einnahm.« Und der frühere Generalsekretär der Vöest, Peter Strahammer, bestätigte in einer Eidesstattlichen Versicherung auch die Bedeutung der Gespräche des KPÖ-Chefs: »Der Vertretervertrag mit der Firma Novum stand während meiner Funktionszeit... intensiv zur Diskussion, da von der DDR-Firma Transinter... massiv Druck ausgeübt worden ist, statt der Firma Novum eine der im Einflußbereich der Firma Transinter befindlichen Vertretungsfirmen mit der Wahrnehmung der Interessen der Vöest-Alpine in der ehemaligen DDR zu betrauen. Die Änderung des Vertretungsverhältnisses erfolgte letzten Endes deshalb nicht, weil sich der damalige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Österreichs, Herr Muhri, intensiv dafür eingesetzt hat, weiterhin die Firma Novum mit der Vertretung der VA-Interessen in der DDR betraut zu lassen.«

Die Transinter, verärgert über den erfolgreicheren Konkurrenten, setzte schließlich eine 50prozentige Beteiligung an den Novum-Provisionen durch – ohne jede Gegenleistung, wie die Österreicher versichern.

Läßt dieser Konkurrenzkampf die Behauptung, die Novum habe der SED gehört, schon ziemlich unwahrscheinlich erscheinen, so weisen auch sämtliche anderen Kriterien für das tatsächliche Eigentum nach Österreich: Bis 1990 waren alle Geschäftsführer und Gesellschafter der Novum österreichische Staatsbürger; sie alle haben erklärt, Weisungen stets nur von der KPÖ-Führung erhalten zu haben; sie wurden mit KPÖ-Geldern bezahlt und überwiesen die Gewinne der Novum auf Konten, aus denen sich ausschließlich die KPÖ bediente. Das Bürogebäude der Novum, das sie während des Booms der siebziger Jahre in der Wönnichstraße in Berlin-Lichtenberg baute, wurde nach Entwürfen österreichischer Architekten mit österreichischen Materialien von österreichischen Bauarbeitern hochgezogen. Auch die Gelder für den laufenden Betrieb kamen aus Österreich. Der früheste Beleg dafür stammt aus dem Jahr 1959. Ernst Lange, damals ZK-Sekretär für Außenhandel, hatte 1956 den Auftrag bekommen, parteieigene Handelsunternehmen aufzulösen. Mit Schreiben vom 31. 12. 1959 berichtete er dem »lieben Genossen Ulbricht« in einem Tonfall, der im Gegensatz zu den bürokratischen Korrespondenzen der Honecker-Zeit noch an die schnoddrige Schlitzohrigkeit der Arbeiterbewegung erinnert: »In diesem Zusammenhang möchte ich Dir noch von einigen früheren Regelungen zu den ausländischen Bruderparteien berichten, damit Du den gegenwärtigen Stand kennst:... b) KPÖ, haben im demokratischen Sektor von Berlin 2 Handelsbüros. Ihre Finanzierung erfolgt durch die österreichischen Genossen mittels Westmark, die von uns zum Schwindelkurs in DM der DN (D-Mark der Deutschen Notenbank, dies war der Name der DDR-Währung; BG) umgewandelt werden. Diese Regelung besteht seit ca. 1950/51.« Die beiden Handelsbüros waren zu dieser Zeit die Novum und die Repräsentanz einer anderen KPÖ-Firma, der Batimex. In den achtziger Jahren regelte Steindling die Finanzierung bargeldlos: Per vierteljährlichem Dauerauftrag überwies sie 90.000, später 117.000 D-Mark an die SED, die ihr dafür, zum »Schwindelkurs«, Mark der DDR überließ.

Die Novum war jedoch zeit ihres Bestehens in einer prekären Situation: Firmen mit Sitz in der DDR durften eigentlich nicht in ausländischem Besitz sein. 1951, in der Gründerzeit der DDR, schien das für eine Firma, die auf eine direkte Absprache der SED mit einer Bruderpartei zurückging, noch kein Problem zu sein. Doch schon sechs Wochen nach der Gründung der Novum erlebten die KPÖ-Treuhänder die Leistungsfähigkeit einer sozialistischen Bürokratie. Als der erste Geschäftsführer Rein bei einem Unfall ums Leben kam und seine Nachfolger Robert Bondy und Ernst Müller aus Wien anreisten, schritten die DDR-Behörden ein: Die vorgelegte Erklärung der Rein-Erbin, in der sie ihre Geschäftsanteile an Bondy und Müller abtrat, reichte nicht aus, um diese als Gesellschafter einzutragen: Ein Erbschein sollte vorgelegt werden. Dessen Ausstellung zog sich hin, die Novum war monatelang handlungsunfähig.

Um solche Schwierigkeiten mit niederen DDR-Behörden umgehen zu können, ohne jedesmal über die Chefetagen gehen zu müssen, verfielen die Österreicher auf fingierte Treuhanderklärungen. Bei ihrer Notarin Gentz hinterlegte Bondy (nicht jedoch Müller) ein Dokument, in dem er erklärte, das Kapital von der SED-eigenen Zentrag erhalten zu haben, im Auftrag und auf Weisung der Zentrag zu handeln usw. Die Zentrag, gegründet 1945 zur »Anleitung der ihr unterstellten Verlage zur Sicherstellung von SED-Druckaufträgen«, hatte mit dem Außenhandel der DDR, der seit 1949 monopolisiert von vier Außenhandelsgesellschaften verwaltet wurde, überhaupt nichts zu tun – sie war nur ebenfalls Klientin der Novum-Notarin Gentz. Eine solche Erklärung wurde von den meisten – nicht von allen – KPÖ-Treuhändern unterzeichnet. »Die Kontakte mit DDR-Stellen zwecks... abzurechnenden Abgaben, wie Lohnsteuer, oder Regelungen wegen Telefon, Fernschreiber, Einrichtung von Bankkonten, Mietvertrag, Besitz und Betrieb von Fahrzeugen... wären für eine formell ausländische Firma praktisch nicht möglich gewesen«, so Robert Bondy, Novum-Geschäftsführer von 1951-56.

Mit der Zeit traten weitere Gründe hinzu, diese Routine beizubehalten. Als die Firmen der Kommunisten in den siebziger Jahren boomten, waren diese mehr denn je interessiert daran, die Eigentumsverhältnisse zu verschleiern: um die Geschäftspartner ihrer Treuhänder (die den Treugeber natürlich inoffiziell kannten) nicht zu blamieren und um ihr Auslandsvermögen nicht der Österreichischen Nationalbank melden zu müssen.

Bis heute haben die BRD-Behörden weder einen Beleg dafür erbringen können, daß die Zentrag von den Treuhanderklärungen überhaupt wußte, noch daß es irgendeine Weisung gegenüber der Novum, eine Einmischung in die Personalpolitik oder das Geschäftsgebaren gegeben habe, noch daß irgendwelche Novum-Gelder – die Zwangsprovisionen an Transinter ausgenommen – an DDR-Stellen geflossen sind, noch daß irgendeine der für SED-eigene Betriebe vorgeschriebenen Regelungen (Revision der Bilanzen, Rechenschaftspflicht der Leiter) von der Novum eingehalten worden wäre. Umgekehrt bezeugen österreichische Regierungsmitglieder und Manager der verstaatlichten Industrie, daß es ein offenes Geheimnis war, wer hinter Rudolfine Steindling – der für ihre Verdienste 1977 vom österreichischen Staat der Ehrentitel Kommerzialrat verliehen wurde – stand. Norbert Jochum, Ex-Direktor bei Vöest: »In der Branche galt als bekannt, daß die Novum der KPÖ gehörte und daß Frau Kommerzialrat Steindling als Treuhänderin tätig war.« Norbert Steger, FPÖ-Vizekanzler und Handelsminister von 1983-87: »Der Umstand, daß Frau Kommerzialrat Rudolfine Steindling als Treuhänderin der KPÖ auftritt, war meiner Meinung nach allen hieran interessierten Personen bekannt.« Und der bereits zitierte Vöest-Manager Strahammer erinnert sich, daß ihm sein Generaldirektor Apfalter mitgeteilt habe, »daß die Novum eine KPÖ-Firma sei«.

Die Bereitschaft führender österreichischer Industrieller und Politiker, in einem Gerichtsverfahren für kommunistische Geschäftsleute auszusagen, erstaunt nicht, stellt man die Verdienste der KPÖ für das Wohl der österreichischen Industrie in Rechnung. Sie beließ es nicht einfach bei Geschäften zum beiderseitigen Vorteil, sondern wurde auch initiativ, wenn sich Schwierigkeiten auftaten. Als Strauß und Schalck 1983 den Milliardenkredit perfekt machten, war abzusehen, daß sich dies auf den Handel mit Österreich negativ auswirken würde. Die zunehmend BRD-orientierte Außenpolitik der späten Honecker-Ära schlug Mitte der Achtziger mit einem 25prozentigen Rückgang des Handelsvolumens der DDR mit Österreich zu Buche. Rudolfine Steindling wurde bei ihrem Freund Gerhard Beil vorstellig, um Maßnahmen vorzuschlagen, die diesen Trend stoppen sollten. Ihr Vorschlag, die KPÖ selbst könne ja der DDR ebenfalls einen Kredit geben, wurde aufgegriffen: Nach Absprache mit dem Direktor der Deutschen Außenhandelsbank zahlte die KPÖ bei der DDR-Devisenbank 100 Millionen D-Mark ein; das Handelsvolumen stabilisierte sich. – »Immer für Österreich!« Als der ungeliebte Novum-Partner Transinter durch massiven Druck die Erhöhung der Provision für Vöest-Aufträge von 2,5 auf 4 Prozent durchsetzte, vereinbarte Steindling mit der Vöest die Rückzahlung von 0,75 Prozent der Auftragssumme durch andere KPÖ-Firmen – die Novum erhielt demnach wie zuvor 1,25 Prozent und profitierte nicht von der Erhöhung der Provision. – »Immer für Österreich!«

Das Bekenntnis zu Österreich, das bei allem eigenen Nationalismus stets auch ein antideutsches Bekenntnis ist, ist für die KPÖ bis heute identitätsstiftend geblieben. Ihrem Vorsitzenden Koplenig zu Ehren errichtete sie vor ihrer alten Parteizentrale einen Stein mit der Aufschrift: »Zum Gedenken an Johann Koplenig / Vorsitzender der KPÖ von 1924 bis 1965 / Mitgründer der II. Republik Österreich«. Konsequenterweise vermuten sie, voller Respekt vorm Big brother im Norden, hinter dem Vorgehen der deutschen Behörden einen »Rachefeldzug gegen die KPÖ und nicht zuletzt gegen Österreich« (KPÖ-Finanzreferent Graber). Wahrscheinlicher ist wohl eine banalere Erklärung. Die zuständigen Beamten, die den Wahn, hinter jeder Ecke lauerten SED- oder Stasi-Seilschaften, wenn nicht als Einstellungsvoraussetzung mitbringen, so doch wenigstens als Berufskrankheit davontragen, hatten wohl schlicht keine Ahnung von der KPÖ als Wirtschaftsmacht. Daß eine 5.000-Mitglieder-Partei eine millionenschwere Handelsfirma besitzen konnte, überstieg ihre Vorstellungskraft. Die TA legte Anfang 1992, als sie meinte, Lunte gerochen zu haben, eine Liste mit den Namen von 50 Firmen vor, die ihrer Meinung nach ebenfalls in SED-Besitz gewesen seien – darunter so klare Fälle wie der KPÖ-Verlag Globus, gegründet 1945, als weder die DDR noch die SED existierten. Das ging sogar dem ansonsten voll auf Treuhand-Linie argumentierenden österreichischen Nachrichtenmagazin »profil« zu weit: »Der Besitzanspruch der Deutschen auf die 50 Firmen schießt tatsächlich übers Ziel.«

Die Ausgangsthese der Berliner Ermittler von Treuhand, AG Regierungskriminalität und Unabhängiger Kommission ist die paranoide Vorstellung einer kommunistischen Weltverschwörung. Wem was im einzelnen gehört, ist von dieser Warte aus natürlich zweitrangig. Wichtig ist, daß alle, die in Frage kommen, Kommunisten sind, also unter einer Decke stecken und mit Sicherheit nicht rechtmäßig zu ihrem Vermögen gekommen sind. Demselben Muster folgte auch die Berichterstattung über den Fall Novum in Österreich: Auf vielen Seiten wurden in »profil« und »Wirtschaftswoche« mit aufwendigen Grafiken Geldflüsse nachgezeichnet, Kontonummern und Bankadressen aufgelistet, ohne etwas zur Klärung der Frage beizusteuern, wem das verschobene Geld denn nun eigentlich gehört. Es galt, den bloßen Eindruck zu erwecken, daß da jemand etwas zu verbergen habe. Und es galt und gilt, die DDR als ein Wesen darzustellen, das – unterstützt von Helfershelfern im Westen – neben dem Erschießen von Grenzgängern und dem Bespitzeln von Dichtern keine weiteren Hobbys hatte als die Akkumulation von Schwarzgeld auf Nummernkonten.

Erst wenn weltweit alle »verschwundenen Milliarden der DDR-Bonzen... aufgespürt und beschlagnahmt sind, ist die Deutsche Demokratische Republik mit ihren senilen und korrupten Machthabern endgültig tot«, schrieb »profil« in seiner ersten Novum-Reportage. Darum geht es. Wie die Dinge liegen, wird die Aufklärung des Falls Novum den Sterbeprozeß

nicht beschleunigen können.

Boris Gröndahl schrieb in KONKRET 5/93 über das Ende der 68er

Konkret 07/93, S. 34

Karl Rössel

Die Renaissance des europäischen Imperialismus I

Seit 35 Jahren betreibt die europäische Bourgeoisie ihr Projekt E(W)G – mit immer noch zunehmendem Erfolg, wie das »Ja« der dänischen Bevölkerung und die Zustimmung des britischen Parlaments zu den Verträgen von Maastricht gezeigt haben. Die (bundes)deutsche Linke aber hat sich zunächst gar nicht und später allenfalls am Rande mit dem Wachsen eines eigenständigen imperialistischen Blocks in Westeuropa auseinandergesetzt. Erster Teil der Geschichte eines linken Versäumnisses

Die Gründung der EWG – kein Grund zur Aufregung

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurde – wie auch die Europäische Atomgemeinschaft – mit Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 gegründet. Diese traten am 1. Januar 1958 in Kraft. Vorläufer einer westeuropäischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet war die 1951 gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die »Montanunion«. Ihre Funktion hatte der französische Außenminister, Robert Schumann, schon 1950 so beschrieben: »Der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, ist unerläßlich für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen... Diese Produktion wird der gesamten Welt ohne Unterschied und Ausnahme zur Verfügung gestellt werden, um zur Hebung des Lebensstandards und zur Förderung der Werke des Friedens beizutragen. Europa wird dann mit vermehrten Mitteln die Verwirklichung einer seiner wesentlichen Aufgaben verfolgen können: die Entwicklung des afrikanischen Erdteils.« In den Römischen Verträgen der EWG ist dann allerdings nur noch von europäischen Eigeninteressen die Rede: »Aufgabe der Gemeinschaft ist, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und eine engere Beziehung zwischen den Staaten zu fördern« (EWG-Vertrag, Art. 2).

Von Anfang an diskutierten die EG-Gründer nicht nur über eine »gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittländern«, sondern auch über die Etablierung »besonderer Beziehungen« zu »ihren Überseegebieten«. Vor allem Frankreich, Belgien und die Niederlande machten ihren Beitritt zur EWG von der Sicherung ihrer Interessen in den ehemaligen und noch bestehenden Übersee-Kolonien abhängig, die weiterhin fest an dieeuropäischen Kolonialmächte gebundenbleiben sollten. Frankreich bestand garauf einer vollständigen Einbeziehung »sei-ner« Kolonialgebiete in die Wirtschaftsgemeinschaft – nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus militärischen Gründen (Atomtests in der Sahara und auf Französisch-Polynesien).

Schon 1958 richtete die EWG den »ersten Europäischen Entwicklungsfond (EEF)« für »überseeische Länder und Territorien« ein. Die europäischen Kolonien wurden in der Sprache der EWG-Bürokraten zu »Überseeterritorien« der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erklärt (und werden zum Teil noch heute in dieser Form als EG-Kolonien behandelt), obwohl diese Länder tausende Kilometer von Europa entfernt etwa in der Karibik oder im Pazifik liegen. Schon die Gründer der EWG diskutierten darüber hinaus über die Entwicklung von Instrumenten zur »Kooperation« auch mit anderen »überseeischen Ländern«, um die (neo)koloniale Abhängigkeit der Dritten Welt auch nach ihrer sich damals weltweit abzeichnenden und kaum mehr aufzuhaltenden formalen politischen Unabhängigkeit zu zementieren. Dazu gehörten die »Assoziierungsabkommen von Jaundé« mit zunächst 18 unabhängigen afrikanischen Staaten und Madagaskar (1963).

Erklärtes Ziel der EWG war von Anfang an die Sicherung ihrer Rohstoffquellen und Absatzmärkte, sprich: der Ausbau des europäischen Wohlstands auf Kosten der Dritten Welt. So förderte der Europäische Entwicklungsfonds in der Dritten Welt z.B. stets stärker den Anbau von Nahrungsmitteln, die zum Export nach Europa bestimmt waren (cash crops) als den zur Selbstversorgung der hungernden Bevölkerung vor Ort (food crops). Bis 1975 wurden aus den Mitteln der ersten drei Europäischen Entwicklungsfonds insgesamt 1,9 Millionen Hektar cash crops gegenüber 1,8 Millionen Hektar food crops finanziert.

Seit Anfang der sechziger Jahre setzte die EWG ihre Projektmittel dann auch gezielt zur Erschließung größerer potentieller Absatzmärkte für europäische Produkte ein. So förderte sie frühzeitig die »regionale Zusammenarbeit« der in Unterentwicklung gehaltenen Länder der Dritten Welt und finanzierte zum Beispiel bereits ab 1960 länderübergreifend den Bau von Straßen und Eisenbahnen in West- und Zentralafrika. (Und stolz hob die EG-Kommission im Rückblick ihre ideologische Patenschaft bei der 1969 erfolgten Gründung des »Anden-Paktes« der lateinamerikanischen Staaten Chile, Kolumbien, Ecuador, Bolivien und Peru hervor: »Die institutionelle Gestaltung des Anden-Pakts ist der Europäischen Gemeinschaft ähnlich: Seine ›Comisión‹ entspricht dem EG-Ministerrat, sein ›Junac‹ der EG-Kommission. Die Organisation besitzt auch einen Wirtschafts- und Sozialausschuß, einen Gerichtshof und ein Parlament sowie eine Andenwährung, den Peso.«)

Als in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die Grundlagen der (neo)kolonialen europäischen Politik durch die EWG gelegt wurden, regte sich in der Bundesrepublik dagegen keinerlei Opposition: Es gab noch keine Internationalismus-Bewegung, die sie hätte organisieren können.

Die Sache Europas in Algerien

Erst Ende der fünfziger Jahre entstanden in der Bundesrepublik die ersten kleinen Gruppen, deren Ziel es war, praktische internationale Solidarität zu üben. Ausgangspunkt dafür war die Empörung in einigen Jugendorganisationen (wie den Falken und der Naturfreundejugend) und in dem damals noch sozialdemokratischen Studentenverband SDS über den Krieg, den das Nachbarland Frankreich in Algerien führte, um die politische Unabhängigkeit dieses Landes zu verhindern. Die ersten Solidaritätsgruppen unterstützten die algerische Befreiungsbewegung »Front de Libération Nationale« (FLN) in ihrem bewaffneten Kampf gegen die Kolonialmacht. Dem Vernichtungskrieg der Franzosen fiel von 1954 bis 1962 ein Sechstel der algerischen Bevölkerung zum Opfer. Dabei wurde von der bundesdeutschen Algeriensolidarität durchaus registriert, daß Politiker wie der damalige Bundestags-Vizepräsident Jaeger offen erklärten, daß »die Sache Frankreichs in Algerien die Sache Europas« sei. Und es war bekannt, daß der Algerienkrieg von dem »Sozialisten« (und späteren Hauptprotagonisten der Europäischen Vereinigung in Frankreich) Francois Mitterand mit geführt und gerechtfertigt wurde. (Mitterand war damals Innenminister und erklärte in dieser Funktion: »Algerien ist und bleibt Frankreich.«)

1961 stellte Hans Magnus Enzensberger zur Eröffnung einer Ausstellung über den Algerien-Krieg in Frankfurt fest: »Der algerische Krieg wird in unserem Namen geführt, er wird geführt mit den Truppen der Nato, von den Stützpunkten der Nato aus, mit dem Kriegsmaterial und auf Kosten der Nato. Jeder Franc, mit dem die Napalmbomben und die Folterer bezahlt werden, erscheint auf der Zahlungsbilanz zur ›gemeinsamen Verteidigung‹ der Nato.«

Die Kollaborateure der französischen Kolonialkrieger in den anderen west-europäischen Regierungen waren damit benannt. Nur die Tatsache, daß Frankreich im Algerienkrieg bereits logistische und wirtschaftliche Rückendeckung von der neugegründeten Institution EWG erhielt (die etwa mit Sonderkrediten die kriegsbedingt belastete französische Zahlungsbilanz auszugleichen half), spielte in der Debatte der marginalen deutschen Algerien-Solidarität auch weiterhin keine Rolle.

Bezeichnend für dieses Defizit ist, daß das 1961 verfaßte theoretische Hauptwerk der algerischen Revolution, »Die Verdammten dieser Erde« von Frantz Fanon (mit einem durchaus europakritischen Vorwort von Jean Paul Sartre), erst zu Beginn der Studentenbewegung 1965 – also drei Jahre nach dem Ende des Algerienkrieges – in einer deutschen Übersetzung publiziert wurde. Fanon formulierte in diesem Buch den bis heute radikalsten Angriff gegen das (west)europäische Herrschaftsprogramm, das sich schon damals hinter fortschrittlich klingenden Reden über »Demokratie« und »Menschenrechte«, über »Freiheit« und »europäische Zivilisation« verbarg. Er schloß mit der Aufforderung an seine antikolonialen »Kampfgefährten« in aller Welt, dieses Europa nicht weiter »nach(zu)äffen«: »Mit Energie, Zynismus und Gewalt hat Europa die Führung der Welt übernommen. Seht, wie der Schatten seiner Monumente sich ausbreitet und vergrößert. Jede Bewegung Europas hat die Grenzen des Raumes und des Denkens gesprengt. Europa hat jede Demut, jede Bescheidenheit zurückgewiesen, aber auch jede Fürsorge, jede Zärtlichkeit. Nur beim Menschen hat es sich knausrig gezeigt, nur beim Menschen schäbig, raubgierig, mörderisch. Brüder, wie sollten wir nicht begreifen, daß wir etwas Besseres zu tun haben, als diesem Europa zu folgen.«

Aber bei Fanon wie bei Sartre fehlte noch jeder Hinweis darauf, daß sich dieses Europa mit Hilfe seiner Wirtschaftsgemeinschaft längst anschickte, die von einer wachsenden Zahl von »Verdammten dieser Erde« verweigerte Gefolgschaft mit ökonomischer und, wenn nötig, auch militärischer Gewalt weiter zu erzwingen.

1968: Die erste Kritik an der EWG

Antikoloniale und antiimperialistische Theorien wie die von Fanon (und in anderer Form von Che Guevara) prägten die Haltung der in den sechziger Jahren langsam wachsenden bundesdeutschen Internationalismus-Bewegung. Sie wurden vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) aufgegriffen und konkretisiert durch Kritik am Apartheidregime in Südafrika (1963), Proteste gegen den kongolesischen Ministerpräsidenten, Moise Tschombé, dem Statthalter »belgischer, englischer und amerikanischer Kapitalisten« und »Mörder« des angesehenen schwarzen Fürsprechers einer afrikanischen Unabhängigkeit, Patrice Lumumba (1964), und mit Demonstrationen gegen den diktatorisch herrschenden Schah von Persien, Reza Pahlawi, einem bevorzugten Handelspartner, Öl-Lieferanten und Waffenkunden der Bundesrepublik (1967). Daß die EWG schon 1963 mit dem Schahregime ein Handelsabkommen geschlossen hatte, blieb in den Flugblättern des SDS unerwähnt.

Auch die Auswirkungen des zunehmend koordinierten Vorgehens der EWG-Mitgliedsstaaten gegenüber der Dritten Welt wurden noch nicht gesehen. Die schnell wachsende Internationalismus-Bewegung der sechziger Jahre konzentrierte sich auf ein anderes Thema: auf die Opposition gegen den US-Aggressionskrieg in Vietnam. Im Mittelpunkt des

internationalistischen Diskurses stand deshalb die Auseinandersetzung mit dem US-Imperialismus. Dabei wurde allerdings durchaus thematisiert, daß die Flächenbombardements und Massaker der US-Truppen in Vietnam nur die Fortsetzung des Krieges waren, den zuvor schon die europäische Kolonialmacht Frankreich in Indochina geführt hatte, und daß auch der US-Krieg in Asien nicht zuletzt im europäischen Interesse und mit europäischer Hilfe weitergeführt wurde. (»Die 100 Millionen Mark, die Bonn nach Vietnam geschickt hat, haben nichts mit Vietnam, aber sehr viel mit Bonner Politik zu tun«, Ulrike Meinhof, 1966.)

Im Vorwort zur Dokumentation der Reden, die auf dem »Internationalen Vietnam-Kongreß« gehalten wurden, findet sich dann 1968 – elf Jahre nach Gründung der EWG – erstmals eine klare Beschreibung ihrer Ziele: »Ein Zusammenschluß europäischer Staaten könnte ähnliche Ansprüche auf politische Einflußsphären als wesentlichem Element imperialistischer Politik erheben, wie die USA es heute tun. Der wirtschaftliche Druck als Mittel dieser Politik ist bereits in den Verträgen der EWG und den Bestimmungen über die Assoziierung der Länder angelegt, die sich der Arbeitsteilung auf europäischer Ebene unterwerfen wollen. Die Unterzeichnung der EWG-Verträge kommentierte die ›Frankfurter Allgemeine Zeitung‹ am 27. März 1957: ›Die Vorstellung, daß wir, gleichsam in ihrer letzten Stunde, an der europäischen ›Kolonialpolitik‹ beteiligt werden, hat etwas Erregendes...‹ Hans von Bloeckh, der als Mitglied der bundesdeutschen Delegation an dem Abschluß des Vertrages beteiligt war, kommentierte den Erfolg der Delegation auf einer Wirtschaftskonferenz in Königswinter (22./23. März 1957): ›Früher pflegte man große Ereignisse dieser Art durch Feldherren, Generäle und Schlachten zu gestalten. Heute machen wir es mit Verträgen; ich glaube, daß das, was wir auf diese Weise mit juristischen Artikeln geschaffen haben, mindestens ebensogut, hoffentlich besser und auch beständiger ist.‹ Über die Assoziierungsverträge konnte z.B. der französische Imperialismus die formal von ihm losgelösten Länder West- und Zentralafrikas in seiner Einflußsphäre festhalten. Gemeinsame Projekte, die eine größere Ausweitung der Technik ermöglichen, die allein der Abwerbung der Wissenschaftler durch die USA begegnen können, sowie eine zunehmende Konzentrierung und Internationalisierung des Kapitals im Rahmen der EWG sind das Produkt dieser Entwicklung.«

Doch so treffend diese Analyse auch war, praktische Konsequenzen hatte sie nicht. Und abgesehen von dem hier zitierten Text war weder in den vielen Reden noch in der Schlußerklärung des Vietnam-Kongresses von der EWG weiter die Rede. Offensichtlich wurde die Konsolidierung eigenständiger und auch in Konkurrenz zu den USA tretender imperialistischer Interessen West-Europas wenn überhaupt, dann allenfalls als Gefahr einer fernen Zukunft gesehen, nicht jedoch als bereits real betriebene Politik. Dementsprechend richtete sich auch die auf dem Kongreß geäußerte Kritik lediglich pauschal gegen »die Handlanger der USA in Westeuropa«, nicht jedoch gegen die von ihnen geschaffene Institution EWG. Der SDS-Theoretiker Hans-Jürgen Krahl sagte auf dem Kongreß: »Die europäischen Nato-Länder nehmen gegenwärtig eine vor allem ökonomische Entlastungsfunktion für den US-Imperialismus wahr.« Daß die EWG längst dabei war, mit wirtschaftlichen Mitteln ihre »politischen Einflußsphären« in der Dritten Welt zu sichern und EWG-Mitgliedsstaaten wie Frankreich und Belgien dabei auch vor dem Einsatz militärischer Mittel in traditionell imperialer Manier nicht zurückschreckten, wurde von der Studentenbewegung allenfalls am Rande thematisiert.

Ausgehend von einem wohl zu Recht unterstellten Schulterschluß der westeuropäischen Regierungen mit den USA beschloß der Vietnam-Kongreß im Februar 1968, »in Aktionen und Demonstrationen eine Kampagne ›Zerschlagt die Nato‹ (zu führen)«, um auf diese Weise den vietnamesischen Befreiungskampf »in die Metropolen« zu tragen – auch nach Westeuropa. Auf dem Kongreß wurde hierzu die berühmte Aufforderung Amilcar Cabrals, des Revolutionärs aus der damals noch portugiesischen Kolonie Guinea Bissau, an die westliche Linke zitiert: »Wir verlangen von euch einzig und allein, euch an eurem Platz zu bewähren. Wenn ihr in eurem Land gegen den Imperialismus kämpft – wenn ihr dem Kapitalismus seine eigentliche Grundlage entzieht, helft ihr uns am meisten. Wir glauben, daß Arbeiterbewegungen uns wirklich helfen, wenn sie die kapitalistischen Strukturen in ihrem eigenen Land bekämpfen.«

Zu den »kapitalistischen Strukturen«, denen in West-Europa »die Grundlage« zu entziehen gewesen wäre, gehörte die EWG. Doch die Studentenbewegung richtete sich als außerparlamentarische Opposition nahezu ausschließlich gegen die USA und »gegen das Establishment der Bundesrepublik«. Sie »kämpfte« gegen die restaurative Nachkriegsgesellschaft, die alten Nazis in neuen Positionen, das kapitalistische bundesdeutsche Wirtschafts(»wunder«)system die Notstandsgesetze, die Springer-Presse, die Waffenexporte bundesdeutscher Konzerne und die bundesdeutsche Kriegskollaboration innerhalb der Nato. Aktionen gegen Institutionen der EWG gab es nicht. Daß diese damals schon mehr als ein Jahrzehnt an besonderen und besonders schlagkräftigen, weil übernational organisierten, kapitalistischen Strukturen für ein wirtschaftlich wie politisch mächtiges Westeuropa arbeitete, wurde von der theoretisch versierten und in ihrer Praxis radikal systemkritischen Internationalismus-Bewegung der sechziger Jahre nicht wahrgenommen. So findet sich etwa im »Kursbuch« – damals das theoretische Zentralorgan der Studentenbewegung – von 1965 bis 1970 kein einziger Beitrag, der sich mit der EWG im allgemeinen oder ihrer spezifischen Form der »Entwicklungspolitik« im besonderen auseinandersetzt. Auch in anderen linken Zeitschriften wie »konkret« und»Argument«, in den Schriften von RudiDutschke, Ulrike Meinhof und anderen Theo-retikern der Apo kam die EWG nicht vor.

Derweil schritt der westeuropäische Formierungsprozeß stetig voran. Am 1. Juli 1967 (also zur Hoch-Zeit der europäischen Studentenbewegung) kam es zur 1965 beschlossenen Fusion der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit der

Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS/Montanunion) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) zu den »Europäischen Gemeinschaften« (EG). (Mit dem weiteren Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit der EG-Staaten trat später der Singular »Europäische Gemeinschaft« an die Stelle des 1967 gewählten Namens.) Damit verbunden war die Konstituierung eines »gemeinsamen Agrarmarktes«, der zum Abbau von Zöllen für Agrarprodukte innerhalb der EG und zu erheblichen Nachteilen für die Agrar-Produzenten in der Dritten Welt führte. In den sechziger Jahren entstanden auch die bis heute bestehenden Organe der EG: das Europa-Parlament, das zunächst nicht gewählt wurde, sondern sich aus Delegierten der nationalen Parlamente zusammensetzte; der Ministerrat, in dem Vertreter der nationalen Regierungen nach Ressorts getrennt saßen; die EG-Kommission und der Europäische Gerichtshof, die ebenfalls von den Regierungen, nicht von den Parlamenten bestückt wurden. So hierarchisch, wie sie von Anfang an aufgebaut waren, hätten diese Institutionen eigentlich den fundamentalistischen Systemkritikern der Apo gute Belege für den undemokratischen Charakter der Institutionen kapitalistischer Gesellschaften liefern können. Schließlich kennt die EG bis heute keine Trennung zwischen Exekutive und Legislative. Die im Ministerrat agierenden Regierungsvertreter der EG-Mitgliedsstaaten sind zugleich Gesetzgeber, ohne sich dafür auch nur den Schein einer demokratischen Legitimation verschafft zu haben. Und die überwiegend akklamatorische Funktion des einflußlosen Europa-Parlaments war damals noch deutlicher als heute. Erst seit 1979 wird das Europäische Parlament direkt gewählt, von wesentlichen Entscheidungen ist es jedoch bis heute ausgeschlossen.

Als all dies konzipiert und entwickelt wurde, beschäftigte sich nur eine Seite mit der EG: die ihrer Betreiber in den westeuropäischen Regierungen und Konzernetagen. Damals arbeiteten die sechs Gründungsstaaten der EG (Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Italien und die Bundesrepublik) intensiv an der Erweiterung der Gemeinschaft. Die Integration der südeuropäischen Länder wurde bereits ebenso zielstrebig betrieben wie der Ausbau »besonderer Beziehungen« zu den außereuropäischen Anrainer-Staaten des Mittelmeeres. Auch gab es bereits erste Diskussionen über die genauere vertragliche Festschreibung der EG-Außen(handels)politik gegenüber den ehemaligen europäischen Kolonien in Afrika, der Karibik und in der Pazifik-Region (im EG-Jargon fürderhin »AKP-Staaten« genannt). Die Assoziationsabkommen der EG mit Kenia, Tansania und Uganda im Jahre 1968 waren erste Ansätze in diese Richtung.

Ende 1969 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EG auf einer gemeinsamen Konferenz mit den Außenministern die Beschleunigung der Europäischen Integration, die schrittweise Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion, den raschen Beginn von Verhandlungen mit beitrittswilligen Staaten und die Ausarbeitung von Richtlinien für die politische Zusammenarbeit.

Die geplante Ausdehnung der EG-Machtsphäre ist in einem »Memorandum der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 27.7.1971« so beschrieben: »Es handelt sich sowohl um europäische Länder, deren möglicher Beitritt zur Gemeinschaft sich aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen verzögert (Griechenland, Türkei, Spanien, Portugal, Malta und Zypern), sowie um einige Länder, die geschichtliche Beziehungen mit den Mitgliedsstaaten unterhalten haben und deren Assoziierungs-Absichts-erklärungen vorliegen (Marokko, Tunesien, Algerien, Libyen), und schließlich um Länder, die ein unmittelbares Interesse an der Entwicklung einer ausgewogenen europäischen Politik im Mittelmeerraum haben (Israel, VAR, Libanon)... Die Bereitschaft dieser Länder zur Zusammenarbeit beruht auf einer gewissen Gleichheit der Interessen.«

Tatsächlich stand hinter der vorgeschobenen »Interessengleichheit« ein klar formuliertes Eigen-Interesse der EG an neuen Formen der Zusammenarbeit mit den südlichen Nachbarländern, wie im Anhang dieses Memorandums auch damals schon nachzulesen gewesen wäre: »Die Mittelmeerländer gleichen das europäische Arbeitskräfte-Defizit aus.« Die Folgen – die gezielte Anwerbung von Millionen Arbeitskräften für die EG aus den genannten Ländern – sind bekannt.

Brüssel via Peking

Schwerpunktthema der bundesdeutschen Internationalismusbewegung blieb auch in dieser Phase die Opposition gegen den von den USA mit Flächenbombardements und ständig erhöhter Truppenpräsenz immer weiter eskalierten Vietnam-Krieg. Dabei wurden die Aktivitäten jedoch schon bald durch interne Auseinandersetzungen gelähmt. Die Auflösung des SDS führte 1969 zur Gründung vieler kleiner und miteinander konkurrierender (Kader-)Parteien (KPD, KPD-ML, KBW, GIM, DKP...). Deshalb erhielt auch die zuvor noch gemeinsam beschlossene »Anti-Nato-Kampagne« nicht die nötige Breite, um Wirkung zu erzielen. Zwar gab es Anfang der siebziger Jahre noch einige größere Demonstrationen, Blockade- und Sabotage-Aktionen gegen US-Einrichtungen, Flugblattaktionen vor Kasernen, das Verstecken von desertierten US-GIs und schließlich auch die Anschläge auf Nato-Institutionen und -Funktionäre durch die Rote Armee Fraktion, deren ideologische Konzepte auf den Analysen der 68-Bewegung beruhten. Doch insgesamt wurde die Internationalismus-Arbeit zunehmend zum Vehikel für partei- und gruppenspezifische Auseinandersetzungen. Gemeinsame Theoriedebatten, Positionsbestimmungen und Aktionen gab es kaum noch. Die auslaufende Vietnam-Bewegung spaltete sich ebenso strikt entlang der neuen Fraktionslinien der bundesdeutschen Linken wie die Chile-Solidarität, die 1973 nach der Ermordung des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende einsetzte. Zwar erschienen jetzt häufiger Analysen der EG in den

Zentralorganen und Theorieblättern der neuen Splitter-Parteien (von der »Kommunistischen Volkszeitung« bis zum »Roten Morgen«), aber sie waren in die strengen ideologischen Raster der jeweiligen (Klein-)Gruppen gepreßt und blieben ohne praktische Konsequenz: Aktionen erwuchsen daraus nicht. Für viele blieb die EG allenfalls ein Nebenwiderspruch, wenn sie nicht gar als eine tendenziell positive Institution »für das europäische Proletariat« angesehen wurde. Als Hauptgegner galten der deutschen Linken andere: den einen die USA, den anderen die Sowjetunion, und manchen beide.

Ein bezeichnendes Beispiel für die Art und Weise der Auseinandersetzung mit der EG in den siebziger Jahren liefern die Publikationen der maoistischen KPD. Ausgehend von der in der Volksrepublik China entwickelten »Drei-Welten-Theorie« wurde darin die EG als eine Einrichtung der europäischen Staaten begrüßt, die notwendig sei, um den Vormachtansprüchen »der beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion« zu begegnen. Nur die beiden Supermächte zählten für die Maoisten damals zur »Ersten Welt« und damit zum gefährlichsten Teil des »imperialistischen Lagers«. Die EG-Länder dagegen wurden als »subimperialistische Industriestaaten« mit den »nichtimperialistischen« Ländern zur »Zweiten Welt« erklärt, während die »unterdrückten Entwicklungsländer« auch in dieser Hierarchie die »Dritte Welt« ausmachten. Da sich der Kampf der (bundesdeutschen) Maoisten, dieser Analyse folgend, vor allem gegen die »Hauptfeinde«, also die »Supermächte USA und Sowjetunion« richtete, schrieben sie der EG eine positive Rolle bei der Verteidigung europäischer Interessen zu. Zur Untermauerung ihrer These scheuten sie sich nicht, ähnlich lautende Visionen von rechten Politikern wie Franz-Josef Strauß zu zitieren, denen sie nur vorwarfen, den Einigungsprozeß Westeuropas bis dahin nicht konsequent genug vorangetrieben zu haben. Kostprobe aus »Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus«, dem »Theoretischen Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)« (1-3/1976): »Für die Haltung des Proletariats gegenüber einem Zusammenschluß von Staaten unter imperialistischen Bedingungen ist... entscheidend, welches Interesse im Vordergrund steht. Handelt es sich um ein Instrument der Hegemonie eines imperialistischen Oberherrn wie beim RGW, so führt das Proletariat den Kampf gegen ein solches Zwangsbündnis als Kampf gegen Ausplünderung und Kontrolle durch die Hegemonialmacht. Bei der EG dagegen kommt es darauf an, welches die gemeinsamen Interessen und Gegner sind, die in erster Linie den Zusammenschluß bestimmen... Unter den heutigen internationalen Bedingungen kann... ein... gemeinsames Interesse in den Vordergrund rücken: die Abwehr der Hegemoniepolitik der Supermächte. Eine Politik der EG wird vom Proletariat unterstützt, soweit sie diesem Ziel dient... Dahinter treten auch die vorhandenen neokolonialen Interessen der westeuropäischen kapitalistischen Staaten zurück. Im Unterschied zu 1915 kann der Zusammenschluß des kapitalistischen Westeuropa also eine positive Bedeutung annehmen inso-weit, wie er sich gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, insbesondere gegen den sowjetischen Sozialimperialismus richtet.«

Als ein weiteres Zeugnis für diese Einschätzung zitierte die KPD damals die Aussage des ehemaligen Präsidenten der EG-Kommission, Sicco Mansholt: »Wir sind in Europa zur Zeit ein Block von neun Ländern: die stärkste Wirtschaftsmacht auf kommerzieller Ebene. Wir schließen Handelsverträge mit den Amerikanern und Japanern, aber eine europäische Außenpolitik besteht nicht. Ab und zu finden Diskussionen, Dialoge, Begegnungen der Außenminister statt. Wer aber lenkt das Weltgeschehen? Das sind die Amerikaner und die Russen... Den Problemen der Verteidigung kann man nicht mehr entrinnen. Wir müssen wissen, ob wir eine europäische Streitmacht wollen oder nicht.«

Bedauernd vermerkten die bundesdeutschen Maoisten nur, daß diese europäischen Großmachtvisionen noch nicht in die Tat umgesetzt worden seien: »Diese Einsichten einiger Politiker bestimmen jedoch die gegenwärtige Lage der EG nicht... Die gegenwärtige Krise der EG ist... gekennzeichnet davon, daß die einzelnen EG-Staaten keine Klarheit und Einigkeit darüber herstellen können, wer der gemeinsame Gegner ist und wie man ihn bekämpfen soll.« Für dieses Fehlverhalten der EG machte die KPD vor allen anderen die BRD verantwortlich, die ihre Vormachtrolle in Europa durch Kollaboration mit den »Supermächten« zu sichern trachte, statt diese gemeinsam mit den anderen westeuropäischen Staaten konsequent zu bekämpfen: »Der Versuch des westdeutschen Monopolkapitals, die Führung innerhalb der EG zu erringen, spaltet Westeuropa und dient dadurch der Hegemoniepolitik der beiden Supermächte. Eine solche Politik ist gesetzmäßig verknüpft mit den Versuchen, ›Sonderbeziehungen‹ zu den beiden Supermächten herzustellen, statt ihnen Widerstand zu leisten... Die Politik der westdeutschen Monopolbourgeoisie steht also in einem krassen Gegensatz zum Interesse der westeuropäischen Völker und Länder, sich gegen die sozialimperialistische Bedrohung zusammenzuschließen. Der Zusammenschluß Westeuropas hängt heute also in erster Linie davon ab, ob die westdeutsche Monopolbourgeoisie bereit ist, aus der sozialimperialistischen Bedrohung die Konsequenz zu ziehen, Kompromisse gegenüber den anderen westeuropäischen Staaten einzugehen, oder ob sie daran festhält, durch Kollaboration gegenüber den USA-Imperialisten und eine Befriedungspolitik gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus ihre Führungsposition in Westeuropa und der EG auszubauen.«

Es liegt auf der Hand, daß Analysen dieser Art keine konsequente Opposition gegen die EG zur Folge haben konnten.

Auch anderen Gruppen schienen in den siebziger Jahren noch die letzten politischen Schachzüge der »revolutionären Führer« in den jeweils zum Vorbild auserkorenen (und bald schon miteinander streitenden, wenn nicht gar Krieg führenden) »Bruderländern« – von Albanien bis Kambodscha, von Vietnam bis zur Volksrepublik China – bedeutsamer als die naheliegendere und langfristig auch folgenschwerere »Verbrüderung« der Herrschenden in Westeuropa.

Auch die (selbsternannte) internationalistische Avantgarde dieser Zeit, die »Metropolenguerilla« der Roten Armee Fraktion, ignorierte diese Prozesse. Ausgangspunkt aller Analysen der RAF in den siebziger Jahren war ebenfalls die »Ost-West-Konfrontation« zwischen dem »US-Imperialismus und seinen europäischen wie bundesdeutschen Helfershelfern« auf der einen und dem »Sowjetrevisionismus« auf der anderen Seite. Noch in ihren Erklärungen, die sich mit der laut Amtssprache »gemeinsamen Antwort der westeuropäischen Regierungen auf den Terrorismus«, also mit der seit 1975 verstärkten Koordination der Polizeiapparate, auseinandersetzten, sah die RAF nicht, daß die EG hierfür einen wichtigen institutionellen Rahmen stellte.

Im nächsten Heft u.a.: Portugal – Nelkenrevolution + EG-Beitritt; die EG in Mittelamerika; die Grünen im »Gemeinsamen Haus«

Karl Rössel arbeitet im Rheinischen Journalistenbüro und ist Mitglied der Anti-EG-Gruppe Köln

Konkret 07/93, S. 39

Hannes Goebel

Eifrig, eifrig

Französische Ausländerpolitik in der deutschen Tradition von Hoyerswerda bis Solingen

»Frankreich war bislang ein Einwanderungsland. Es will dies nicht mehr sein. Unser Ziel ist deshalb, die Einwanderung auf Null zu reduzieren und die illegale Einwanderung abzuschaffen« – so präsentierte Charles Pasqua, der französische Innenminister, am 2. Juni 93 dem Conseil des Ministres und der Öffentlichkeit seinen Gesetzentwurf »über die Steuerung der Einwanderung sowie Einreise, Aufnahme und Aufenthalt von Ausländern in Frankreich«.

Zum neunten Mal seit 1945 sollen mit dieser Vorlage die Existenzbedingungen der in Frankreich lebenden Ausländer neu »definiert« werden, zum ersten Mal seit Kriegsende aber steht zu befürchten, daß nun den Worten Taten folgen.

In bezug auf das Thema Immigration ist diese Vorlage von beispielloser Radikalität sowohl hinsichtlich der juristischen Kompetenzen des Innenministeriums – sie betrifft wesentlich das geltende Straf- und bürgerliche Recht, sie erzwänge eine Änderung der Familien- und Gesundheitsgesetzgebung – wie auch hinsichtlich der damit autorisierten administrativen und polizeilichen Repression: Der Vollzug dieses Gesetzes erhöbe Bürgermeister, Präfekten (= letztinstanzlich Sachbearbeiter), Polizisten, in den Rang von Sheriffs, die nach Gusto über Gedeih und Verderb nichtfranzösischer Bittsteller entscheiden. Für jeden Nicht-EG-Bürger würde das Land der Revolution und der Menschenrechte zum virtuellen Wilden Westen Europas werden. Im Einzelnen:

· In Frankreich arbeitende und lebende Ausländer müßten nach dem neuen Gesetz doppelt so lange – nämlich zwei Jahre – warten, bevor ihre Familie – tunlichst in einem Rutsch, denn die einschlägige Gesetzgebung könnte sich ändern – nachkommen darf, vorausgesetzt, sie weisen eine »angemessene Wohnung« nebst entsprechendem Gehalt nach. Über die »Angemessenheit« befinden Bürgermeister und/oder Präfektur. Studenten- und Mehrfachehen sind hiervon ausgenommen.

· Asylbewerber wären nunmehr allein dem Innenministerium ausgeliefert – bisher teilten sich Innen- und Außenministerium die Kompetenz in Form des Ofpra (Office franais de protection des réfugiés).

· Wer in Frankreich zur Welt kommt, ist Franzose – eines der letzten großen Rechte der französischen Revolution soll eliminiert werden. Staatsangehörigkeit wie Aufenthaltsberechtigung (für nichtfranzösische Eltern) würden nach Belieben erteilt: Eine sehr vage definierte »Gefahr für die Öffentlichkeit« oder ein vor Jahren geklauter Kaugummi führten zur Abschiebung in das Herkunftsland, das in den meisten Fällen keines ist.

· Der Vollzug der anfallenden Abschiebung würde systematisch organisiert werden, damit sich öffentlichkeitwirksame Pannen wie das groteske Geeiere um Pas-quas Mali-Charter während seiner ersten Amtsperiode unter Chirac nicht wiederholen: Eine ständig disponible zivile oder militärische Abschiebungs-Luftflotte soll geschaffen werden, desgleichen »Zurückhaltungslager« – ein vornehmer Euphemismus für Internierungslager, in denen illegale Einwanderer drei Monate auf die Prüfung ihrer Dossiers durch die Administration zu warten hätten; nichtfranzösische verurteilte Delinquenten hätten ihre Reststrafe in ihren Heimatländern zu verbüßen, um in den Gefängnissen Platz zu schaffen für die Einheimischen...

· Die Krankenkassen erhielten Zugriff auf die Datenbanken der Polizei. Selbst wenn ein Nichtfranzose jahrelang Sozialversicherungsbeiträge gezahlt hat, würden ihm Sozialleistungen verweigert werden, wenn in dem Wust der für einen in Frankreich lebenden Ausländer erforderlichen Papiere irgendetwas nicht in Ordnung ist.

· Mischehen unterlägen zukünftig der Genehmigungspflicht eines jeden Bürgermeisters; dieser wäre gehalten, ein jedes französisch-ausländisches Aufgebot zunächst abzuweisen und gegebenenfalls die Staatsanwaltschaft einzuschalten, um die zukünftige Ehe drei Monate lang auf ihren virtuellen Vollzug hin zu prüfen.

Dies ist in großen Zügen der Inhalt der von Pasqua erstellten Gesetzesvorlage, die nach erster Lesung in der Nationalversammlung am 15. Juni Anfang Juli in den Senat geht; es ist angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse zu befürchten, daß die Vorlage zum kommenden Herbst Gesetz wird.

Carles Pasqua, korsischer Herkunft, 1927 geboren, als Kurier in der Résistance aktiv, Gaullist seit 1947, Abgeordneter des Départements Hauts-de-Seine von 1968-1973, Président du conseil général (etwa: Regierungspräsident) nämlichen Départments seit 1976, Senator, Innenminister, erklärtermaßen germanophob, dieser Pasqua inkarniert den gemütlichen Rassismus Frankreichs. Die regierende Rechte sieht im Vollzug seiner Politik die Möglichkeit, den extremistischen Front National zu marginalisieren (mit dessen Le Pen teilt Pasqua eigenem Bekunden zufolge »durchaus einige Werte«). Der Gesetzentwurf zielt darauf, Pasquas politischen Spielraum erheblich auszudehnen, der Sinn ist vor allem ein kosmetischer. Das satirische Wochenblatt »le canard encha^ine« schätzt, daß jährlich maximal 8.000 der Ärmsten und Verzweifelsten

existenziell, nämlich von der Abschiebung getroffen werden. Die ökonomischen und soziologischen Lebensbedingungen der banlieues der großen Städte ändern sich dadurch nicht, der fait social der (illegalen) Einwanderung bleibt bestehen. Das drohende Gesetz ist um so gefährlicher, als es überaus volkstümlich ist – es ist die softe Version von Hoyerswerda und Lichtenhagen.

Pasqua, während der ersten Cohabitation noch nationaler Buhmann, hat sich ungeheuerliche Akzeptanz verschaffen können. Einer Umfrage von »Globe Hebdo« vom 9. Juni zufolge können sich 53 Prozent der Franzosen ihn als einen »eher guten Präsidenten« der Republik vorstellen. Doch geht es nicht eigentlich um diese Person. Bei dem projektierten Einwanderungs- und Staatsbürgergesetz geht es – nach außen – um eine neue Qualität des Ausbaus der Festung EG und – nach innen – um ein gesellschaftliches Klima, ein kollektives, politisches Denken, das sich seit fünf, sechs Jahren so weit nach rechts bewegt hat, daß es die Person Pasqua nicht mehr als rechtsextremistischen Polterer denunziert, sondern ihn vollständig integriert. So wundert sich »Libération«, der große Cousin der »taz«, nach einem Fernsehauftritt des Innenministers allen Ernstes darüber, wie moderat dieser geworden sei, welch erstaunlichen Wandel er durchgemacht habe. Nur: Pasqua hat sich nicht vom Fleck be-wegt seit 1986, nicht er hat die Tonart gewechselt.

Ernstzunehmenden Widerstand gegen sein Projekt braucht er nicht zu befürchten, die Linke ist groggy. Schließlich hat sie überdies das Terrain bereitet: Indem Fabius vor Jahren konzidierte, Le Pen stelle hinsichtlich der Immigration »zwar die richtigen Fragen«, gäbe aber »die falschen Antworten«; indem Rocard sich untröstlich darüber zeigte, »nicht alles Elend dieser Welt aufnehmen zu können«; indem Pasquas Vorgänger Joxe und Quillès per Dienstanweisung die Ausländerpolitik ihrer Behörde erheblich verschärften. SOS Racisme ist hinlänglich sozialdemokratisiert worden und nicht einmal mehr zur Organisation einer Lichterkette imstande. Allein die Kirchen haben sich vehement gegen den französischen Beitrag zur Germanisierung der EG ausgesprochen.

Was der Unterschied zwischen der Ausländerpolitik der Bundesrepublik und Frankreichs sei, witzelte in der Ausgabe vom 9.Juni »Charlie Hebdo«. Im Prinzip keiner. In Deutschland kostet sie mehr Menschenleben und Bonuspunkte in der Beliebtheitsskala. Hat da jemand gelacht?

Hannes Goebel ist Dozent für Deutsch an der Ecole des Ponts und am Sciences Po, Paris

Konkret 07/93, S. 40

Stefan Seifert

Rechts um!

Bei den Kommunalwahlen in Italien haben die etablierten Parteien Anfang Juni einschneidende Verluste hinnehmen müssen. »Die Revolution«, so tönt es von seiten der Wahlgewinner, der rassistischen Lega Nord, »geht weiter«

Italien ist im Krieg. Der Kampf tobt dabei hauptsächlich an der Heimatfront und beschert dem Land eine geradezu inflationäre Häufung von Schicksalsstunden. Der 6. Juni, Tag der Kommunal- und Bürgermeisterwahlen in vielen Gemeinden, galt dabei bereits im Vorfeld als Datum einer weiteren Entscheidungsschlacht um die »Erneuerung des verfaulten politischen Systems«. So sollte sich denn in den großen Städten Norditaliens zeigen, ob die dort beheimatete »Lega Nord«, Hauptträger der rechtspopulistischen Forderung nach einer Säuberung und Spaltung Italiens, ihren Siegeszug fortsetzen könne und inwieweit sich die Verwicklung der etablierten Parteien in Korruptions- und Bestechungsskandale auf deren Abschneiden auswirken würde.

Rund ein Viertel der Wahlberechtigten (ca. 10 Millionen) waren aufgerufen, neue Gemeindeparlamente und – erstmals direkt – etliche Bürgermeister zu bestimmen. Allenthalben hatten die Umfragen horrende Verluste für die Christdemokraten (DC) und die »Sozialisten« (PSI) vorausgesagt. Das Wahlergebnis traf dann auch gerade diese beiden etablierten Parteien ins Mark – die DC ist seit 1947 ununterbrochen an der Macht. So verloren die Christdemokraten im Vergleich zur Parlamentswahl im April letzten Jahres landesweit über 6 Prozent und kamen dank einiger Bastionen im Süden gerade noch auf 19 Prozent der Stimmen.

Der PSI ist vor allem in Mailand und Turin, zwei seiner ehemaligen Hochburgen, praktisch von der Bildfläche verschwunden. Nicht einmal 2 Prozent der Wählerinnen und Wähler – das sind 14 Prozent weniger als im letzten Jahr – wollten die Konkursverwalter der Partei hier stützen. Vor allem die Lega Nord beerbte die beiden Parteien. Sie kam in Mailand auf über 40 Prozent und konnte damit ihr letztjähriges Erfolgsergebnis nochmals mehr als verdoppeln. Umberto Bossi, vom blassen Provinzmaulhelden zum Chef der rechten Formation aufgestiegen, kommentierte das Ergebnis der Kommunalwahlen auf die ihm eigene Art: »Mailand sollte zum Stalingrad der Lega Nord werden. Tatsächlich aber ist es zum Waterloo der Christdemokraten und der Sozialisten geworden.«

Der Aufstieg der Lega Nord zur wichtigsten politischen Kraft ist allerdings auf Norditalien beschränkt. In allen übrigen Regionen trat sie erst gar nicht an. So wirkt das Land nach den Kommunalwahlen dreigeteilt: Im Norden tendiert die Lega zur absoluten Mehrheit, in der Mitte, den klassischen Stammländern der ehemaligen Kommunisten, konnte sich deren Nachfolger, die Partei der demokratischen Linken (PDS), behaupten und ihre Position sogar noch ausbauen (so etwa in Ravenna, Ancona, Siena, Grossetto oder in Terni). Im Süden hingegen ist die DC noch immer die stärkste Partei, obwohl sie diese Position nur noch ganz knapp verteidigen konnte – wie etwa in Catania, wo ihr der DC-Dissident Mario Segni und seine »Alleanza Democratica« bis auf einige wenige Prozentpunkte nahegerückt ist.

Dieses Ergebnis hat, neben dem Triumphgeschrei von Bossi, vor allem Achille Occhetto, den Parteichef des PDS, auf den Plan gerufen. Sein oft geschmähtes Projekt einer Allianz aller progressiven Kräfte (er vermeidet dabei den Begriff »Linke«) hat sich zum ersten Mal bewährt. Denn der PDS hat sich in verschiedenen Wahlbündnissen mit diversen Sammlungslisten, entweder mit der »Rifondazione Comunista« (die sich der Sozialdemokratisierung der Kommunistischen Partei widersetzt hat), den Grünen, der Anti-Mafia-Partei »La Rete« und anderen Gruppen oder aber zusammen mit Mario Segnis »Alleanza Democratica« gut geschlagen. Occhetto kam darüber zu der Erkenntnis, der PDS sei die einzige große nationale Partei und ihm stünde fortan auch ein entscheidendes Mitspracherecht in der Regierung zu.

In ungewohnter Siegerpose fordert Occhetto nun baldige Neuwahlen, denn »die Realität des Landes hat nichts mehr mit seinen politischen Vertretern in Rom zu tun«. Mit dieser Einschätzung liegt er ganz auf der Linie von Umberto Bossi, genannt »il senatur«. Nach dessen Meinung hat der Souverän die alten Parteien »in die Wüste geschickt«. Die Lega sei jetzt »die einzige Partei, die wirklich in der Lage ist, die grundlegende Veränderung des Systems zu garantieren«. Die Regierung um Carlo Azeglio Ciampi müsse daher schleunigst Neuwahlen ausschreiben und dürfe den angeschlagenen Christdemokraten und Sozialisten keine Verschnaufpause mehr gönnen. »Die Revolution muß weitergehen.«

Die Wahlerfolge der Lega lassen befürchten, daß deren programmatisches Gebräu aus Heimatdünkel, Fremdenfeindlichkeit und kleinbürgerlicher Arroganz, das jede Abspaltung unliebsamer Landesteile (der faulen »terroni« im Süden) und die Vertreibung dunkelhäutiger »marocchini« betreibt und dafür eine bessere Zukunft verspricht, weiterhin Anhänger finden wird.

Das überraschend gute Abschneiden der Rifondazione Comunista und des PDS, welches deren Führungsriege schon von den warmen Sitzen auf der Regierungsbank träumen läßt, ist da auch kein Grund zum Aufatmen. So war die Rifondazione Comunista zwar eine der wenigen Initiatorinnen der »Comitati del No« im Vorfeld des April-Referendums für die Einführung des Mehrheitswahlrechts, keine dieser Parteien verfügt aber über ein Programm, das dem Rechtsruck in Italien, dem Hang zu autoritären Lösungen der »drängenden Probleme« inhaltlich ernsthaft etwas entgegenzusetzen hätte.

Das ist um so erstaunlicher, wenn man sich die Parolen und Forderungen, mit denen die Lega Nord in den Wahlkampf zog, genauer besieht. Bossi etwa hat unlängst die These verbreitet, Frauen sollten in diesen Krisenzeiten ihre Arbeitsplätze für die Männer freimachen und sich erst mal wieder um den privaten Haushalt kümmern – da läge ja auch einiges im argen. Hauptslogan von Marco Formentini, Bürgermeisterkandidat der Lega in Mailand, war: »Unsere Stadt soll schöner werden!« Der frühere EG-Beamte will die halbe Stadt untertunneln, »um den schrecklichen Verkehr« von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Steuern möchte der Herr im feinen Zwirn drastisch senken – von wegen des Investitionsklimas – , gleichzeitig müsse aber auch die drückende Schuldenlast der Kommune verringert werden. Wie das zusammengeht, dafür hat der Lega-Wirtschaftsspezialist zwar kein Patentrezept, immerhin weiß er aber genau, wo es lang gehen muß: Italien brauche klare politische Verhältnisse. Der Süden des Landes müsse endlich selbst versuchen, auf die Beine zu kommen. Der Norden könne es sich nicht mehr leisten, hinter der Entwicklung in Europa herzuhinken.

Mit solchen Sprüchen ist die Lega im Norden des Landes zur stärksten Partei geworden. Ein Zeichen dafür, auf welchem Niveau sich Politik in Italien inzwischen bewegt. Daß PDS und Rifondazione Comunista gemeinsam die alte Stärke des PCI erreicht haben, mag in sentimentalen Stunden Trost spenden, ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Zukunft Italiens in rechten Händen liegt. Nichts nämlich deutet darauf hin, daß die beiden Parteien aus der Geschichte gelernt hätten und effektiven Widerstand aufzubauen in der Lage wären. Der Sekretär der DC, Mino Martinazzoli, sagte denn auch am Wahlabend: »Wenn die Christdemokraten weinen, so ist das für viele andere noch lange kein Grund zum Lachen.«

Stefan Seifert schrieb in KONKRET 6/93 über die Krise in Italien

Konkret 07/93, S. 42

Ludger Weß

Saubere Experten

Wollten oder konnten sie nicht? Die Freigabe bislang geheimer britischer Dokumente hat den Streit über die Frage neu entfacht, ob die deutschen Physiker den Nazis ihr Wissen um die Möglichkeiten des Baus einer Atombombe bewußt vorenthielten oder ob sie nur an unzulänglichen Arbeitsbedingungen scheiterten

Noch immer ranken sich um die deutsche Atomforschung im Nationalsozialismus Mythen und Legenden. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, warum es keine deutsche Atombombe gab. Konnten die deutschen Atomphysiker, allen voran der Nobelpreisträger Werner Heisenberg, die Bombe nicht bauen oder wollten sie es nicht? War Heisenberg gar der Kopf einer Verschwörung deutscher Physiker mit dem Ziel, Hitler die Bombe vorzuenthalten? Im vorigen Jahr sind in Großbritannien und den USA neue Dokumente freigegeben worden, die nach Meinung mancher Physiker und Historiker belegen, daß Heisenberg und sein Kollege Carl Friedrich v. Weizsäcker umsichtig dafür sorgten, daß es keine deutsche Bombe gab. Waren die deutschen Atomforscher ihren amerikanischen Kollegen also moralisch haushoch überlegen?

Über die Interpretation der neuen Dokumente ist abermals eine Debatte in Gang gekommen, die seit Kriegsende in zyklischen Wellen Fachwelt und Öffentlichkeit beschäftigt. 1946 veröffentlichte der in den Niederlanden geborene Physiker Samuel A. Goudsmit die Geschichte der ALSOS-Mission, eines Aufklärungsteams der US-Army, dessen Hauptaufgabe es war, die Fortschritte der deutschen Wissenschaft und Industrie beim Bau von Atomwaffen aufzuklären und die führenden Köpfe nebst ihren Ergebnissen für die USA sicherzustellen. Goudsmit, Leiter des wissenschaftlichen Teams der ALSOS-Mission, zog aufgrund des sichergestellten Materials und seiner Beobachtungen den Schluß, die deutschen Physiker hätten die Bombe bauen wollen, aber nicht bauen können, weil sie wesentliche Überlegungen falsch oder gar nicht anstellten. So hätten sie beispielsweise den Unterschied zwischen einer Kettenreaktion in einem Atomreaktor und in einer Atombombe nicht verstanden und nur deshalb so fieberhaft bis in die letzten Kriegstage an einem Reaktor gebaut, weil sie die Bombe für einen außer Kontrolle gesetzten Reaktor gehalten hätten. Die Bombe – und nicht etwa die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie – sei das Ziel ihres Reaktorbaus gewesen. Die Ursache für die fehlerhafte Konzeption sei das Mißmanagement der deutschen Wissenschaft unter dem NS-Regime gewesen.

Heisenberg hingegen, der wohl führende Kopf der deutschen Atomphysiker, schrieb im gleichen Jahr, zum einen hätten die kriegswirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland den Bombenbau nicht zugelassen, zum anderen aber hätten die deutschen Physiker »von vornherein bewußt darauf hingearbeitet, die Kontrolle über das Vorhaben in der Hand zu behalten« und ihren Einfluß als Experten dazu benutzt, die Arbeiten auf den Reaktorbau, also auf friedliche Zwecke auszurichten.

Heisenbergs Behauptung wurde in den folgenden Jahren in Deutschland wiederholt zustimmend aufgegriffen und fand ihren apologetischen Gipfel in Robert Jungks 1956 veröffentlichtem Buch »Heller als tausend Sonnen«, in dem Jungk erklärte: »Es erscheint paradox, daß die in einer säbelrasselnden Diktatur lebenden deutschen Kernphysiker, der Stimme ihres Gewissens folgend, den Bau von Atombomben verhindern wollten, während ihre Berufskollegen in den Demokratien, die keinen Zwang zu befürchten hatten, mit ganz wenigen Ausnahmen sich mit aller Energie für die neue Waffe einsetzten.« Mit dieser Darstellung (von der Jungk inzwischen abgerückt ist) war der Mythos vom Widerstand der deutschen Atomphysiker und ihrer moralischen Überlegenheit perfekt.

Die beiden konträren Anschauungen wurden in den folgenden Jahrzehnten kaum noch diskutiert, fanden aber beide leidenschaftliche Anhänger, weil sie zu jeweils unterschiedlichen allgemein- und wissenschaftspolitischen Interessen paßten. Goudsmit, dessen Familie von den Nazis ermordet worden war, und mit ihm eine Reihe von angelsächsischen Kollegen reagierten tief betroffen und verärgert auf die Attitüde der moralischen Überlegenheit, die die deutschen Physiker an den Tag legten, obwohl sie doch einem mörderischen Regime zugearbeitet hatten. Zudem steckten die amerikanischen Physiker in einer heftigen wissenschaftspolitischen Auseinandersetzung um die fortdauernde militärische und staatliche Reglementierung der Atomphysik in den USA. Aus Deutschland erhoffte man sich dabei Unterstützung durch das deutsche Beispiel der Ineffizienz totalitärer Einmischung in die Wissenschaft.

Diese Erwartungen ignorierten die deutschen Atomphysiker. Statt dessen unterzeichneten 18 von ihnen 1957 die berühmt gewordene »Göttinger Erklärung«, in der sie zum Verzicht auf eine militärische Nutzung der Atomenergie in Deutschland aufriefen – ohne darauf einzugehen, daß die Trennung von militärischer und ziviler Anwendung schon damals eine für alle mit der Atomphysik befaßten Experten deutlich sichtbare Fiktion war, und ohne sich über den Appell hinaus in irgendeiner Form zu engagieren. Im Ausland wurde die Erklärung als Beweis dafür genommen, daß die deutschen Physiker sich wieder als moralisch überlegen darstellen wollten.

Heisenberg und vielen seiner deutschen Kollegen ging es in der Nachkriegszeit darum, ihre persönliche Kompetenz und die Fähigkeiten der deutschen Wissenschaft unter Beweis zu stellen. Sie wollten dokumentieren, daß sie während des Krieges eben doch gute Physik und substantielle Beiträge zur friedlichen Nutzung der Atomenergie geleistet hätten. Ihre

wissenschaftspolitischen Interessen bestanden in einem schnellen Anschluß an die internationale Entwicklung in der Atomphysik, und sie fürchteten dabei eine zu offensichtliche Verbindung zwischen Atomforschung und Militär in Deutschland. Dies waren ihre Motive für die Göttinger Erklärung und die Umdeutung der Vergangenheit.

Seit nunmehr fast fünfzig Jahren sind die Fronten in der Debatte gleichgeblieben. Während die in Deutschland favorisierte Version betont, die deutschen Physiker hätten Atomwaffen nicht nur deshalb nicht hergestellt, weil die Umstände es nicht erlaubten, sondern sie hätten es in einem Akt passiven Widerstands bewußt vermieden und auch unter günstigeren Bedingungen nicht getan, wird im Ausland an der Auffassung festgehalten, daß die deutschen Physiker den Bombenbau sehr wohl beabsichtigten, es aber aus organisatorischen und wissenschaftsinternen Gründen nicht zuwege gebracht hätten. Es gehört zu den Merkwürdigkeiten dieser verhärteten Diskussion, daß es trotz allen neuen Quellenmaterials noch immer um die gleichen Fragen geht und daß trotz aller akribischen Forschung noch immer eine völlig verengte Sichtweise auf die Anfänge der deutschen Atomforschung vorherrscht.

Dabei hatte es 1989 so ausgesehen, als ob durch die Veröffentlichung des amerikanischen Historikers Mark Walker (German National Socialism and the Quest for Nuclear Power 1939-1949; deutsch: Die Uranmaschine, Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe) der Legendenbildung endgültig der Boden entzogen worden sei. Walker hatte gezeigt, daß die Frage des Baus von Atomwaffen im Dritten Reich gar nicht akut wurde. In der Blitzkriegsphase beschränkte sich die Atomphysik in Deutschland auf Laborversuche, wie sie auch in anderen Ländern üblich waren. An »Wunderwaffen« bestand kein Bedarf. Das Heereswaffenamt interessierte sich erstmals ernsthaft für die Frage, ob die »Kernsprengstoffe« noch für den 1939 begonnenen Krieg zu erwarten seien, als Ende 1941 die Offensive im Osten steckenblieb.

Die zu Rate gezogenen deutschen Physiker forderten damals den Übergang von der Laborforschung zur großindustriellen Entwicklungsarbeit und äußerten die Überzeugung, daß auf seiten der Alliierten ebenfalls intensiv über Atomenergie geforscht werde. Für das Heereswaffenamt stand jedoch von vornherein fest, daß eine großzügige Förderung der Atomforschung nur in Frage kommen würde, falls in absehbarer Zeit mit militärischen Anwendungen gerechnet werden könnte. Das in Auftrag gegebene Gutachten hielt abschließend fest, die Ausnutzung der Atomenergie für die Herstellung von Sprengstoffen oder elektrischem Strom sei zwar möglich, werde aber mit erheblichen Kosten verbunden und nicht in kurzer Zeit zu realisieren sein. Das Heereswaffenamt folgerte daher im Frühjahr 1942, die Atomspaltung sei für den Ausgang des gegenwärtigen Kriegs ohne Bedeutung und empfahl die Weiterführung im normalen Maßstab, d. h. als kriegswichtiges Projekt der Grundlagenforschung. Ab diesem Zeitpunkt trennten sich die Wege der Kriegsgegner: In den USA und in Großbritannien kam man zu dem entgegengesetzten Schluß und begann mit der großindustriellen Forschungs- und Entwicklungsarbeit, dem Manhattan-Projekt. In Deutschland blieben Wissenschaftsmanager und Förderungsinstanzen bis zum Kriegsende bei ihrer Einschätzung, angesichts der militärischen Lage seien Versuche zur großtechnischen Anwendung der Atomenergie sinnlos, weil sie zu viel Zeit und Geld beanspruchten.

Walker hat mit seiner Untersuchung klargestellt, daß es auf die Frage, ob die deutschen Atomphysiker versucht haben, die Bombe zu bauen, zwei Antworten gibt: Sie haben versucht, Spaltstoffe für eine Kettenreaktion herzustellen, aber sie haben kein großtechnisches Bombenbauprogramm verfolgt. Die moralische Frage, ob man eine Bombe für das »Dritte Reich« bauen dürfe, stellte sich den Physikern also gar nicht.

Dabei können es die Anhänger der alten Mythen aber offenbar nicht belassen. 1992 wurde die Debatte durch die Freigabe von bislang geheimgehaltenen Dokumenten auch international wieder angeheizt. Der britische Geheimdienst hatte von Mai bis Dezember 1945 zehn deutsche Atomphysiker in Farmhall/Cambridgeshire interniert, darunter Otto Hahn, Carl Friedrich v. Weizsäcker und Werner Heisenberg, und ihre Gespräche abgehört. Die Lauschaktion und die Existenz der Tonbandprotokolle waren seit Jahrzehnten bekannt, aber die britische Regierung konnte sich erst im Februar 1992 zu einer Freigabe der Dokumente entschließen. (Die Transkripte sind soeben unter dem Titel »Operation Epsilon. The Farm Hall Transcripts« in Buchform erschienen; eine deutsche Edition wird von Dieter Hoffmann, Berlin, vorbereitet.) Besonders gespannt waren Historiker und Physiker auf die darin enthaltenen Diskussionen der Deutschen anläßlich des Atombombenabwurfs auf Hiroshima am 6. August 1945.

Das Interesse an diesen Dokumenten war so groß, daß in der Vergangenheit eine Reihe von Historikern und Physikern Rechtsanwälte bezahlte, um die britische Regierung zur Herausgabe zu zwingen. Durch die lange Geheimhaltung wurde eine immense Erwartungshaltung aufgebaut; kaum eine thematisch einschlägige Veröffentlichung erschien ohne die Bemerkung, daß erst eine Freigabe der Farm-Hall-Protokolle letzte Klarheit über diese oder jene These schaffen würde. Der streckenweise banale und insgesamt keineswegs aufregende Inhalt der Transkripte steht nun in krassem Gegensatz zu ihrer angenommenen Bedeutung als Schlüsseldokument. Dieses Mißverhältnis hat einige Historiker und Physiker bereits zu Überinterpretationen verführt.

Ein besonders drastisches Beispiel liefern Thomas Powers und Stanley Goldberg (vgl. die Rezension von Powers Buch »Heisenbergs Krieg« in KONKRET 5/93). Sie schließen aus der Tatsache, daß Heisenberg etwa eine Woche nach der Bekanntgabe des Abwurfs einer Atombombe seinen mitinternierten Kollegen einen im großen und ganzen zutreffenden

Vortrag über die Wirkungsweise halten konnte, daß Heisenberg viel mehr wußte, als er jemals zugegeben habe. Dieser Schluß ist der stärkste Beleg für ihre Verschwörer-These, wonach Heisenberg das Geheimnis der Bombe gekannt, aber vor den Nazis geheim gehalten habe.

Falls die Farm-Hall-Transkripte aber wirklich zu etwas taugen, dann für eine Untersuchung über die Mechanismen der Vergangenheitsbewältigung. Die Rekonstruktion der Vergangenheit läßt sich anhand des Gesprächsverlaufs vom 6. August 1945 tatsächlich minutiös verfolgen. Nach der Bekanntgabe des Abwurfs sind die Physiker zunächst vollkommen überrascht und ungläubig. Als die erste Aufregung sich gelegt hat, beginnen sie mit ihrer Analyse. Sie wenden sich bald der Frage zu, ob auch Deutschland in der Lage gewesen wäre, Atombomben zu bauen. Hier entsteht ein Streit darüber, ob eine solche Riesenaufgabe für die deutschen Verhältnisse zu aufwendig war und warum die Physiker es nicht zustande gebracht haben, die zuständigen Stellen zu überzeugen. Weizsäcker schließlich greift mit der Bemerkung ein: »Ich glaube, der Grund, warum wir es nicht gemacht haben, ist der, daß die Physiker es alle aus Prinzip nicht wollten. Wenn wir alle Deutschland den Sieg gewünscht hätten, wären wir erfolgreich gewesen.« Am folgenden Morgen formuliert er bei der Lektüre der Zeitungen: »Die Geschichte wird festhalten, daß Amerikaner und Engländer eine Bombe bauten und zur selben Zeit die Deutschen unter Hitlers Herrschaft eine arbeitsfähige Maschine entwickelten. Mit anderen Worten, die friedliche Entwicklung der Uranmaschine fand in Hitlerdeutschland statt, wohingegen die Amerikaner und Briten diese entsetzliche Kriegswaffe entwickelten.« Dies ist die eigentliche Geburtsstunde des Mythos von der moralischen Überlegenheit der deutschen Physiker, die die Bombe hätten bauen können, es aber es nicht getan haben, weil sie Nazi-Gegner waren.

Zu spüren ist in den abgehörten Gesprächen die Spannung zwischen Überraschung, Enttäuschung und Erleichterung: Überraschung und Enttäuschung darüber, daß die angelsächsischen Kollegen so weit voraus waren und es geschafft hatten, die Bombe zu bauen, gleichzeitig aber auch Erleichterung darüber, für diese schreckliche Waffe und ihre Folgen nicht unmittelbar verantwortlich zu sein. Zunächst überwiegt der Gedanke, versagt zu haben und sich nun in Deutschland dafür verantworten zu müssen, daß man dem Vaterland die Bombe nicht geliefert habe. Weizsäcker schließlich liefert mit seiner Bemerkung den Ausweg aus dem Dilemma. Das eigene Versagen wird leichter erklärbar und verzeihlich, wenn sich moralische Gründe dafür anführen lassen. Über die Kette: »Wir haben es nicht geschafft – Konnten wir es nicht? – Ich glaube, wir wollten es nicht – Wir haben es nicht gewollt – Wir haben es verhindert« wird die Enttäuschung über das eigene Versagen in das Gefühl moralischer Stärke verwandelt.

Zu der nun einsetzenden Umdeutung der Vergangenheit gehörte zum einen die Ausgrenzung von Atomphysikern, die wichtige Arbeiten zum deutschen Atomforschungsprojekt beigetragen hatten und zugleich im NS-Staat einflußreiche Funktionäre gewesen waren. Ihr Anteil wurde in den Nachkriegsdarstellungen Heisenbergs systematisch unterschlagen, sie selbst wurden als Nichtskönner abqualifiziert. Damit war die Unterstützung des NS-Regimes durch deutsche Atomphysiker keine politische Frage mehr, sondern nur noch ein Problem mangelhafter wissenschaftlicher Qualifikation; mit dem Nazismus hatten sich eben nur die wissenschaftlich zweitrangigen Physiker eingelassen.

Ein anderes, zentrales Beispiel für die enorme Verdrängungsleistung der deutschen Physiker ist die von Heisenberg und Weizsäcker immer wieder vorgebrachte Darstellung eines Gesprächs, das Heisenberg im September 1941 mit dem dänischen Atomphysiker Niels Bohr, seinem langjährigen Mentor, in Kopenhagen führte. Intentionen und Inhalt der Unterredung, die auf Initiative von Weizsäcker zustande kam, wurde nach dem Krieg von Bohr, Heisenberg und Weizsäcker sehr verschieden dargestellt. Während Bohr behauptete, Heisenberg habe ihn damals über die alliierten Fortschritte der Atomphysik aushorchen wollen und ihn darüber hinaus zur Kollaboration mit den Deutschen in Sachen Bombenbau aufgefordert, stellten Heisenberg und Weizsäcker ihre Reise als Versuch dar, dem im okkupierten Dänemark von den deutschen Rassegesetzen bedrohten Bohr zu helfen und ihn im Gespräch dafür zu gewinnen, eine Verständigung mit den Atomphysikern auf der ganzen Welt darüber herzustellen, keine Atomwaffen zu entwickeln.

In Farm Hall wurde aber nicht nur eine Legende über die deutsche Atomforschung konstruiert, sondern ein zentraler Mythos der modernen Naturwissenschaft wiederhergestellt. Dieser Mythos besteht in dem Glauben, Wissenschaftler könnten über den Fortgang ihrer Wissenschaft autonom entscheiden. Daß dies für die deutsche Atomphysik sicher nicht stimmt, hat Walker mit seiner Untersuchung gezeigt. Er hat auch darauf hingewiesen, daß dieser Mythos auch der entgegengesetzten Legende – die deutschen Physiker wollten die Bombe bauen, waren aber nicht gut genug – zugrundeliegt.

Heisenberg hat mehrmals die Wirkungsmacht dieses Mythos bewiesen. Er träumte von einer Technokratie der Physiker, die installiert werden müsse, um die Welt von den Atomwaffen zu befreien. Diesen Vorschlag machte er in Farm Hall, um später hinzuzufügen, daß dieser Gedanke schon 1941 in ihm aufgekeimt und der Anlaß für seine Unterredung mit Bohr gewesen sei. Auch die Göttinger Erklärung läßt sich als Versuch lesen, dieser Idee zum Durchbruch zu verhelfen. Friedrich Dürrenmatt hat in seiner Komödie »Die Physiker« diesen Mythos schon 1962 demontiert. In seinen »21 Punkten zu den Physikern« heißt es: »Der Inhalt der Physik geht die Physiker an, die Auswirkung alle Menschen. Was alle angeht, können nur alle lösen. Jeder Versuch eines Einzelnen, für sich zu lösen, was alle angeht, muß scheitern.«

Es wäre an der Zeit, die falsche Historisierung der Wissenschaft zu beenden, denn sie leistet der falschen Idee Vorschub, über die Auswirkungen der Wissenschaft hätten nur Wissenschaftler zu befinden.

Ludger Weß schrieb in KONKRET 5/93 über rassistische Methoden in der Kriminologie

Konkret 07/93, S. 45

Stefan Ripplinger

Mr. Noam Chomskys Umwälzung der Medien

Professor Noam Chomsky, der berühmteste Linguist und Medienkritiker der Welt, hängt einem Gesunden Menschenverstand an, der in unserem Jahrhundert schwerwiegende geistige Verwüstungen angerichtet hat

»Muter gond stu dehst sto sille.«
R. Hausmann, Volkslied 2

Der berühmteste Intellektuelle der Welt bringt eine Pointe: »In US-Medien mußt du deine Sachen zwischen zwei Werbungen oder in 600 Wörtern sagen. Das Schöne daran ist, du kannst nur abgedroschene Gedanken wiederholen.« Die ausschließlich seinen Sätzen gewidmete Film-Dokumentation »Manufactoring Consent« (1992), in der Noam Chomsky dieses ausspricht, erweist nebenbei noch etwas anderes: Es ist selbstverständlich auch möglich, von keiner Werbung unterbrochen, ganze 167 Minuten mit abgedroschenen Gedanken zu füllen.

Man sollte einmal nachrechnen, wieviel tausend Wörter Chomsky in diesem Film verschwendet, ohne daß ihm auch nur einmal eine Mitteilung unterliefe, die den Neuigkeitswert oder den gedanklichen Gehalt etwa der Nachricht überschreitet, das Unternehmen »General Motors« gehe auf Profitmaximierung aus. Die US-Medienfirmen befinden sich in der Hand des Monopolkapitals; in den westlichen Demokratien herrscht indirekte Zensur; vor der Glotze ist jeder allein. Chomsky wird nicht müde, uns zu versichern, daß er wegen derlei Äußerungen in den Vereinigten Staaten geschnitten werde. Vielleicht ist man dort bloß der x-ten Aufgüsse überdrüssig; man sagt, ein Amerikaner langweile sich rasch.

Andererseits läßt sich doch nicht ausschließen, daß es auf der Welt Enklaven gibt, in die der kritische Geist vom Schlage Chomskys noch nicht vorgedrungen ist. Ich kann bezeugen, daß das Publikum in dem Kreuzberger Kino, in welchem ich den Film gesehen habe, Meinungen wie die oben aufgereihten mit herzlichem Szenenapplaus begrüßte, als ob es Offenbarungen wären.

Es sieht ganz so aus, als hätten wenigstens die kanadischen Regisseure und Produzenten von »Manufactoring Consent«, Mark Achbar und Peter Wintonick, die Schwächlichkeit chomskyanischer Weisheiten geahnt. Sie unterzogen seine Phrasen einer gründlichen Bearbeitung, zwar nicht mit Ockhams, aber doch mit des Filmcutters geschliffenem Messer. Nun sind hinter jedem Halbsatz des amerikanischen Theoretikers Kinkerlitzchen (man sagt auch Gimmicks) eingefügt; ein Beispielchen hier, eine Abschweifung da, damit bloß keiner darauf komme, wie trostlos wahr das alles ist, was da gesagt wird.

Irgendwann in den vier Produktionsjahren, in deren Verlauf sie einige Male kurz vor dem finanziellen Ruin standen, müssen Achbar und Wintonick dem Meister auf die Schliche gekommen sein. Mit Vorliebe zeigen sie ihn auf Fernsehschirmen, riesigen Monitorwänden, Stadionanzeigen, um den Horror einer Welt heraufzubeschwören, in der Chomsky nicht mehr, wie er selbst sagt, »marginalisiert«, sondern allerorten präsent wäre. Das redliche Bemühen der Dokumentaristen blieb ohne Erfolg: Sie wurden mit inzwischen acht Filmpreisen und »besonderen Erwähnungen« beworfen.

Die beiden haben unser Mitleid nicht verdient; sie hätten wissen müssen, wen sie vor sich haben. Seit den fünfziger Jahren hat Noam Chomsky seine Ansichten immer nur in Notfällen geäußert. Und schon 1988 gab er gemeinsam mit E.S. Herman das Buch »Manufacturing Consent« (Pantheon, New York) heraus, in welchem seine sämtlichen Thesen zur Propaganda-Funktion der Medien, die er im Film vorstellt, bereits ausgeführt sind. Man kann sich den Film sparen, wenn man die ersten drei Sätze des Buches liest. Ich gebe sie daher *in extenso,* mit einer von mir zum Zwecke der Übersichtlichkeit eingeführten Numerierung:

»(1) Die Massenmedien dienen als ein System, dem gemeinen Volk (›general populace‹) Nachrichten und Symbole zu übermitteln. (2) Es ist ihre Funktion, zu erfreuen, zu unterhalten und zu informieren – und den einzelnen Werte, Glauben und Verhaltensweisen einzuprägen, die sie in die institutionellen Strukturen der weiteren Gesellschaft integrieren. (3) Um diese Rolle zu erfüllen, bedarf es, in einer Welt angehäuften Reichtums und bedeutender Klassenkonflikte, der systematischen Propaganda.«

Noam Chomsky gehört zu den Leuten, die den Klassenkampf in den dritten Satz hineinschreiben, nachdem sie in den ersten beiden ihr Schema festgeklopft haben. Der Klassenkampf ist eine Affäre, an der zu partizipieren er sich – als ob ihm das freistünde – noch einmal überlegen will. Jener kann, sagt Chomsky zu M. Ronat (»Sprache und Verantwortung«, Ffm. usw., Ullstein 1981), »nur dann gerechtfertigt werden, wenn er sich auf den Nachweis stützt, ... daß die Folgen dieses Kampfes für alle menschlichen Wesen vorteilhaft sind und zu einer annehmbaren Gesellschaft führen. ... Sollte ein revolutionärer Sieg des Proletariats dazu führen, daß der Rest der Welt in Krematorien gesteckt wird, dann ist der

Klassenkampf nicht gerechtfertigt.« Die Angst sitzt tief. Aber vermag seine Apokalypse zu schrecken, da wir doch wissen, daß wir über Robert Kurz oder lang eh alle ins Gras beißen werden, das dann vermutlich nicht mehr wächst?

Eine Diskussion solcher Ansichten scheint nicht vonnöten. Ich führe sie an, damit, angesichts von Satz (3), niemand in den Irrglauben verfalle, Chomsky sei ein Kommunist. Der Klassenkampf hat für ihn etwa den gleichen Stellenwert wie ein Tiefdruckgebiet für den Verhaltensforscher; er gehört zu den Rahmenbedingungen.

Schauen wir uns nun die Sätze (1) und (2) an. Wir erleben das merkwürdige Nebeneinanderher des Systems der Massenmedien auf der einen, der Bevölkerung auf der anderen Seite. Das System strahlt Nachrichten ab, um deren Empfänger einerseits zu erfreuen und zu belehren, andererseits zu vergesellschaften. Ob diese nicht schon einigermaßen vergesellschaftet sein müssen, um die auf sie abgeschossenen Symbole ein bißchen unterhaltsam finden zu können, ja, um sie zu *verstehen,* und wie, wo und wodurch sich diese seltsamen »Funktionen« aufbauen, die die Massenmedien partout erfüllen müssen, bleibt auch im restlichen Buch ungeklärt.

Damit kommen wir zu Prof. Chomskys eigentlichem Beruf. Wer solcherart »Medien« mit Verschiebebahnhöfen verwechselt, die »Nachrichten«, auch »Symbole«, – man weiß nicht, wie – an anonyme Empfänger verschicken, welche diese Post ungefragt zu quittieren haben, wer also von *Kommunikation* und ihrer komplexen Mechanik von Verstehen, Meinen, Handeln nie gehört zu haben scheint, ja, so einer kann nur Linguist sein. Herr Chomsky ist leider nicht irgendein Linguist, sondern der einflußreichste in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts.

Mit der sog. Chomskyanischen Revolution hat sich in der Linguistik die von Saussure inaugurierte Abspaltung der Sprache als wissenschaftliches Präparat (»langue«) von der Sprache als gesellschaftlicher Prozeß (»parole«) aufs verhängnisvollste fortgesetzt. Die gesellschaftliche Dimension von Sprache spielt für Chomsky so gut wie keine Rolle mehr. (Die Konzessionen, die er etwa an die halbgare Pragmatik eines Searle macht, fallen nicht ins Gewicht.) Sprach-Verstehen ist für ihn eine in Grundzügen angeborene Fähigkeit (»Kompetenz«). Im Kopf eines jeden Kindes befindet sich, vereinfacht gesagt, ein genetisch fixierter Apparatus (»Language Acquisition Device«, LAD), der dafür sorgt, daß es (eine beliebige) Sprache erlernt. Der Apparatus stellt zu diesem Behufe (universelle) Strukturen bereit, welche eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit dem berühmten Grammatik-Algorithmus aufweisen, den Chomsky entworfen hat (»Generative Transformations-Grammatik«, GTG) – sie gleichen ihm bis auf die letzte Schraube. Im Grunde, meint Chomsky, sind wir alle geborene Chomskyaner.

Hätte er es nicht bei seiner Grammatik bewenden lassen können, knurrte seinerzeit Jean Piaget, – der ganze Angeborenheits-Krampf sei doch eine »unnötige Hypothese«. Nicht für Chomsky. Der bekennende Rationalist nimmt die cartesianische Annahme von *ideae innatae* ganz wörtlich. Sein Nativismus erlaubt ihm, idealisierte, von Gesellschaftlichem nicht angekränkelte »Sprache« zu betrachten, sterile Linguistik zu treiben.

Zurück zu Chomskys »Propaganda-Modell«. Aus eben Gesagtem erhellt, wieso dieser Linguist ganz ohne einen Begriff von Kommunikation auskommt: Das »Medium« ist hier nichts als Betrieb, Technik – Sprache (»Nachrichten«, »Symbole«) aber ein von medialen und sozialen Bedingungen weitgehend unabhängiges Instrument. Da Sprache für ihn ein (autonomes) »geistiges Werkzeug« ist, braucht Chomsky den gesellschaftlichen Ort (die Klasse, die Rolle) eines Medien-Teilnehmers nicht einzubeziehen – die Wünsche, Interessen, Vorstellungen, mittels derer einer begreift oder nicht, beeinflußbar ist oder nicht – , es genügt ihm, zu wissen, daß dieser als Mensch (biologisch/psychologisch) die Voraussetzung bietet, infiltriert zu werden: er hat ja Sprach-Kompetenz.

Nun stellt sich doch die Frage, was den einsamen Mann vor der Glotze (»alone in front of the tube«) von der Taube in der Skinner-Box unterscheidet, die vom Experimentator (hier: big media) konditioniert wird? Bekanntlich hat Chomsky seine Sprachphilosophie mit Hilfe zweier Attacken gegen den Behavioristen B.F. Skinner profiliert. Skinner hatte eine recht primitive Sprachtheorie aufgebracht, die »verbales Verhalten« über Reiz- und Reaktions-Muster rekonstruiert. Er hatte dabei völlig davon abgesehen, was im Bewußtsein der Kommunizierenden vor sich gehen muß.

Dem ehrgeizigen Chomsky fiel es leicht, Skinner methodologisch zur Strecke zu bringen. Zum Schluß der Jagd zog er dann, gewissermaßen einen Fuß auf den erkaltenden Körper des Gegners gesetzt, die eigene Konzeption aus der Tasche. Der verblüffte Leser sollte denken: Wenn Skinner nicht recht hat, dann wohl Chomsky.

Während dieser zu Ende des ersten Pirschgangs (»Language«, 1/1959) seine (noch verkappte) Angeborene-Grammatik-These eingeschmuggelt hatte, sollten es beim zweiten Mal gleich die unverlierbaren Werte »Freiheit« und »Würde« sein (in: »Aus Staatsraison«, Ffm.: Suhrkamp 1974). In beiden Fällen sah er keinen Anlaß, die größere Zuverlässigkeit des eigenen Produkts zu begründen. In puncto Determinismus (dessen mechanistischer Version Skinner anhängt), nimmt Chomsky jenen Common-Sense-Standpunkt ein, den vor 200 Jahren der treffliche Dr. Johnson wesentlich herzhafter und knapper so formulierte: »Wir wissen, daß unser Wille frei ist, und damit punktum.« Mehr sagt der Linguist auch nicht.

Wie die Sprache auf die Welt gefallen ist, so eben auch die Freiheit. Gestützt auf diesen probaten Apriorismus, ist es ihm möglich, zu behaupten, daß einer, der nur allen Mut und Grips zusammenrafft, der Propagandamaschinerie, die der Medienfachmann erst als allumfassend hinstellte, entrinnen kann. Ronat gibt er zu Protokoll: »Mit ein wenig Fleiß und

Eifer wird jeder, der bereit ist, sich vom System gemeinsamer Ideologie und Propaganda freizumachen, die Verzerrungsmethoden durchschauen, die von beträchtlichen Teilen der Intelligenzija entwickelt wurden. Jeder ist dazu imstande.«

Die Verzerrungsmethode von Herrn Chomsky ist dagegen leicht zu durchschauen: Ideologisch sind für ihn immer die anderen, während er selber im Gehege ewiger Wahrheiten bleibt. Wie soll das möglich sein? Nun, die anderen Intellektuellen stellen sich in den Dienst mächtiger Geldinteressen, während er, selbstlos, die Rechte »marginalisierter« Gruppen vertritt. Er glaubt, dazu bräuchte er keine Ideologie.

Da gibt es für ihn immer nur David und Goliath, Macht und Ohnmacht. Die Macht erhält sich vermittels ihrer Propaganda, die Ohnmächtigen haben Hausverbot. Bezeichnend ist, wie Chomsky Watergate analysiert: »Watergate? Men of power against men of power.« Nixon habe sich sozusagen in der Adresse geirrt und mächtige Interessen gestört, und so habe es in diesem Ausnahmefall einmal einen selbst Mächtigen getroffen. Sogleich richtet er (im Buch »Manufacturing Consent«, Schlußkapitel) sein simples Macht-und-Ohnmacht-Schema wieder auf. Damit seine kleine Welt wieder oben und unten hat, erzählt er die Geschichte, auf dem Zenit des Watergate-Skandals sei das FBI in das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Partei eingedrungen; kein Aufsehen habe das erregt, da ja keine mächtigen Interessen berührt worden waren.

Den ungeheuren Propaganda-Effekt von Watergate, der in der (vielleicht nicht beabsichtigten) Stabilisierung des allgemeinen Glaubens an Demokratie und freie Presse liegt, kann Chomsky ebensowenig erkennen wie die komplizenhafte Verbindung, die dissidente Gruppen – welche ja doch, wenn sie recht bei Verstand sind, Macht wollen, – mitunter zu herrschenden Eliten und Ideologien unterhalten. Seine soziologische Blindheit hat der Meister selbst sehr schön bestimmt, als er ein Gespräch mit M. Foucault so rekapitulierte: Letzterer habe da von Macht gesprochen, wo er, Chomsky, »von Gerechtigkeit redete.« Mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zeitigte Chomskys Bemühen, die Gerechtigkeit vor der Macht zu retten, katastrophale Konsequenzen. Ich meine den Fall Faurisson.

Robert Faurisson gehört zu jener internationalen Clique von Demagogen, die die Existenz von Gaskammern im 2. Weltkrieg und, wo sie dürfen, den Holocaust selbst bestreiten. Er ist Professor für Literatur an der Universität Lyon (seine Spezialität im Kader der Geschichtsfälscher besteht daher auch im In-Frage-Stellen der Authentizität des Tagebuches von Anne Frank). 1979 entzogen ihm offizielle Stellen die Lehrerlaubnis, da sie nicht mehr für seine Sicherheit garantieren konnten.

Eine Gruppe – teils »libertärer« – Intellektueller sah dadurch das Recht des Herrn Faurisson auf Meinungsfreiheit beschädigt und ging Chomsky um Unterstützung an. Der unterzeichnete die Petition zugunsten des Fälschers »ohne Zögern«, obwohl er, wie er selbst betont, nicht wußte, was dieser geschrieben oder gesagt hatte.

Nun regte sich doch einiger Protest, den Chomsky mit einer Stellungnahme konterte, die er den Faurisson-Freunden zur freien Verfügung überließ. Daß man sie gleich als Vorwort für eine Verteidigungsschrift Faurissons verwendete (»Mémoire en défense. La question des chambres á gaz«. Paris, La Vieille Taupe 1980), war Chomsky dann zwar nicht mehr recht, er sieht aber bis heute keinen Grund, seine Argumente zurückzunehmen.

Welcher Art seine Argumente sind, liegt bei diesem Verteidiger ewiger Werte nahe: »Unter den Leuten, die etwas vom 18. Jahrhundert (siehe Voltaire) gelernt haben, versteht es sich von selbst und ohne Diskussion, daß die Verteidigung des Rechts auf freien Ausdruck sich nicht auf diejenigen Ideen beschränkt, die man billigt; sondern gerade im Fall der Ideen, die man schockierend findet, muß dieses Recht am entschlossensten verteidigt werden.« Chomsky indes gehört zu den Leuten, die aus dem 20. Jahrhundert nichts gelernt haben. Angeblich (s. »Zeit«, 4/1981) soll er gesagt haben, selbst für »Mein Kampf« hätte er ein Vorwort geschrieben, denn »Hitlers Buch (habe) auf die Entwicklung des Nazitums keinerlei Einfluß ausgeübt«. Das kommt alles von der Medientheorie.

Daß Faurisson (vgl. seinen Auftritt im Film »Manufactoring Consent«) auf die Meinungsfreiheit pfeift, sofern sie nicht ihn selbst angeht, und freimütig bekennt, daß er nur »siegen« wolle, versteht sich von selbst. Chomsky hingegen – wohl durchdrungen von der Vorstellung, er habe es hier mit einer »marginalisierten« Sekte zu tun – ist von der Harmlosigkeit Faurissons ganz und gar überzeugt. Nachdem er im unfreiwilligen Vorwort mehrfach unterstrichen hat, er habe nicht genug von dem Herrn gelesen, um beurteilen zu können, ob der »wirklich ein Antisemit oder ein Nazi« sei – als ob nicht ein einziger Satz genügte, das zu wissen! – , gibt er schließlich die überraschende Einschätzung preis, Faurisson sei ein »relativ apolitischer Liberaler«!

Da verwundert es nicht, die französischen Übersetzungen von Chomskys Büchern in den Kleinverlagen erscheinen zu sehen, die auch Faurisson herausbringen, dem, um das zu präzisieren, keineswegs das Recht auf freie Äußerung, sondern lediglich die Lehrfreiheit entzogen wurde. Interessantes Detail am Rande: Besonders verdient gemacht um Faurissons Werk hat sich der Bruder des Multikultur-Theoretikers Cohn-Bendit, Jean Gabriel, der unter anderem einen Band mit Beiträgen kritischer Anhänger des Gaskammer-Leugners einleitet; Cohn-Bendit stellt dabei seine »Übereinstimmungen und Nicht-Übereinstimmungen« mit Faurisson heraus (»Intolérance intolérable«. Paris, Ed. de la Différence 1981).

Sein Vorwort hat Chomsky mit einem nachgeschobenen Kommentar (»The Nation«, 28.2.1981) bekräftigt, in dem er noch einmal ohne Scheu aufzählt, für wen er außerdem Petitionen unterschrieben hat: osteuropäische Dissidenten, Kriegsverbrecher, geschworene Rassisten. Nie sei er dafür kritisiert worden. Warum wird er nun in Frankreich so sehr gezaust?

Chomsky hat einen Verdacht. Im Vorwort malt er von dem kulturellen Leben in Frankreich ein Porträt, das unversehens tiefen Einblick gibt in die dunklen Falten einer cartesianischen Seele. Im Gegensatz zu den USA sei in Frankreich »die Tradition der Bürgerrechte weit davon entfernt, ... fest verankert zu sein«. Die französische Intelligenz sei über viele Jahre durchsetzt worden von »tiefgehenden totalitären Tendenzen«, als da sind: »Kollaboration, der große Einfluß des Leninismus und seiner Varianten, der quasi wahnwitzige Aspekt der intellektuellen Neuen Rechten«.

Da selbst er seine Widersacher in der Faurisson-Kontroverse kaum unter alten Kollaborateuren und Neuen Rechten suchen wird, bleibt ein Gegner: der Leninismus, der, wie er im Kommentar schreibt, selbstverständlich »nichts mit ›Sozialismus‹in irgendeiner sinnvollen Bedeutung des Begriffs« zu tun habe. Hier quillt der Antikommunismus hervor, den er doch in seinem Medien-Buch als einen der Propaganda-»Filter« der US-Majors agnostiziert hatte. So finden abweichende und herrschende Lehre endlich zueinander.

Vielleicht weil er seinen oft bekundeten Gesunden Menschenverstand von verrückt gewordenen französischen Anti-Chomskyanern bedroht fühlt, will er außerdem den »eigenartigen und dadaistischen Charakter des intellektuellen Lebens im Nachkriegs-Frankreich« erkannt haben. Daß Chomsky das Talent zum Dadaisten fehlt, hat er schon in der fünfziger Jahren mit seiner Analyse des berüchtigten ersten Satzes der GTG bewiesen: »Colorless green ideas sleep furiously.« Er gilt Chomsky und seinen Anhängern als Paradebeispiel einer zwar (GTG-)grammatischen, aber sinnlosen Formulierung. Lange vor der Faurisson-Affäre war damit offensichtlich geworden, daß sinnlos für Chomsky genau das ist, was er sich nicht vorstellen kann.

Nächst dem Faschismus hat der sich unideologisch dünkende Gesunde Menschenverstand in unserem Jahrhundert die schwerwiegendsten geistigen Verwüstungen angerichtet. Aber vielleicht ist selbst das faschistische Denken bloß eine Abart des Common Sense?

(Der Autor dankt Frau M. Hoffmeister, New York, für freundliche Unterstützung.)

Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 5/93 über »Olympia 2000« in Berlin

Konkret 07/93, S. 48

Oliver Tolmein

Liberale Reflexe

Nach massiven Protesten hat sich der Rowohlt Verlag entschlossen, die Veröffentlichung eines Buches zu unterlassen, das einen Aufruf zur Tötung behinderter Kinder enthält. Die Reaktionen auf diese Entscheidung zeigen, daß die neue »Euthanasie«-Debatte einen kritischen Punkt erreicht hat

»Die Zeit« ist eine liberale Wochenzeitung. Sie pflegt ein Feuilleton, das sogar Spott, Satire, Ironie für den eigenen Chefredakteur bereithält – ein kritisches Feuilleton also. Daß es unabhängig ist, versteht sich von selbst. In grundstürzenden Angelegenheiten, zum Beispiel wenn es um »Die Welt von Fall zu Fall« geht, bemüht der verantwortliche Redakteur, der nur zufällig nicht Botho Strauß heißt, selbst seine Gedanken und hebt an zum Bocksgesang: »Wo beginnt, wann endet der Schutz des Lebens?« Nein, es geht weder um Mölln noch um Solingen, nicht ganz jedenfalls. Mölln und Solingen, der Zusammenhang von politischem Diskurs und Menschenschlächterei, von rassistischem Agitieren und mörderischem Agieren, findet in der Spalte neben dem Text des verantwortlichen Redakteurs Platz. Benedikt Erenz erinnert dort an ein Rundschreiben des einstigen CDU-Generalsekretärs, das darauf zielte, die Asylpolitik bundesweit zum Thema zu machen, und zeiht zu Recht den »Lehrer Rühe« der Mitverantwortung für »bestimmte Diskurserscheinungen der letzten Monate« (»Zeit« Nr. 23/93).

Ulrich Greiner dagegen will Erinnerungen abschütteln; er blickt in die Zukunft. »Wir müssen Kriterien ausbilden, nach denen relativ sicher bestimmt werden kann, ob ein menschliches Wesen den moralischen und rechtlichen Anspruch auf Schutz des Lebens hat.« Ein skandalöser Satz, den sich Benedikt Erenz für spätere Gelegenheiten schon mal merken sollte – und doch ein ganz »normales« Statement, denn Greiner schreibt nicht über Brandanschläge auf Immigrantinnen und Immigranten, sondern über die akademische Debatte zum Thema »Euthanasie«, genauer: über die Tötung behinderter Neugeborener, die Greiners Meinung nach aus Gründen der Konsistenz erlauben muß, wer sich für die Abschaffung des Paragraphen 218 engagiert. Der Feuilleton-Frontmann, dem die Proteste gegen das 218-Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine »verräterische Kampagne« zu sein scheinen, hält sich nicht lange mit Details auf. Auch für das sorgsam begründete Minderheitenvotum des Vorsitzenden Richters Mahrenholz mag Greiner keine Zeile erübrigen. Die Frau nicht nur ein Gefäß des Fetus, die Schwangerschaft eine einzigartige Phase der »Zweiheit in der Einheit«? Überlegungen, die nicht einmal abgetan, sondern ignoriert werden, weil sie nicht zum Ziel führen: »Wer in der Abtreibungsfrage für Toleranz plädiert ... der muß auch in bestimmten Fällen Euthanasie für erlaubt ... halten.«

Und wer in bestimmten Fällen für die Tötung von »menschlichen Wesen«, die Menschen sind, eintritt, kommt über kurz oder lang dann doch wieder auf Flüchtlinge zu sprechen. Die Konsistenz erzwingt einen bedrückenden Diskurs. Wer gegen die Tötung Behinderter auftritt, führt Greiner seine logische Gedankenkette fort, ist wahrscheinlich nicht von Caritas geleitet, sondern von »blindem Fanatismus«, was seine Ursache wiederum im Auseinanderfallen des Weltbildes hat und als Nebenwirkung ein Engagement gegen die Abschaffung des Asylrechts nach sich zieht: »Sie (die Linke) plädiert für die Beibehaltung des Asylartikels, was de facto auf eine unbeschränkte Einwanderung hinausliefe, und sieht nicht, daß die dadurch entstehende Multikulturalität akzeptierte Grundlagen unseres Zusammenlebens, wie etwa die Meinungsfreiheit oder das Selbstbestimmungsrecht der Frau, relativieren müßte.«

Das »Zeit«-Feuilleton, wir haben es schon festgestellt, ist unabhängig. Es verzichtet von Fall zu Fall mehr auf die Wahrnehmung der Wirklichkeit, um die eigene Meinung von ihr frei und selbstbestimmt pflegen zu können. Deswegen nur noch eine der Greinerschen Erkenntnisse zum Schluß, weil sie so schön anschaulich werden läßt, wie ein Ressentiment das nächste befördert und alle zusammen dann mit dem Abschied von der als Reflex denunzierten antifaschistischen Tradition unverzüglich die geistige Mobilmachung einläuten: »Beide Emotionen, die gegen eine Änderung des Artikels 16 und die gegen eine Diskussion über Euthanasie, nähren sich aus einer zum bloßen Reflex gewordenen antifaschistischen Tradition. Sie hilft nicht weiter, erzeugt allenfalls ein ideologisches Wohlbefinden, das vor der Wirklichkeit kapituliert. Erst jetzt ist die Bundesrepublik, die vierzig Jahre lang im Windschatten der Geschichte ein friedvolles Dasein führte, in die historische Gegenwart eingetreten und wird mit allen bitteren Widersprüchen und harten Unverträglichkeiten der Moderne konfrontiert.« Daß der Sturm, den Greiner gerne losbrechen lassen möchte, ein Volkssturm sein wird – was scherts den Redakteur, solange sich jemand findet, der die Auswahl der Opfer konsistent begründen kann.

Für die »Lösung der Behindertenfrage«, die gerade aufgeworfen wird, heißt der zuständige Mann Peter Singer. Der Verlag, der sich seiner angenommen hat, ist wahrscheinlich nicht ganz zufällig derselbe, der auch die antisemitisch gefärbte Streitschrift verlegt hat, in der Ulrich Greiners Herausgeber Helmut Schmidt und Marion Gräfin Dönhoff gegen Raffgier und Schmarotzertum vom Leder ziehen. Die Zeit für Singer allerdings, das mußte der Rowohlt Verlag nun feststellen, ist (noch) nicht reif.

Das von Singer und seiner Mitarbeiterin Helga Kuhse verfaßte Buch »Should the baby live?« (bei Rowohlt etwas schönfärberisch mit: »Muß dieses Kind am Leben bleiben?« übersetzt) ist ein Aufruf zur Tötung behinderter Kinder (Singer schreibt von »infants«). Der Tod sei, behauptet das Autoren-Duo, zum einen das beste für die Behinderten selber,

weil ihnen mit Spina bifida (offener Rücken, meist verbunden mit Lähmungen der Beine, manchmal mit Hydrozephalus und geistiger Behinderung einhergehend) oder Down-Syndrom ohnedies nur ein leidvolles Leben bevorstünde. Vor allem aber liege es im Interesse der Eltern, der potentiellen oder tatsächlichen Geschwister, aber auch der Gesellschaft als Ganzem, daß behinderte Neugeborene nicht am Leben blieben: »Wenn wir versuchten, alle behinderten Kinder am Leben zu erhalten, ohne zu berücksichtigen, was das für eine Art von Leben sein wird, werden wir auf andere Dinge verzichten müssen, die wir für mindestens so wichtig halten. ... Jedes Ansteigen der Zahl der Pflegebedürftigen heißt, daß ohnehin schon überstrapazierte Finanzierungsmöglichkeiten noch mehr überstrapaziert werden.«

Daß das Gemeinwesen Deutschland seine Finanzierungsmöglichkeiten für die Pflege behinderter und alter Menschen überstrapaziert sieht, fand parallel zur Abschaffung des Asylrechts seinen Niederschlag in der Debatte um die Einführung der Karenztage zwecks Pflegeversicherung. Es ist abzusehen, daß auch die noch sorgsam kaschierte und schrittweise Einführung der Billigpflege (3 bis 4 Stunden pro Tag für Schwerpflegebedürftige, die Rund-um-die-Uhr-Assistenz benötigen) und die Umwälzung der Kosten auf die Versicherten den Sparwünschen der Finanzpolitiker nicht ausreichen wird. Eine allgemeine Debatte über die unzumutbaren Belastungen durch Behinderte und den »Altenberg« steht uns erst noch bevor. Das Buch von Singer/Kuhse leistet dafür Pionierarbeit, denn die volkswirtschaftlichen Gründe, die dagegen sprechen, daß bestimmte »menschliche Wesen den moralischen und rechtlichen Anspruch auf Schutz des Lebens« (Greiner) erhalten, sind in Deutschland bislang nirgends so offen artikuliert worden wie dort.

Daß der Rowohlt-Verlag die Erarbeitung der detaillierten Selektionskriterien als »ernstes Bemühen der Autoren um eine barmherzige Antwort auf Grenzfragen der Humanität« wertet, steht dazu keineswegs im Widerspruch. »Euthanasie« war, allen Legenden zum Trotz, in Deutschland schon immer ein Akt des Mitgefühls, wie sich z.B. aus einem Urteil des Bundesgerichtshofes gegen den SS-Obersturmführer Borm, Mitglied der »Leibstandarte Adolf Hitler«, entnehmen läßt: Der Arzt und passionierte Nazi wurde 1974 trotz seiner Beteiligung an 6.652 »Euthanasie«-Morden während des Nationalsozialismus vom Bundesgerichtshof in letzter Instanz freigesprochen, da »der Angeklagte hauptsächlich an einen Akt der Barmherzigkeit gedacht haben will«, was sich aus seiner als glaubwürdig akzeptierten Einlassung ergibt: An der Vernichtungsaktion habe er, Borm, sich nur beteiligt, weil »es sich bei den zur Tötung vorgesehenen Menschen um völlig verblödete, abgebaute Existenzen in erbarmungswürdigem Zustand gehandelt (habe); ... er habe nicht gewußt, daß die Tötungen in erster Linie von Nützlichkeiten bestimmt gewesen seien, sondern an eine ›wirkliche Euthanasie‹ geglaubt.«

Selbstverständlich ist Peter Singer kein SS-Obersturmführer, er ist nicht mal ein einfacher Nazi. Aber auch die Debatte um Zwangssterilisation und »Euthanasie«, die in den zwanziger Jahren im Deutschen Reich, aber auch in den USA und England geführt worden ist, wurde nicht von den Ideologen der NSDAP, sondern vor allem von wissenschaftlich renommierten Medizinern und Juristen vorangetrieben. Anders als damals wissen wir heute aber, zu welchen Verbrechen die Hierarchisierung eines menschlichen »Lebenswertes« führen kann und was eine mögliche Konsequenz aus der Aberkennung des Lebensrechts für wie schwer auch immer behinderte Menschen ist.

Der Rowohlt Verlag hat sich Ende April 1993 entschlossen, »Should the baby live?« doch nicht auf Deutsch zu veröffentlichen. Ein Happy-End ist das nicht. Glaubt man Michael Naumann, dem Geschäftsführer des Verlags, ist dieser Entschluß nämlich weder das Resultat des tausendfachen Protestes von Buchhändlerinnen und Ärzten, von Behinderten und von Lektoren im eigenen Haus, noch folgt er gar einer Einsicht in die real existierende, wenngleich möglicherweise nicht gewollte gedankliche Tradition der Singerschen Argumentation. »Aus privaten Gründen, für die der Verlag keine Rechenschaft schuldig ist«, so Naumann gegenüber dem Mitveranstalter einer öffentlichen Diskussion mit dem Titel »Rowohlt gegen Behinderte«, habe man sich zu diesem Schritt entschlossen. Der Presse wurde, differenziert nach mutmaßlicher Stellung zu Singer und stets ganz vertraulich, mitgeteilt, daß der Rowohlt Verlag nie geplant habe, das Buch zu veröffentlichen (»Süddeutsche Zeitung«), bzw. daß er von dem nie gehabten Plan zurücktreten mußte, um Leib und Leben der ihm anvertrauten Mitarbeiter vor »terroristischen Maßnahmen gegnerischer Gruppen« zu schützen (»Die Woche«, »Die Zeit«). Den Erfolg dieser nicht gerade konsistenten, aber überaus phantasievollen Pressearbeit sicherte Michael Naumann, Herr über einen respektablen Anzeigenetat, wo nötig durch persönliche Ansprache in den zuständigen Chefredaktionen.

Das Resultat ist eindrucksvoll: Empörung und Erbitterung in den Feuilletons über die anmaßenden Ideologen der Behinderten-Bewegung und ihre terroristischen Freunde – und wo sich derlei nicht herstellen ließ, wie in der »taz«, der »SZ« oder im »stern«, wird wenigstens vornehm geschwiegen und der Schlüssel der Schreibtischschublade mit den prekären Manuskripten entschlossen rumgedreht. Einer staatsloyalen freien Presse in einem freien Deutschland ist eben alles möglich – nur nicht ein konsequentes Plädoyer gegen das Erscheinen einer Streitschrift, die zum Mord aufruft. Letztlich gehört sich das auch so, weil es anders falsch wäre. Andreas Kuhlmann hat sich, um eben das nachzuweisen, in der »Frankfurter Rundschau« für die »Debatte über die Sache«, die keine Sache, sondern eine aktive Handlung, ein Verbrechen ist, trotz einiger Bedenken und Einwände gegen Singers Extremismus in die Bresche geworfen: »Die Behauptung, daß es das Beste sei, diese Dinge (Kuhlmann meint das Plädoyer für die Tötung behinderter Neugeborener, O.T.) unter den Teppich zu kehren« – die niemand aufgestellt hat – , »zeugt von einem bemerkenswerten Mißtrauen

gegenüber der eigenen Gesellschaft«. Und zu diesem Mißtrauen gibt es bekanntlich 1993 so wenig Anlaß wie schon seit sechzig Jahren nicht mehr.

Die Auseinandersetzung um »Euthanasie«, mit neuer Schärfe im Jahr der Deutschen Einheit entbrannt, ist jetzt an einem kritischen Punkt angelangt. Die »Euthanasie«-Gegner haben, vor allem mit ihrem Protest gegen die Veröffentlichung des gefährlich diskriminierendem Buches von Singer/Kuhse, einen bemerkenswerten und wohl auch unerwarteten Erfolg erzielt. Die öffentlichen Reaktionen darauf zeigen aber, daß ein Wendepunkt bevorsteht, daß das Klima rauher werden wird – so wie die Basis der »Euthanasie«-Befürworter fester und breiter geworden ist. Die Debatte um den angeblichen Mißbrauch von Sozialleistungen, der Pflegeversicherungsstreit und die Einschnitte in die Krankenversorgung tragen das ihre dazu bei, den Druck zu vergrößern.

Andreas Kuhlmanns Beitrag in der »Frankfurter Rundschau«, die zu Beginn der Auseinandersetzungen entschlossen wie keine andere überregionale Tageszeitung gegen die »Euthanasie«-Philosophen angeschrieben hatte, ist dafür ein Beispiel: Er tritt für die Veröffentlichung von Singers Buch ein – auch weil er dessen Positionen für diskussionswürdig hält. Zwar seien sie überzogen und daher angreifbar, aber eben nicht prinzipiell falsch: »(Es) würde sich breite Übereinstimmung (daß eine zum Tode führende Nichtbehandlung gerechtfertigt sei, O.T.) wohl für Patienten finden lassen, denen, wie in schwersten Fällen der Spina bifida (offener Rücken), die Lebensverlängerung absehbar ein übergroßes Maß an Qualen bescheren wird. Doch bei solchen krassen Negativbefunden belassen es Kuhse und Singer nicht...« Daß auch die »krassen Negativbefunde« keineswegs objektiv begründet, sondern als krass vor allem in der einseitigen (und z.T. veralteten) Darstellung der von Singer/Kuhse ausgewerteten Literatur dargestellt sind, wird schon nicht mehr zur Kenntnis genommen. Die »Lebenswert«-Philosophie ist so bereits in Ansätzen übernommen – wenngleich die Grenzen noch deutlich anders gezogen werden. An die Stelle aktiver Solidarität und eines Plädoyers für Selbsttätigkeit tritt das Versprechen von Mitleid und die Hoffnung auf andere: »Es ist keineswegs ausgemacht, daß sich dann (wenn ohne Einschränkungen und Gegenwehr über Euthanasie diskutiert würde, O.T.) diejenigen ermuntert fühlen, die mit geschädigten Föten und behinderten Neugeborenen kurzen Prozeß machen wollen. Es könnten vielmehr Stimmen laut werden, die die Lebensansprüche auch von physisch oder mental beeinträchtigten Menschen verteidigen.«

Es könnten – wahrscheinlich aber ist das nicht, denn zur Zeit läßt sich eher beobachten, wie die Stimmen gegen den deutschen Zeitgeist verstummen. Wer die eigenen Ansprüche sichern will, verzichtet auf allzu lautes Engagement. In der Kantine und zu Hause vor dem Fernseher läßt sich der Unmut über die allgegenwärtige Verrohung der Verhältnisse komfortabel ausleben, wozu sich da noch dem Risiko aussetzen, öffentlich als ein Ewiggestriger behandelt zu werden, als einer, der den Anschluß an die Moderne verpaßt hat, deren Bewältigung, ob es uns gefällt oder nicht, nun einmal leider Blut, Schweiß und Tränen verlangt.

Der Verlauf des Konflikts um die De-facto-Abschaffung des Asylrechts ist lehrreich auch für die Debatte um »Euthanasie«: Am Anfang war die Empörung über »Scheinasylanten« eine extremistische Minderheitenposition, heute schließt sich die Volksgemeinschaft gegen die »Überfremdung« zusammen, nicht gern, beileibe nicht, aber eben der Einsicht in die Notwendigkeit der Wahrung deutscher Besitzstände folgend. Und die, denen das nicht paßt, murren leise; zwischenzeitlich, nach einem Mord, den ohnehin alle verurteilen, auch mal etwas lauter, dann wieder leiser. Wir werden uns gewöhnen. Und morgen nehmen wir dann hin, wie gegen neue unerträgliche Belastungen zu Felde gezogen wird.

Von Oliver Tolmein erscheint im August ein Buch über die neue »Euthanasie«-Bewegung: »Wann ist ein Mensch ein Mensch?«(Hanser Verlag)

Konkret 07/93, S. 50

Roger Willemsen

Ich habe gelesen

»Die Literatur ist eine Literatur der Einsamen geworden.« Einem gut hundertfünfzig Jahre alten Satz riecht man zuerst an, daß er alt ist, aber der hier hat sich mit den Jahren verjüngt. Als Immermann ihn niederschrieb, war es die jüngste Errungenschaft der Moderne, sich »epigonal« zu nennen, post-goethisch, post-paulsch, heute ist sie in Deutschland im Grunde post-literarisch, rhapsodisch und eklektisch. Egal, wie sie redet, ihre Sätze sind von der Einsamkeit des Mediums ebenso durchdrungen wie von der Unfähigkeit, schreibend allein zu bleiben. Das gibt der literarischen Einsamkeit etwas Dialektisches. Sie ist unerreichtes Ideal, denn alles redet mit, sie ist Stilprinzip einer stilistisch stärker als praktisch kultivierten Besonderung, und sie ist aufgezwungenes Resultat einer Isolierung des Mediums, das kaum mehr Gegenwart gewinnt. Es fällt mir schwer, der neueren deutschen Literatur anders als mit ethnologischem Interesse zu folgen.

Das hängt vermutlich auch damit zusammen, daß sie es kaum bewerkstelligt,die Veränderungen, die das Medium von außen erfahren hat, im Schreiben unfühlbar zu machen. Heute liegt der Vorzug eines Buches darin, daß man es in der U-Bahn lesen kann. Die bloße Ausübung der Lektüre hat etwas Kontemplatives, durch ihren gemächlichen Nachvollzug sogar manchmal etwas Begriffsstutziges: Der Lesende erstarrt wider Willen zu einer Allegorie der Kontemplation.

Und die Antwort? Immer noch derselbe Jahrhundertwende-Habitus, Weihe oder expressionistisches Wirr- und Entbranntsein, Proletarisches allenfalls chic, aber kein am Medium selbst entwickeltes Subkultur-Bewußtsein, die Artistik edel wie Knutschflecken auf einer Leiche.

Es fällt mir schwer, neuere deutsche Literatur zu lesen, weil ich das Aroma ihres Sprechens nicht gerne habe, auch nicht das meines eigenen. Es gibt da ein Übertreiben und Hochstapeln, ein Blenden und Täuschen, das mit den Ichsätzen in allen Sätzen zu tun hat, aber auch mit jenem Überhang an Programm, das über die Tatsache hinwegtäuschen soll, daß das eigentliche Konzept neuerer Bücher im wesentlichen von zwei Faktoren bestimmt wird: Man schreibt nicht, was man muß oder sollte, sondern das, was man kann, und man schreibt weniger vor der Welt als vor der Leitidee des möglichen Erfolgs, der das Schreiben zur notwendigen, das heißt auch zu einer nicht folgenlosen Handlung werden ließe, also etwa mit dem Gestus eines Novalis, als er schrieb, es sei wohl noch niemand »an das Grab seines Freundes gewallet« ohne die heimliche Hoffnung, »diesem dort wirklich zu begegnen«.

Die neuere Literatur spricht in der Regel immer noch mit dem Gestus des imperialen Mediums, das sie einmal war, als die Aufklärung, die Verschriftlichung der Welt und ihre territoriale und politische Unterwerfung synchron verliefen. Sie wird in doppelter Hinsicht zum Kompensationsmedium: für den Bedeutungsverlust der Schrift ebenso wie für den der Biographie ihrer Autoren. Je knapper die Verfallsfristen der Bücher, desto ewiglicher ihr Gestus, je ehrbarer das Leben der Verfasser, desto outrierter ihre Geschichten, in denen sich gespenstischerweise Lebenssituationen erhalten, die außen etwa so beliebt und so verbreitet sind, wie daß nackte Frauen dem Postboten öffnen.

Ein Buch vermittelt sich zunächst durch seinen Stil, und Stil ist auch die regelhafte Verbindung zwischen Fehlern und repetitiven Formen, eigentlich die Demarkationslinie zur Außenwelt. Wo sich Autoren als Repräsentanten der Ausnahme empfinden, gewinnt der Stil eine Dominanz und einen Eigenwert, die ihn undurchlässig werden lassen. Mit der Zeit habe ich deshalb eine Vorliebe für »stillose« Mitteilungen entwickelt. Sie haben so etwas Verwackeltes wie von doppelbelichteten Fotos, ohne identifizierbares Ich und mit der Tendenz, in die unterschiedlichsten Richtungen auseinanderzustreben. In ihrer Mitte steht dann nur eine Vermutung, aber wie aus mehreren Lichtquellen beleuchtet und von heterogenen Erregungen getroffen. So war meine größte literarische Neuentdeckung aus den letzten Monaten die folgende Todesanzeige:

Warum er?

Mark W. K. Richardson

alias

Markus Markoni

Für die einen war er der Vorzeigeami Nr. 1.

Für viele ein unerreichtes Idol und Original.

Viele Tricks und Ideen tragen seine Handschrift.

Unvergessen bleiben Hut und Huhn. Deutschland war im Winter seine Wahlheimat. Hier starb er 30jährig nach einem Auftritt an einem Asthmaanfall nahezu grundlos.

Jongleure, die ihn nicht vergessen werden.

Seine Urne wird nach Hawai fliegen

»Original«, »Urne«, »Huhn«, »Asthmaanfall«, »Hawai« – jedes zweite Wort in diesem Text habe ich hier zum ersten Mal nach langer Zeit wieder verstanden, es kommt mir sogar vor, als sei dieser Text in all seinen Bestandteilen aus Vokabeln und mit der Aura von Namen zusammengesetzt.

Ungenießbar werden Texte dagegen in ihrer angestrebten Arbeit am Namen des Autors. Manche formulieren, als sei es der Himmel des Schreibens, zuletzt mit dem eigenen Namen argumentieren zu können. Deshalb sind Texte auch meist an der Stelle beendet, wo die Arbeit an der Unantastbarkeit von Person und Werk abgeschlossen ist.

Der Repräsentationsschriftsteller Thomas Mann zum Beispiel klingt, als sei er unablässig von der Gediegenheit seines Namens heimgesucht worden. In der Feier der Sprache wird die Außenwelt zum Paria und ist im Grunde kaum mehr satisfaktionsfähig, weshalb sie gefälscht, montiert, mit Kunstlicht beschienen und behandelt werden muß, bis sie sich dem Stilwillen des Verfassers bedingungslos unterwirft. Thomas Manns Werk ist die Wiederkunft des Manierismus in der Literatur, gedrosselt vom bürgerlichen Geschmack des Autors. Deshalb sind vor allem die Untermenschen der Bildung in diesem Werk aufschlußreich. Diese Frau Stöhr aus dem »Zauberberg« zum Beispiel ist eine Figur, an der Thomas Mann unablässig abzustrafen scheint, was aus ihm geworden wäre, hätte er es nicht zu Thomas Mann gebracht. Sie vertritt einen einerseits überwundenen, im engeren Sinn aber anscheinend nicht überwindbaren Entwicklungsstand des Autors, der sich vor allem durch seinen dürftigen, der Selbstironie offenbar entzogenen Humor als Alter ego verrät. In der Charakterisierung von Unbildung hat Mann etwas Feixendes, Kalauerndes, das an triste Stunden abendlicher Fernsehunterhaltung erinnert. Frau Stöhr sagt »kosmische Anstalt« statt »kosmetische Anstalt«, »Tournee« statt »Turnus«, »Beethovens Erotica« statt »Eroica«, das ist nicht nur ziemlich unspezifisch für den ungebildeten Menschen, es ist auch so unkontrolliert dahingeblödelt, als habe der Autor hier etwas Vorbewußtes in sein seriöses Unternehmen eindringen lassen, das zu eigen war, um von der Korrektur neutralisiert oder aufgehoben werden zu können.

Die Vollendung der Arbeit am eigenen Namen findet in der neueren Literatur bei Elias Canetti statt, auf den Bakunins Wort über Karl Marx anwendbar ist: »Marx ist äußerst eitel, eitel bis zum Schmutz und zur Tollheit«. Canetti hat sich vermutlich in keiner Zeile seines Werkes je selbst vergessen. Er schreibt Philologenliteratur, das heißt, er liebt es wie Mann, Dinge hinter dem Busch zu verstecken, damit sie hinterher dort wiedergefunden werden können.

Texte wie diese kommen mir inzwischen fast ungenießbar vor, weil sie so beharrlich einem Überich »Literatur« huldigen, unter dem beides läppisch wird: die Literatur und die Huldigung. Deshalb ziehen mich außer den Stillosen die tonlosen Mitteilungen an, also solche, in denen die Literatur als Kunstform überhaupt nicht zu existieren scheint, sondern die erst in sich die Notwendigkeit des gebundenen Sprechens begründen.

Zum Beispiel der Marquis de Sade, von dem Gilles Deleuze mit einem Ausdruck von prägnanter Unschärfe gesagt hat, daß er »denotativ« schreibe, also gewissermaßen in der Anstrengung, den Worten alles zu nehmen, was an ihnen nicht evident sei. De Sade begründet im Wort die Sache und nur diese. Die Duclos spricht: »Ich bohnte ihn von ganzem Herzen, er geriet in Verzückung, aber als er die Schändlichkeit sah, die man von der Jungfrau verlangte, als er sah, wie die Hände eines ausgemachten Lüstlings über diesen schönen Körper wanderten, der noch nie dergleichen Berührungen erduldet hatte, als er sah, wie man sie auf die Knie zwang, sie nötigte, den Mund zu öffnen, wie er sein feistes Glied hineintat und dort entlud, da warf er sich zurück, fluchte wie ein Besessener, schwor, daß er sein Leben lang noch kein solches Vergnügen gekostet habe und ließ die sicheren Beweise seiner Lust zwischen meinen Fingern.«

Die Voraussetzungen dieser Passage hat de Sade selbst implizit an einer anderen Stelle beschrieben: »Der Mensch ist zwei Schwächen unterworfen, die an seine Existenz gebunden sind und diese kennzeichnen: Er hat stets und überall das Bedürfnis zu beten und das Bedürfnis zu lieben. Auf diesem Umstand beruhen alle Romane«. De Sades Bücher sind nach diesem Verständnis weder Romane noch überhaupt Literatur, eher sind sie Feststellungen, die mit der »Literatur« nicht anders verfahren als mit den Opfern. Die Abtötung des literarischen Sprechens wäre vorbildlich in ihnen, wenn sich diese Sprache nachschreiben oder auf Gebiete übertragen ließe, die weniger Ranküne begegnen, als es in der zitierten Passage der Fall ist.

Am ehesten findet man solches Sprechen in Gebrauchstexten wieder, Gerichtssaalprotokollen, technischen Erklärungen, zoologischen Büchern: Paul Lindau zitiert gegen Ende des letzten Jahrhunderts eine zwölfjährige Mörderin mit den Sätzen: »Mit Herrn Landgerichtsrat Hollmann fuhr ich in einer Droschke nach dem Leichenhause. Ich aß ein Brötchen, das mir Herr Landgerichtsrat Hollmann gab, mit gutem Appetit. Ich sah die Leiche der kleinen Grete, die entkleidet auf einem Bett lag. Ich habe dabei keinen Schmerz und kein Bedauern empfunden.« Vielleicht ist die Art des Sprechens, die mir vorschwebt, von einer spezifischen Form der Amoral untrennbar, aber wenn es so ist, dann ist auch diese Amoral inzwischen offenbar unerreichbares Ziel, und jedenfalls bildet sich in ihr ein Verhalten ab, das geeigneter zur Kommunikation in einem emphatischen Sinn ist als die Feier von Werten wie Individualität, Gemeinschaft, Aufklärung, Erfahrung oder auch nur Stil.

Gar nicht weit von hier findet sich die Tonart, die Rémy de Gourmont für die Begattung schildlausartiger Insekten findet: »Dieses Männchen aber sucht die Genitalspalte, die es oft erst nach langem und ängstlichem Forschen findet, und wo es dann seiner Pflicht genügt, sich loslöst, hinfällt und stirbt«, oder im Falle der Geier: »Die Vereinigung kam endlich unter einem Heidenlärm verkrampfter Federn und aneinandergeschlagener Knochen zustande.«

Es gehört zu den Ladenhütern der Ästhetik, Form und Inhalt als identisch zu beschreiben. Unter den gegenwärtigen Texten sind mir inzwischen trotzdem meist jene sympathischer, in denen die Mitteilung ihre Form dominiert. Das hängt wohl mit einem an der Literatur selbst entwickelten Widerwillen gegen das Klima der Übertreibung und Überhitzung zusammen, auch mit einem Mißtrauen gegen die Ausnahmeerfahrung und das Vorbild des inspirierten Künstlers. An die individuelle Erfahrbarkeit mag glauben, wer will. Der Anspruch greift ins Nichts.

Das Ausnahmemenschliche in der Literatur korrespondiert dem Fetisch des Aktuellen in der Tagesberichterstattung. Es hat etwas von dem Abdruck »Neu« auf Produkten, eine Formbeschreibung, die nicht qualifiziert, aber als Qualifikation aufgefaßt wird. Dabei reflektiert die outrierte Erfahrung der Gegenwartsliteratur nichts so eindrucksvoll wie den Funktionsverlust der Literatur und ihrer Autoren, die in ihren Kompensationsleistungen immer hysterischer werden und sich gerade in ihrer Spezialisierung auf die besondere Innenwelt innig an die Tradition anlehnen. So war es immer. Jeder zweite von allen, die zwischen Baumwall und Schlump oder Odeonsplatz und Kieferngarten in der U-Bahn sitzen, denkt: Ich bin ein Besonderer, und wenn er Autor ist, macht er aus dem Nachweis seine Tagesration Arbeit.

So hat sich die neueste Literatur zu einem Arsenal der Déjà-vus entwickelt, in dem die alten, meist ausländischen Stoffe neu geschnitten, temperiert und aromatisiert aufgehoben wurden. Als ein Ausweg aus dem Dilemma empfahl sich in den letzten Jahren ein Schritt, der wie der Wechsel von der gegenständlichen zur abstrakten Kunst vermittelt wurde. Man entdeckte die »Selbstreferentialität des Mediums«, das heißt jene schlichte Wahrheit, daß sich alle Texte im Kern mit Texten befassen. Sicher, literarische Texte kritisieren und »entblößen schonungslos«, aber noch eigentlicher bezieht sich ihre Kritik auf die Unfähigkeit, im Schreiben *nicht* zu scheitern, ihre Utopien sind literarisch und die Figuren Stellvertreter der Autoren: »Madame Bovary c'est moi«, wenn's denn stimmt.

Wer sich in den letzten Jahren mit der Selbstbezüglichkeit des Schreibens schreibend befaßte, tat dies mit dem Pathos des Scholastikers, der zu den Fundamentalien durchdringt. Dabei fiel die Botschaft selten anders als tautologisch aus, allenfalls erweiterte sie den Kreis der Eingeweihten, die an der Offenbarung der Schmerzen beim Schreiben mit Zungen reden lernten. Der Stoff wurde fadenscheinig.

Der letzte deutschsprachige Autor, der im Reden über das Reden substantielle Mitteilungen machte, ist Robert Walser, und dieser legte seinen Texten seine eigene Exegese bei, etwa wie man Frühgeborene den Särgen von Erwachsenen beilegt, weshalb man sein Werk am verständigsten beantwortet, indem man schweigt. Mit Robert Walser verbinden sich für mich die glücklichsten Zeiten der Lektüre, Zeiten besinnungslosen Versinkens in eine Welt ohne Stoff, aber voller Erinnerungen an Aufregungen und Schwankungen und unwichtige Traurigkeiten:

Ich muß den Hang,

zu weinen, bezwingen,

nebst anderen Dingen.

Ich bin nicht angekommen, wo ich ankommen wollte, bei den unscheinbaren, spröden, tonlosen Sätzen, aus den sich manchmal die Spannungsbögen nur speisen, so daß man sie leicht übersieht. Ich hätte noch ein paar Sätze von Svevo, Melville und William Henry Davies zur Verfügung gehabt. Da setzt die Literatur an, die ich gerne über heute lesen würde, die übersehene Literatur.

Roger Willemsen schrieb in KONKRET 9/90 über den deutschen Umgang mit einer amerikanischen Idee

Konkret 07/93, S. 52

Gerhard Henschel

Prost Abendmahlzeit

Hinter den Erfolg bei Evangelischen Kirchentagen hat der liebe Gott den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels gesetzt. 1993 soll ihn Friedrich Schorlemmer erhalten. Eine Gratulation

Friedrich Schorlemmer boomt. Kaum ein Tag vergeht, ohne daß uns Sprüche, Bilder, Betrachtungen und treuherzige Augenaufschläge jenes Wittenberger Wunderheilers erreichen, der nicht nur die Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte eingesteckt hat, sondern nun auch noch den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels bekommen soll.

1983 ließ Schorlemmer in Wittenberg demonstrativ ein Schwert zur Pflugschar schmieden. Friedensliebe, Herzensgüte, Zivilcourage, Familiensinn, Edelmut und züngelnde Lieblichkeit waren von jeher Schorlemmers bevorzugte Tugenden. Je kleiner er sich macht, desto größer kommt er heraus, und seine letzten Worte müssen eines Tages in den Nachrichten an erster Stelle zitiert werden. Denn Friedrich Schorlemmer ist alert und konsensfähig, ein Allgemeinplatzanweiser und Nächstenliebhaber, wie er im Buch der Bücher steht. Kein Gedankenflug ist ihm zu niedrig, kein Holzweg zu weit und kein Forum zu doof, wenn es darum geht, die frohe Botschaft zu übermitteln, die besagt, daß Schorlemmer von seinem Himmelsritt die Liebe mitbringt.

»Die großen christlichen Feste feiern Wunder, etwas Wunderbares, das die Welt verwandelt«, jubelte er jüngst zu Pfingsten im »Tagesspiegel« und setzte gleich noch einen drauf: »Pfingsten ist der euphorische Moment der Einheit mitten im Alltag unserer Unterschiedenheit. Das Wunder der Verständigung als das Gegenbild zur babylonischen Sprachverwirrung. Das wird gleichzeitig zur Gründungsversammlung der Kirche als einer internationalen Bewegung. Darüber hinaus wird ›Geistesgegenwart‹ Jesu im ›Tröster‹ dem Heiligen Geist zugesprochen. Und schließlich ist Pfingsten das christliche Frühlings-Schöpfungsfest, die Preisung des Maien-Zaubers.«

Während dieser Quatsch gedruckt wurde, schlugen in Solingen die Flammen hoch. Aber auch dazu hat der Pastor sicherlich schon Missionarsstellung genommen. Das Scheußlichste an evangelischen Pappnasen wie Schorlemmer ist ihr Bestreben, jeden Dreck mit dem faulen Maien-Zauber ihres Aberglaubens in Gold zu verwandeln. »Sind wir noch für Wunder offen? Pfingsten ist das Wunder der Verständigung; Wunder sind selten, sonst wären es keine Wunder. Wunder wollen gefeiert werden.«

Es muß Menschen geben, die es entzückt, sich solchen Kunsthonig um den Bart streichen zu lassen; anders ist der Schorlemmer-Boom nicht zu erklären. Daß das Gute in der Welt nicht automatisch Junge kriegt, wenn ein Sektenprediger in Wittenberg die Völkerverständigung, die Geistesgegenwart Jesu, alle Neune, den Weißen Riesen, den Heiligen Geist und Daniel Düsentrieb beschwört, scheint sich immer noch nicht bis zum letzten Friedenspreisjuror herumgesprochen zu haben. Mit Simsalabim und Abrakadabra stellt Friedrich Schorlemmer dem Bösen nach und wird gefeiert und ausgezeichnet, denn er tut allen wohl und keinem weh.

»Mit Händen und Füßen verständigen wir uns. Das ist erfreulich und baut Beziehungen auf. Um so schmerzlicher ist es, wenn wir uns statt dessen immer wieder ›mit Fäusten und Knobelbechern‹ Beziehungsabbruch, Verständigungscrash demonstrieren.« Die Verständigungscrash-Karambolagen in Rostock, Hünxe, Hoyerswerda, Mölln und Solingen waren schließlich schmerzlich genug; wenn schon nicht für den deutschen Volkskörper, dann doch bestimmt für die Opfer und für Friedrich Schorlemmer, der dem »FAZ-Magazin« verriet, daß er im kühlen Grunde am liebsten ein »Rosenstrauch« sein möchte. Er liebt uns, er liebt uns nicht, er liebt uns...

»Eine Einheit im Geist braucht auch die Einheit im Leib. Aber erstere ist Voraussetzung für letztere, wenn denn Einheit nicht bloß ein gegenseitiges Zweckbündnis sein soll. Der Geist Gottes transzendiert unsere Zweckbündnisse und ermöglicht grundlegende Verständigung, die in konkreten Konflikten der Praxis erhalten bleibt.« Mit der Einheit im Leib, der Höhensonne im Herzen und Transzendenzphantasien im Geist ist Friedrich Schorlemmer unermüdlich unterwegs als Trostpflasterkasten und Knallkopf. Was ihn umtreibt, ist »die gewisse Erwartung eines Beistandes, eines unverfügbaren Trostes«. Die Unverfügbarkeit rückt den Trost in eine rhetorische Sphäre, die zuvor wohl nur die Unhintergehbarkeit des Traumes vom Schlaraffenland durchmessen hat. Wäre es aber, im Sinne der Aufklärung über den Charakter des Menschen, nicht hilfreich, Friedrich Schorlemmers quälend keimfreies Katechumenen-Image zu trüben?

Der gleich nach Jesus und Schorlemmer drittbeste Mensch der Weltgeschichte, Björn Engholm, ist immerhin der Lüge überführt worden. Ein dazu passendes Schorlemmer-Showdownszenario könnte uns nun gerade noch einmal rechtzeitig vor Schorlemmers Himmelfahrt und Heiligsprechung zeigen, wie unser Friedenspreisempfänger lügt, betrügt, schal ehebricht, wildfremde Götter neben Gott hat und sich ein Bildnis macht. Ach, man sieht den Buben doch förmlich vor sich, wie er in böser Absicht Veits tanzt, Kaugummiautomaten zerlegt, sich nicht die Zähne putzt, den Menschen verachtet, ins Kirchenschiff koffert, Engel ohrfeigt und die Einheit im Leib mit seines Nächsten Weib herbeiführt. Der »Stern« könnte ein Foto publizieren, das uns zeigt, wie Friedrich Schorlemmer Jungrobben jagt und Wale würgt, und in den »Tagesthemen«

müßte vorgeführt werden, wie er heimlich Crack knabbert, Tinte trinkt und Kakao predigt. So entsetzlich gut und ungeil, wie er sich geriert, kann er überhaupt nicht sein. Wetten möchte man darauf abschließen, daß Schorlemmer im Grunde ein geriebener Haderlump sei, ein spritzender Giftzwerg und Gierschlund, daß er Bierleichen im Klosterkeller habe und stockende Sportsflecken auf der weißen Weste, ja, daß er nachts die Fäuste ballt, die Knobelbecher schnürt und in den Gassen Wittenbergs inkognito den verblüfften Passanten Beziehungsabbruch und Verständigungs-Crash demonstriert.

Leider funktioniert die Heilsgeschichte anders. In Wirklichkeit sitzt Friedrich Schorlemmer wahrscheinlich gerade auf seiner Terrasse unterm härenen Sonnenschirm, läßt sich den Sommerwind über den Beinflaum streichen, saugt O-Saft ein und exzerpiert das Neue Testament. Menschenverachtung, Zynismus, Frauenfeindlichkeit und fleischliche Begierden müssen dabei verdorren. Nun klingelt das Telefon. Am Apparat ist Eugen Drewermann. Er bereitet einen rororo-aktuell-Reader mit Antworten auf die Frage vor, ob es statthaft sei, die Leiche des lieben Gottes von der Intensivstation auf den Friedhof zu verlegen. Schorlemmer verneint die Frage spontan und erklärt sich bereit, seine Antwort zwölf Druckseiten lang auszuwalzen. Eugen Drewermann freut sich. Udo Lindenberg, Peter Härtling, Wolf Biermann, Walter Jens, Margarete Mitscherlich, Dorothee Sölle und Antje Vollmer hätten auch schon zugesagt, ruft er fröhlich, und Friedrich Schorlemmer gießt sich vor Begeisterung einen halben Liter O-Saft über den Talar. Der euphorische Moment der Einheit mitten im Alltag unserer Unterschiedenheit hat ihn breitseits erwischt.

»Schorle, komm rein, Essen ist fertig!« ruft’s nun aus dem Haus.

»Was?«

»Abendmahl! Happa-happa!«

»Ich komm ja schon! Sehen Sie«, sagt Schorle, wringt den Talar aus und lächelt uns wissend an, »das war das Wunder der Verständigung als das Gegenbild zur babylonischen Sprachverwirrung!«

Es gibt gebratene Friedenstaube, Leib-Christi-Schaschlik, eine gewaltfrei gekelterte Schorle Meßwein und zum Nachtisch Oblaten. Da wollen wir nicht weiter stören.

Gerhard Henschel schrieb in KONKRET 5/93 über das Erbe von 68

Konkret 07/93, S. 54

Stefan Römer

Demokratisches Pathos

Der deutsche Pavillon ist auf der 45. Biennale in Venedig mit dem »Goldenen Löwen« ausgezeichnet worden. Hat der politische Konzeptkünstler Hans Haacke, der ihn mit Nam June Paik gestaltet hat, das verdient?

Eins gleich vorab: Daß mir keiner, der diesen Artikel gelesen hat, nach Venedig fährt, um sich die Biennale anzusehen! Es sei denn, er nimmt sich Hans Haackes Biennale-Katalogtext »Gondola! Gondola!« als Reiseführer mit. Der beginnt mit einem Bericht über den Besuch Hitlers bei Mussolini zur Eröffnung der Biennale 1934 und dokumentiert die »traditionell guten Beziehungen« zwischen Italien und Deutschland, auf deren Geschichte sich Haackes Biennalebeitrag bezieht. Die gestelzte Stadt leistet es sich, die Giardini Pubblici als Biennaleareal nur alle zwei Jahre (diesmal waren drei Jahre vergangen, wegen interner Streitigkeiten) für die Kunstbesucher zu öffnen. Der diesjährige Biennalegeneralsekretär Achille Benito Oliva gab das Motto *Hauptpunkte der Kunst* über den beiden Aufmachern *Kulturelles Nomadentum und Koexistenz unterschiedlicher Kunstformen* aus. Schön, wenn man sich wenigstens in der Kunst solche idealistischen Vorstellungen bewahrt.

Zwar ist Hans Haackes und Nam June Paiks Nominierung für den deutschen Biennale-Pavillon von Klaus Bußmann als Stellungnahme gegen »wachsende Fremdenfeindlichkeit und sich steigernden Rechtsradikalismus in Deutschland« (»Kölner Stadt-Anzeiger«, 27.1.93) bezeichnet worden, doch handelt der kommissarische Leiter des deutschen Pavillons im Auftrag des Bonner Auswärtigen Amtes (dessen Protest aufgrund der frühen Veröffentlichung keine Revidierung der Nominierung mehr bewirken konnte) und erfüllt damit die Funktion, die Macht am Rhein und ihr schlechtes Gewissen zu repräsentieren: Nach der hastigen Bekundung des Beileids an die Hinterbliebenen der Opfer der neonazistischen Gewaltorgien wird von allen Politikern immer der Sorge Ausdruck verliehen, daß das Ansehen Deutschlands im Ausland dadurch Schaden nehmen könnte.

Jede bei der Biennale vertretene Nation stellt traditionell im eigenen Gebäude aus. Der deutsche Pavillon, eine klassizistische Villa, wurde 1938 vom Münchener Ernst Haiger auf reinrassige Faschismusarchitektur frisiert: Monumentale Säulen tragen den mit »Germania« beschrifteten zentralen Vorbau zum klotzig plumpen, abgeschlossenen Hauptgebäude, das mit seinen hochgelegenen schmalen Fenstern eher wie ein Pissoir aussieht. So blieb der Pavillon uns erhalten.

Die Macht am Rhein

Der Titel von Haackes Arbeit zitiert die Aufschrift des Pavillons: »Germania«. Haacke inszeniert den deutschen Biennale-Pavillon als selbstredende Architektur: Der faschistoide Bau soll für sich sprechen. Der einzige äußerliche Eingriff ist ein übergroßes Markstück über dem Eingang, an der Stelle, wo einst der Hakenkreuzadler prangte. Im offenen Portal darunter scheint dem Betrachter der Führer mit dem Duce entgegenzukommen. Das Foto ist unterschrieben mit: »La Biennale di Venezia 1934«. Die Architektur des Pavillons spricht eine klare Sprache, sie veranschaulicht den Wahn ihres Erbauers. Darauf reagiert Haacke mit ästhetischem Widerstand. Der Steinboden des Innenraums ist aufgebrochen: dem Faschismus den Boden unter den Füßen wegziehen. Auf der dem Eintretenden gegenüberliegenden Wand wiederholt er in denselben faschistoiden Schrifttypen, aber größer als am Portal: »Germania«.

Haacke verweigert mit dieser auf das Wesentliche reduzierten Ästhetik – Ästheten verurteilen sie als »platt« – jegliches Beeindrucken oder Begeisternwollen. Seine Verfahrensweise beabsichtigt auch keine Agitation; er zieht es vor, vorhandene historische Relationen offenzulegen. Es ist alles so konzipiert, daß auch über die massenmediale Berichterstattung der Inhalt voll zu begreifen ist. Ein Besuch in Venedig erübrigt sich somit.

Haackes Katalogtext, der als Bestandteil seiner Arbeit zu gelten hat, erläutert einige nationalsozialistische Karrieren, vor allem die des Arno Breker, Gewinner des großen Preises der Biennale 1940, und seine bis heute ungebrochenen Aktivität als Herrscherporträtist. Haacke zielt damit auf die Analyse des Ausstellungsortes ab: Der Leser erfährt, daß bei der Wiedereröffnung des Nürnberger Germanischen Nationalmuseums Brekers in Stein gehauenes Porträt des Sammlermagnatenehepaars Ludwig die Vorhalle zierte.

In der Gegenwart angekommen, in der Exklusivität des Ausstellungsortes Venedig, wo Übernachtungspreise der in Reiseprospekten empfohlenen Hotels von über 500 Mark keine Ausnahme sind, läßt Haacke keinen Zweifel daran, daß auch heute rein wirtschaftliche Interessen der Venezianer die Ausrichtung der Biennale begründen. Die Tradition und der Luxus des ersten Touristenortes Europas fordern ihren Preis. Ohne Sponsoring läuft nichts. Seit 1893 zieht die Kunst-Biennale Besucher an, die zur Schicht der Happy few zählen und nicht auf die Übernachtungspreise achten müssen. Auf die Frage, warum er sich zur Teilnahme an diesem Zirkus überhaupt hinreißen ließ, antwortet Haacke: »Wenn man sich nicht an der öffentlichen Debatte beteiligt, auch an offiziellen Foren wie der Biennale, dann räumt man sozusagen kampflos das Feld und überläßt es anderen. Wenn einem das Ergebnis dann nicht paßt, darf man sich nicht beklagen. Ein

Vakuum symbolischer Macht gibt es nie.«

Umcodierung

Typisch für Haackes künstlerische Praxis ist, wie auch in diesem Fall, die gründliche Recherche der Geschichte des Ausstellungsortes. Darauf basiert seine strategische Verfahrensweise, im *Kunstwerk* , das längst eher als Untersuchungsprojekt zu verstehen ist, historisch relevante Fakten mit gegenwärtigen gesellschaftlichen Phänomenen zu konfrontieren. Haacke eignet sich das Display der Warenästhetik an, das immer bestimmte Machthierarchien repräsentiert, um es mit den Ergebnissen seiner akribischen Recherche neu zu definieren. Durch diese Umcodierung der Symbole der ökonomischen Macht, als die Markenzeichen zu gelten haben, zu *attention gettern* des Kapitalismus, destruiert er ihre ursprüngliche Funktion, die Identität von Ware und Wirtschaftsunternehmen zu bezeichnen.

Aufgrund dieses mimetischen Verhaltens wird Haackes Arbeit oft oberflächlich verkannt. Die Besucher der documenta 8 (1987) identifizierten seine Rauminstallation »Kontinuität« nicht gleich als Kunst. Nachdem sie bereits in der Parkanlage vor dem Fridericianum in Kassel auf einen großen Messestand von BMW getroffen und im übrigen längst an ähnliches Kunstsponsoring gewöhnt waren, erschien ihnen der durch Neonlicht beleuchtete Mercedes-Benz-Stern auf einem übermannshohen Deutsche-Bank-Emblem im zentralen Eingangsbereich nicht ungewöhnlich. Erst bei mehrmaligem Hinsehen entpuppte sich die vermeintliche Werbung als Dokumentation der gegen Uno-Sanktionen verstoßenden Deals deutscher Wertarbeiter mit Südafrika. Haacke hatte bis in die Schrifttypen hinein die *corporate identity* der Unternehmen imitiert. Zudem gab der Ausstellungskatalog Aufschluß darüber, daß tatsächlich beide Unternehmen zu den Sponsoren der Ausstellung gehörten. Somit reflektierte Haackes Installation die institutionelle Verflechtung der ausgestellten Kunst mit internationalen Wirtschaftsverbrechen.

Haackes Praxis ist getragen von Sachlichkeit, was ihn oft bei den Ästheten in Mißkredit bringt. Seine semiotisch präzise Umcodierung im Bereich der *Öffentlichkeitsarbeit* machte seine Projekte für den Großteil der Presse so unattraktiv, daß sie bisher meist als »zu plakativ – und weiter?« abgetan wurden. In der Weigerung, Haackes Röntgenaufnahmen der Kulturindustrie, die Ideologie des eigenen Mediums sowie die eigene Tätigkeitsbegründung zu hinterfragen – die von Haacke analysierten Firmen sorgen mit ihrer Werbung für die Existenzgrundlage des Mediums – , begründet sich das ablehnende Urteil des deutschen Feuilletons. Hieran zeigt sich, daß Haackes Arbeiten eben jenseits formalistischer Oberflächenkritik funktionieren.

Wenn Haacke nun aber in der Hochglanzillustrierten »art« (Mitteilungen über den Zustand der Moral, 5/93) mit dem Verweis auf sein über 30jähriges Werk als Moralapostel der Kunst vorgeführt wird, gibt das Anlaß zum Grübeln. Hat sich sein Provokationspotential abgenutzt, so daß sich seine Arbeiten mit den Interessen der Anzeigenkunden vereinen lassen? Oder schließen die Kulturbediensteten heuchelnd den ideologischen Gegner von einst nur zwecks internationaler Imagepolitur in die Arme, weil die zugespitzte politische Stimmung in Großdeutschland (und damit der Argwohn des Auslands) das erfordert?

Geschichte

Als Ende der 60er Jahre die Vertreter der Konzeptkunst die Möglichkeiten analysierten, den traditionell objekthaften Charakter der Kunst zu transformieren – für sie trat der (selbstreflexive) Kunstdiskurs an die Stelle des formhaften Kunstwerks – , benutzte Haacke die Sprache, um einen konkreten Bezug zur Gesellschaft herzustellen.

Er hatte seit 1961 mit verifizierbaren Phänomenen versucht, den transzendentalen Mystizismus und Romantizismus der Kunst zu überwinden. Als bekanntestes Beispiel für diese Bestrebungen gilt der »Kondensationskasten« (1963), bei dem die in einem hermetisch abgeschlossenen Glaskasten befindliche Wassermenge auf die umgebende Raumtemperatur durch Verdunstung und Kondensation reagiert.

Haacke führte für derartige Arbeiten den Begriff des Realzeitsystems ein und signierte damit universale (kontextunabhängige physikalische, chemische und biologische) Erscheinungen, ohne deren Natur zu beeinträchtigen; damit transformierte er Marcel Duchamps Ready-made-Konzept. Beeinflußt von der Systemtheorie des Biologen Ludwig von Bertalanffy bestimmte Haacke: »Ein System ist nicht imaginiert, es ist real« (H. Haacke, Werkmonographie, 1972, S. 35). Er revidierte den Begriff des Realzeitsystems zu einer Zeit, in der gerade die Systemtheorie Niklas Luhmanns Gegenstand intellektueller Sprachspiele wurde.

Anfang der 70er Jahre dehnte Haacke seine Beobachtungen von interaktiven Prozessen auf soziologische Untersuchungen aus: Er führte Besucherbefragungen durch, bei denen in Galerien und Museen Besucher zu bestimmten Fragen Stellung nahmen und somit die Ausstellung mitgestalteten; er reflektierte nicht nur seine eigene Öffentlichkeit, sondern beteiligte diese ihrerseits an der Entstehung des Kunstwerks.

Die politischen Grenzen seiner gesellschaftlichen Variante des Realzeitsystems erfuhr Haacke 1971 bei der Absage seiner Einzelausstellung im New Yorker Guggenheim Museum, einen Monat vor der geplanten Eröffnung. Der Einsatz von Sprache – exakte Beschreibungen der Gebäude, ihres Wertes, des Besitzers, der vorherigen Besitzer etc. – ließ seine Fotografien von Immobilien der Spekulanten Sol Goldmann & Alex Dilorenzo in Manhattan derartig konkret werden, daß sich der Direktor des Museums nach Rücksprache mit dem Stiftungspräsidenten genötigt sah, die Ausstellung abzusagen. Haacke war nicht bereit, die entsprechenden Arbeiten zurückzuziehen.

Diese aus politischen Gründen erfolgte Absage einer Ausstellung entlarvte die idealistische Vorstellung vom Museum als einem neutralen Raum. Die geschichtsbestimmende Funktion des Museums sowie das betriebene Ausschlußverfahren wurden umgekehrt; die Argumente für die Ablehnung von Haackes Untersuchung gingen als Bestandteil in seine Untersuchung ein. Kriminalbehörden, die gegen die Immobilienmagnaten ermittelten, fragten bei Haacke nach, ob sie Einsicht in seine Unterlagen nehmen dürften. Andererseits bekam Haacke fünfzehn Jahre lang keine Einladung zu einer Einzelausstellung in den USA. Mit derartigen Interventionen werden die finanzielle sowie politische Verquickung der Kulturindustrie mit den jeweiligen Rahmenbedingungen ins Rampenlicht gezerrt. Jede Ausstellung ist somit über ihre spezifische Ort- und Zeitreferenz hinaus Dokumentation der Sozialgeschichte der Kunst. Haacke legt ein Archiv im Foucaultschen Sinn an: Anhand der gesammelten Aufzeichnungen verdeutlichen sich deren gesamtgesellschaftlichen Implikationen, die die einzelnen Aussagen transformieren.

Damit überstand Haackes Strategie – vergleichbare Ansätze vertreten Künstler wie Dan Graham und Michael Asher – sowohl die in kreativistischer Selbsttäuschung verharrende Antikunstbewegung der 60er Jahre als auch die formalistische Selbstbezogenheit der (Neo-)Konzeptkunst. Seine Arbeiten blieben auf die Analyse wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse ausgerichtet, wodurch seine Praxis beispielhaft dafür erscheint, »daß historisches Handeln sich niemals auf eine Wahl zwischen rohen Gegebenheiten beschränkt hat, sondern immer von der Erfindung neuer Lösungen auf Grund einer bestimmten Situation gekennzeichnet ist« (Sartre).

Lösungen

In der Aperto, Venedigs Sonderausstellung für jüngere Künstler, lassen sich einige Beispiele der Aktualisierung von Haackes Ansätzen verfolgen.

Peter Fend beabsichtigte, die Arbeit des ökologischen Forschungsprojektes Ocean Earth zu veranschaulichen, das unter anderem Energie aus Seetang gewinnen will. Sein Vorhaben, eine geographische Darstellung der Beziehung zwischen erdölfördernden und -verbrauchenden Staaten im Gang zwischen den Kojen zu installieren, scheiterte jedoch an den Sicherheitsbestimmungen.

Dan Petermann propagiert in seinem Kunstprojekt den Ankauf von Aktien, der den amerikanischen Firmen Anteile am zulässigen Gesamtausstoß von Schwefeldioxyd sichert. Reale Grundlage für sein Projekt ist, daß nach einer neuen staatlichen Reglementierung der Luftverschmutzung in den USA jede Firma nur soviel Emission erzeugen darf, wie sie Aktienanteile am Gesamtschadstoffausstoß erworben hat. Dies kann bedeuten: Hat Petermanns Fond einmal alle Aktien erworben, darf keine Firma mehr Schadstoffe ausstoßen: eine Form von Catch-as-catch-can-Ökologie.

Diese Künstler tragen den Kulturkampf auf wirtschaftlicher Ebene und mit den Mitteln des Spätkapitalismus aus. Mit ihren Eingriffen in den sozialen Raum intendieren sie konkrete Änderungen der Volkswirtschaft.

Kulturkampf

»Gegenwärtig hört man wieder ›Heil Hitler!‹ auf der Straße, und das ist weitaus beängstigender als aller wirtschaftliche Niedergang. Und man freut sich unverhohlen darüber, daß unsere Jungs nach zwei verlorenen Kriegen in diesem Jahrhundert noch mal eine Chance bekommen.« Die Grundlage für diese ständig als »dumm« bezeichnete rassistische Gesellschaft ist nicht etwa die Masse der Asylanten (»Spiegel«, Hausmitteilung 23/93), sondern einmal mehr das Zusammenspiel der systematischen Agitation in den Medien einerseits, die mit den kollektiven Ängsten vor den Fremden die Wurzeln des Faschismus im Unterbewußtsein der braven Deutschen neu sprießen lassen, sowie die frühkapitalistische Rückverlagerung der volkswirtschaftlichen Macht auf die Arbeitskraft des einzelnen. Es zeigt sich wieder der jede Kultur zerstörende Faschismus hinter der Maske ›Kapital‹. Die Wiedererstarkung dieser Allianz aus Medienmanipulation, wofür vor allem die Political-correctness-bashing-Artikel des »Spiegel« (Manfred Hermes nannte das in »Spex« 5/93 »Kampagne über entartete Kunst«, weiter geht's im Artikel über das Beatnik-Festival, »Spiegel« 23/93) stellvertretend stehen, und wirtschaftlicher Erpressung will Haacke mit symbolischen Mitteln parieren.

Man kann darüber diskutieren, ob es prinzipiell sinnvoll sein kann, an staatsrepräsentativen Veranstaltungen à la Venedig teilzunehmen. Jan Avgikos kommt in ihrem Text »Eigengift« (Katalog »Nachtschattengewächse«, Museum Fridericianum, Kassel 1993) zu dem Schluß, daß alle Kritik mit subversivem Anspruch innerhalb der kritisierten Institution selbst nur ein Spiel in vorgegebenen Grenzen ist. Haackes Kunst basiert aber gerade nicht auf Subversion, die sich in ästhetischem

Variieren verschwendet, sondern auf institutioneller Analyse. Er kämpft auf dem Feld des Streits um eine »authentische politische Sprache«, die »ihren ganzen Sinngehalt aus der emanzipatorischen Bewegung der Bedürfnisse und Interessen der Menschen zieht« (Negt/Kluge).

Die Stimmen zur »Germania«-Arbeit Haackes, die neben der des Videodecors Nam June Paiks plaziert wurde, der sich selbst gegen Haacke als »Messias des Kapitalismus« bezeichnet, spalten sich auf in totale Ablehnung (»Wenn ich den Haacke noch mal sehe, reiße ich ihm den Kopf ab!«) und freudige Zustimmung: »richtiger Akzent« eines deutschen Künstlers nach der Wiedervereinigung.

Vor allem diejenigen, die was auf ihre 68er Vergangenheit halten, schließen ihre Schultern um den deutschen Pavillon. Die Jüngeren langweilen sich bei Haacke, wie es Walter Grasskamp im Katalog formuliert, wegen des »demokratischen Pathos, das in manchen Kreisen schon als etwas altmodisch gilt«.

In den Medien zeichnet sich breite Anerkennung für Haackes Arbeit ab, wobei stets ihre politische Aussage akzeptiert, ihre »Qualität« als Kunstwerk jedoch abgelehnt wird, und die Verleihung des »Goldenen Löwen« an den deutschen Pavillon bedeutet wohl ein Lob für die akkuraten Deutschen, die selbst beim Üben von Selbstkritik vorbildlich seien.

Stefan Römer ist Kunstkritiker und lebt in Köln

Konkret 07/93, S. 58

Konkret Dokument

Herzsprung (links)

Über Schmerzensgeldforderungen und Privatleben der Familie Gertrud Höhler

Artikel darf aufgrund einstweiliger Verfügung nicht mehr verbreitet werden.

Konkret 07/93, S. 59

Eckhard Henscheid

WoS Siebensachen

Eine kurze medienbezügliche Schlußbilanz meiner juristischen Auseinandersetzung mit H. und R. Böll (1991-93)

Unter den mancherlei unqualifizierten und inferioren journalistischen Einlassungen zum unlängst zu Ende gegangenen Rechtsstreit H. bzw. R. Böll vs. Haffmanns/Henscheid die – knapp vor einem ungeheuerlichen TTT-Film mit dem Höhepunkt einer ganz und gar unverantwortlichen, nämlich sachkenntnislosen Bekundung des SPD- und Fernsehkabarettisten Dieter Hildebrandt; knapp auch vor den mehrfachen boulevardjournalistischen Stellungnahmen des artverwandten und vollends lästigen Werner Schneyder mit ey; sehr knapp sogar vor einem fugenlos inkommensurablen Porträt der »Emma«, welches mich als »Giftzwerg aus der Oberpfalz« überführt – fahrlässigste und fulminanteste, die unbegreiflichste und letztlich doch auch entschieden trottelhafteste stand in der »Frankfurter Rundschau« auf der Seite 3, sie stammt von WoS (Wolfram Schütte) – und allein die ersten eineinhalb Absätze (15 Zeilen, 3 Sätze) enthalten sage und schreibe sieben satte Torheiten respektive Fehler: *Wenn Literaten Literaten Literaten nennen – so der Literat Tucholsky über seinesgleichen lachend – , will einer den anderen im öffentlichen Bewußtsein schmähend herabsetzen. Denn welcher »Literat« will schon einer sein, wenn er sich selbst doch für »etwas Besseres«, nämlich für einen Dichter hält? Mit dem »Wiener Schmäh«, einer wechselseitigen üblen Nachrede, die durch die stilistische Tatsache, daß sie so übel nicht formuliert ist, Witz besitzt, hatte die »altfränkische Schmähung« nichts zu tun, mit der Eckart Henscheid aus Amberg über den toten Heinrich Böll hergefallen war (...)*

Nämlich, man erinnert sich, im Frühjahr 1991 und schwer meuchlings; wobei es dann im Sommer/Herbst 1991 wegen fraglicher Vokabeln wie »verlogen«, »korrupt«, »pathologisch«, »Knallkopf« usw. seitens des Böll-Sohns Rene zu einer Einstweiligen Verfügung und in den weiteren Folgen zu einer Unterlassungsklage gekommen war, welcher drittinstanzlich Anfang 1992 vom Bundesverfassungsgericht rechtgegeben wurde. WoS' Glosse hat von all jenen juristischen u.a. Implikationen nachweislich wenig Schimmer; verfährt aber dafür um so souveräner:

1.hat das Tucholsky-Zitat nichts, aber auch gar nichts mit dem in Rede stehenden Streit und Rechtsstreit zu tun, in dem es um ganz anderes als um die verblasene Prestigefrage Dichter/Literat ging;

2.ging es natürlich auch nicht um den Streit zweier Autoren, sondern um den eines Autors mit einem Autor-Sohn und -Erben;

3.ist das Tucholsky-Zitat zu Recht nicht in Gänsefüßchen gesetzt; es stimmt auch nicht;

4.hat der juristisch zu definierende und möglichst zu präzisierende Terminus der »Schmähkritik« weder sachlich noch auch nur entfernt etymologisch irgend etwas zu tun mit dem »Wiener Schmäh«; noch hat dieser mit dem Casus Böll irgendetwas zu schaffen.

5.weiß WoS selbstverständlich auch nicht, was wienerisch »einen Schmä(h) führen« genau gesagt bedeutet; nämlich etwas ganz anderes, als er meint. Von der für einen alten Feuilletonhasen wahrhaft schmählich formulierten »journalistischen Tatsache« hier mal stöhnend fast ganz zu schweigen.

6.Weder liegt mein Geburtsort Amberg, wie WoS offenkundig wähnt, in Franken; sondern im Gegenteil in der feindlichen Oberpfalz; noch wäre sonst irgendein sinnhaltiger Bezug zum »Altfränkischen« zu erspähen; im Gegenteil, meine Böll-Schmähung war, wenn überhaupt, eher neuabendländisch.

7.Was wunder, daß WoS auch – und dies, obschon er fünfzehn Jahre lang damit meine Artikel für die »Frankfurter Rundschau« absegnete – meinen Namen nicht korrekt zu schreiben vermag; sondern – und da steckt wirklich keine denunziatorische Ranküne mehr dahinter, denn die wäre sonst schon allzu beflissen übererfüllt – schmachvoll genug gleich zwei Fehler dabei macht.

So schreiben sie dahin, und alle Tage. Derart und aufs schönste auch die alte Faustregel des von ihr hinreichend oft betroffenen Robert Gernhardt kanonisierend, daß unsereins von der eigenen linksliberalen Verwandtschaftsbagage (von der FR bis zur taz) noch allemal die unverhofftesten und bedenkenlosesten Rufmorde zu erwarten hat.

Und doch stimmt das nicht ganz; und doch fand auch WoS noch seinen Meister: RTL-Plus-Köln trug mir kurz vor Redaktionsschluß an und auf, im Rahmen einer Art gerade neu kreierten Spielshow »Presseopfer klagen an« (o.s.ä.) mich in Sachen Henscheid vs. Böll zur Verfügung zu halten; im Zuge der allgemeinen Realitäts- und Fernsehsimulation solle da ich den Täter, Bölls Rene wohl das Opfer mimen; zum würdig adäquaten Abschluß eines Rechtsstreits.

Derart nicht nur O. Lafontaines Wort vom »Schweinejournalismus« als Makulatur hinter sich zu lassen; sondern werweiß gar noch auch WoS' besinnungslosen Schmarrn.

Eckhard Henscheid schrieb in KONKRET 3/93 über Gertrud Höhler

Konkret 07/93, S. 60

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Hoihoi, Servus, aach Kinder, wunderbar, ach, des war herrlich, muaß i scho sagn, einen recht schönen guten Abend und herzlich willkommen Ihnen allen, Ihnen einmal hier in der altehrwürdigen Eissporthalle und natürlich auch Ihnen zu Hause, liebe Stadlfreunde in ganz Deutschland, in Österreich, in allen unseren Nachbarländern, herzlich willkommen, einen recht schönen und vergnügten Pfingstsamstagabend, viel Vergnügen hier im Stadl, obwohls mir heute, meinem Team und mir, nicht leicht fällt, nachdem, was in Solingen heute nacht wieder passiert ist. Wissens, was i net versteh, warum manche Menschen – duats jetzt net winken, des des paßt jetzt net – was ich nicht versteh, warum manche Menschen aus der Geschichte nicht lernen, es gibt solche Sturschädeln, i verstehs einfach net. (Beifall). Aber auf der andern Seite, das Leben, so hart es klingt, es geht weiter, die Welt bleibt keine Sekunde stehen, und mein Stadlteam und ich sind dazu da, Ihnen Unterhaltung zu bringen, das wollma heute machen, denn nach unserer Sendung kommen ja wieder Nachrichten, und dann gehts wieder weiter. Aber die 105 Minuten heute, die wollen wir Sie im wahrsten Sinne des Wortes unterhalten, wir in der alten oder in einer der ältesten Städte in Mitteldeutschland, in der Salz- und Hansestadt in der ehemaligen, und damit sage ich: Servus Halle an der Saaleeee (Beifall). Aaah, Uuuiih, Servus, bei der Gelegenheit, liebe Zuschauer zu Hause, ich mein, Sie kennens ja, darf ich Ihnen den neuesten Trabant vorstellen, ein absolutes Luxusmodell, hopperla, net zu fest hinschaugn, is nach wie vor aus Plastik, moderner Überrollbügel, wunderbarer Zwölfzylinder, stinkt aber wie der alte, des muaß ma sagen. So (Beifall).

Wir sind heute in einer Eishalle, da muaß i jetzt a bißerl vorsichtig sein, weil auch der Herr Oberbürgermeister da is, es gibt Gerüchte, ich mein, es gibt Gerüchte, in dieser Halle sollten schon Adam und Eva aufgetreten sein, also des stimmt net, des stimmt net. Was allerdings stimmt, das ist, daß jetzt soeben Wolfgang Lindner mit seinem Chor und mit seinen Stadlmusikanten mit diesem Schwung, mit diesem Rhythmus diese Halle fast zum Einsturz gebracht hätte, Leitln, stimmts? Wolfgang Lindner! (Beifall).

Ja, no, was macht mer, wenn man so eine Halle hat, an der die Spur der Zeit an die die die also nicht ä nicht spurlos vorbeigega gegangen ist, sehns jetzt schleiderts mi, weil i neben dem Herrn Oberbürgermeister steh, nee! Was macht ma, um die wieder a bissl aufzufrischen? Oisa, wir haben da ein besonderes Rezept. Man nehme einmal rund 3500 fröhliche Menschen international, des nehmen wir als Publikum, resche Musikanten, dann dazu noch nette Gäste, unsere Traum-Stadl-Kulisse und als Krönung, als Tüpfelchen sozusagen, Blumen der österreichischen Gärtner und Floristen, denn Musik und Blumen, das ergibt Freude fürs Leben und sehen Sie, so haben uns die österreichischen Gärtner und Floristen heute wieder ausgestattet hier im Musikantenstadl, ein herzliches Dankeschön dafür (Beifall). Und das ist jetzt nochamal ein Gruß unserer österreichischen Gärtner und Floristen, und jetzt geht mein waches Auge und suacht ma a liabs Weiberl, gnä Frau, darf ich sie a bisserl zu mir bitten, wir kennen uns, a wir haben uns vorher noch nicht kennengelernt, gell, kann ich Ihnen mit diesen Blumen eine kleine Freude machen? Duans ma net weinen, na na, heit net, homs a Freid und Sie kriegen einen Riesenapplaus. Wart, jetzt mach ma glei die Ansage (durch die Blumen) da durch, soo, jetzt sin ma eigentlich alle scho guad druff und so heißt auch die Gruppe, die aus dem Schwalt, äh Schwarzwald kummt, warns scho amal im Schwarzwald? (Frau: »Ja.«) Warns scho? Schön durt, gell? (Frau: »Ja.«) Und auch die Musikanten von durt sind ausgezeichnet, die fidelen Geisinger, heut zum ersten mal im Musikantenstadl. Aber trotzdem guad druff, oisoo!

Wer, verglichen mit dem Viervierteltaktheimwehrmann Moik, der die Menschenverbrenner von Solingen bauernbühnenreif zu auch wieder irgendwie liebenswerten »Sturschädeln« verurteilt, die aus der aus seinem Maul von allen sinnlich wahrnehmbaren Emissionen beim millionenfachen Vergasen und Verbrennen von Menschen durch Deutsche bereinigt daherkommenden Geschichte nichts gelernt hätten (weil man nämlich das Nichtverbrennen von Menschen wie ABC und 1x1 erst einmal lernen muß, bevor man es verlernen kann), wer, verglichen mit diesem jovial rasenden Verdränger mit dem großen Restaurationssehnsuchtsherzen, bist du, Klose, mit deinen auf dem Fraktionspissoir diktierten 305 Anschlägen zum »Anschlag«, diesem nichtigwindigen Betroffenheitsdreck, der schon in die Anthologie der Großen Sozialdemokratischen Lumpereien aufgenommen ist?

Du, Klose, bist die Einladung zur zweiten Runde der Sozialfaschismusdiskussion.

Konkret 07/93, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Das also war das Ziel. Und darum von Frauen für Frauen und konsequenter Feminismus, kleiner Unterschied und große Folgen, Geschlechterkampf, Penetration des Monats, Frau ans Gewehr, Pädophilie nein danke, nieder mit der Liebe und nie wieder Porno? Um endlich an der Brust der kleinen Schwester zu liegen, deren große, das schwarzbraune Drecksblatt »Bild«, nicht nur täglich den Haß auf die »Asylanten« schürt, damit die deutsche Lichterkette Rostock-Mölln-Solingen nicht verlösche, sondern die in jeder ihrer Ausgaben auch mindestens zwei Pornofotos abdruckt, mal für den eher sadistischen, mal für den masochistischen oder den pädophilen, meist aber für den karoeinfach orientierten Mann, und Texte dazu, welche den Leser mit der Triefnase auf den Umfang der Brust oder die Beschaffenheit des Frauenhinterns stoßen? Das war das Ziel? Und was haben wir uns und den Lesern zwei Jahrzehnte lang zugemutet, weil wir einer in schriftlichem Ausdruck unbeholfenen Kämpferin helfen wollten, eines emanzipierten Tages selber zu merken, was es mit einem Satz wie diesem

Den zweiten roten Faden, den ich aufgriff, war die Frauenarbeit.

und all den anderen, die sie schrieb, auf sich hatte? Einen der frühesten roten Fäden muß die Absicht gewesen sein, auf einer Gästeliste des Springer-Verlags zwischen dem Boenisch und dem Woerner zu stehen, und irgendwie hatte sie das damals auch angekündigt:

Für uns gehört der Kampf gegen Klassenwidersprüche unlösber zu einem konsequenten Feminismus.

Elf Jahre ist es her, und daß ich, als ich es las, dachte, sie habe wieder einmal das Richtige gemeint und es wieder einmal nicht sagen können, irgendwann aber werde sie lernen, daß man zwar Klassen bekämpfen kann aber nicht deren Widersprüche, war mein Fehler, denn sie hat nicht nur gemeint, was sie gesagt hat, sie hat es auch getan: Sie hat ihren Widerspruch zur herrschenden Klasse bekämpft und sogar besiegt.

Henryk Broder hat vor Zeiten so sehr mit den Deutschen gehadert, daß er nicht mehr in der Bundesrepublik hat leben wollen und so um 1980 nach Israel gezogen ist. »Bis hierher und nicht weiter« hieß sein Abschiedsbuch. Doch die Liebe ist, wie Conny Francis wußte, ein seltsames Spiel, und deshalb kündigt der Verlag Hoffmann und Campe Broders nächstes Buch so an:

Sind die Deutschen überfordert? Kann ein Volk in einem halben Jahrhundert zwei Diktaturen aufarbeiten? Welche Nation wäre dazu imstande, ohne an sich selbst irre zu werden? Da kennt der brillante Polemiker und unerbittliche Zeitkritiker nur noch eines: Erbarmen mit den Deutschen.

Wieviel besser es die Juden doch getroffen haben.

In der »Frankfurter Allgemeinen« kann einer seine klammheimliche Liebe zum Rechtsstaat nicht unterdrücken:

Leicht kann es mißverstanden werden, wenn angesichts der Untat von Solingen ein Wort wie Gelassenheit gebraucht wird. Trotzdem ist es am Platze... Auch die Strafverfolger dürfen sich nicht zu hektischer Eile drängen lassen... Auch der Bundesanwaltschaft ist eine Übereilung unterlaufen, als sie auf Hinweise des verhafteten möglichen Täters benannte »Skinheads« zur Fahndung ausschreiben ließ.

Friedrich Karl Fromme als Mescalero auf der Straße nach anderswo.

Das Bundeskriminalamt teilt mit, daß es im April, Wochen nach den Lichterketten, bundesweit zu 319 fremdenfeindlichen Straftaten gekommen ist, darunter Körperverletzungen, Brandstiftungen und Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung. Am 16. Juni, zwei Wochen nach den Morden von Solingen, wußte es ein Ulrich Bielefeld, Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung und selber ein großer Leuchter vor dem Herrn, in der »Frankfurter Rundschau« viel besser:

Sozial wurde mit den Lichterketten symbolisiert, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Gewalt und die Gewälttäter ablehnte. Trotz Unklarheiten seitens der Politik wurde nach Mölln eine Beendigung der Gewalt sozial durchgesetzt.

Der Forscher scheint sein Erforschtes ein paar Tage zu früh eingereicht zu haben, nicht bedenkend, daß die Haltbarkeit dieser Sorte Sozialwissenschaft noch kürzer ist als die von Bioquark.